

Morworts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen auch Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die schwebelbaltene Kolonelle ober deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Beschlüsse-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pfg. (zweifach 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 3. Dezember 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der gefügige Reichstag.

Der Tag, an dem das deutsche Volk über die Politik seiner Regierung Aufklärung erwarten durfte, ist vorübergegangen. Aufklärung hat er uns allerdings gebracht über die uneingeschränkte Herrschaft nämlich, die die Regierung in der auswärtigen Politik ausübt; über die schwere Krise, die den Frieden Europas bedroht, hat die Zehnminderrede, mit der den Reichstag abzuspeisen es dem Kanzler beliebt hat, kaum ein Wort gebracht, das nicht schon längst Bekanntes wiederholt hätte. Herr v. Bethmann brauchte auch nicht mehr zu sprechen, denn die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die heute zu Worte kamen, sind voll aufzufrieden; sie kennen zwar nicht die Absichten der Regierung, aber sie billigen sie. Der Vertreter der Sozialdemokratie blieb mit seiner Forderung, daß der Volksvertretung die Möglichkeit gegeben werde, bei der Entscheidung dieser Lebensfragen mitzuwirken, bevor vollendete Tatsachen geschaffen seien, allein.

Trotzdem verdient diese Erklärung alle Aufmerksamkeit. Denn der, der sie abgab, sprach im Namen derjenigen, die heute noch Macht haben über das Schicksal der Völker. Und klar und bestimmt sprach der Kanzler von der Möglichkeit, daß diese Schicksalsfrage auch an das deutsche Volk herantreten könne. Sollten sich, sagte Herr v. Bethmann, bei Abschluß des Balkanfriedens unlösliche Gegensätze ergeben, was wir nicht hoffen, so wird es Sache der im einzelnen Fall direkt interessierten Mächte sein, ihre Ansprüche zur Geltung zu bringen. Das gilt auch für unsere Bundesgenossen. Wenn sie aber bei der Geltendmachung ihrer Interessen wider alles Erwarten von dritter Seite angegriffen und damit in ihrer Existenz bedroht werden sollten, dann würden wir unserer Bundespflicht getreu, fest und entschlossen an ihre Seite zu treten haben. (Lebhafte Beifall.) Und dann würden wir zur Wahrung unserer eigenen Stellung in Europa, zur Verteidigung unserer eigenen Zukunft und Sicherheit fechten.

Nimmt man diese Worte wörtlich, dann bedeuten sie, wie Genosse Ledebour sehr richtig sagte, in der Tat eine Plankovollmacht für die Politik unserer Bundesgenossen. Die deutsche Politik würde in Abhängigkeit geraten von der anderer Staaten. Oesterreich brauchte etwa einem anderen Staate gegenüber nur Forderungen aufzustellen, die dann einen Dritten auf den Kampfplatz zögen, und Deutschland wäre verpflichtet, Gut und Blut für die österreichische Politik einzusetzen. Die deutsche Arbeiterklasse würde dann damit rechnen müssen, daß sie für die Politik einer fremden Regierung auf die Schlachtfelder geschickt werden könnte. Das wäre eine unmögliche Politik, eine Politik, die uns in die Periode der dynastischen und Kabinettskriege zurückversetzen müßte. Eine solche Politik ist aber wohl selbst dem Absolutismus, der unsere auswärtige Politik beherrscht, heute nicht mehr möglich.

In den letzten Tagen war viel von einer Entspannung die Rede gewesen und die bekannte Erklärung der „Nordd. Allgemeinen Ztg.“ hat ausdrücklich hiervon gesprochen, daß die albanesische und adriatische Frage einer späteren gemeinsamen Regelung durch die Mächte überlassen sollte. Auch Herr v. Bethmann und Solleweg hat heute von den günstigen Ergebnissen, die die Verhandlungen unter den Mächten bis jetzt gehabt hätten, gesprochen und die Erwartung auf eine befriedigende Lösung der Schwierigkeiten ausgesprochen. Dieser günstige Ausfall hängt aber nicht zuletzt ab von der Haltung der deutschen Regierung gegenüber Oesterreich, der französischen und englischen gegenüber Rußland. Herr v. Kiderlen hat heute sehr nachdrücklich betont, daß die englische und deutsche Politik bei diesen Verhandlungen sich in Uebereinstimmung befinden haben. Wenn dem aber so ist, dann darf es sich nicht um Plankovollmachten für die Verbündeten handeln, sondern darum, allen Ansprüchen kommen sie, woher sie wollen, entgegenzutreten, die den Frieden Europas bedrohen. Denn die Erhaltung des Friedens und nicht die Frage eines serbischen Hofens an der Adria ist die wahre Lebensfrage des deutschen Volkes, ebenso wie des österreichischen oder russischen und allen anderen.

Diese Ueberzeugung brachte dann der sozialdemokratische Sprecher, Genosse Ledebour, energisch zum Ausdruck. Er konnte sich dabei auf die imposante Bekundung des proletarischen Friedenswillens in Basel berufen. Den frechen Zursich, daß wir Sozialdemokraten ausländische Interessen durch unsere Friedenspolitik vertreten, wies Ledebour mit der Feststellung zurück, daß die bürgerlichen Politiker, die so gern mit dieser Verleumdung arbeiten, nicht die Interessen des deutschen Volkes, sondern die des kapitalistischen Ausbeutertums vertreten und daß gerade die widerstreitenden Interessen der Ausbeuter der verschiedenen Länder die Kriegsgefahr erzeugen. Wir aber, die wir die proletarischen Weltinteressen vertreten, vertreten gerade dadurch zugleich die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes.

Ledebour gab dann eine eingehende Darstellung des völligen Versagens der Diplomatie, ging dann auf die besonderen Ursachen des Balkankrieges näher ein, kennzeichnete

die Gefährlichkeit der imperialistischen Deutegier, die insbesondere auch den deutsch-englischen Gegensatz erzeugt hat, und stellte der Rüstungspolitik der Herrschenden unsere Forderungen nach Begrenzung der Seerüstungen und Abschaffung des Seebeuterechts entgegen, um zum Schluß der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß trotz aller Gefahr, die den Frieden bedroht, es der Latabereitschaft des Klassenbewußten, international zusammengesetzten sozialistischen Proletariats gelingen möge, das Schreckliche zu verhindern und den Frieden zu erhalten, bis die Beseitigung der Kapitalherrschaft schließlich die Kriegsgefahr dauernd beseitigen werde.

Nach Ledebour sprachen noch die Vertreter der Rechten und der Nationalliberalen. Sie beschränkten sich auf kurze Erklärungen und sagten mit verschiedenen Worten alle das selbe. Sie verzichteten auf jede Kritik und stellten ohne Ueberlegung der Regierung eine Plankovollmacht aus, nach ihrem Ermessen zu tun und zu lassen, was ihr beliebt. Denn sie sind mit der Regierung einverstanden und bereit, für Moloch Militarismus neue Opfer — auf Kosten der arbeitenden Massen natürlich — zu bewilligen. Herr Baizermann wies darüber hinaus auf die Interessen des deutschen Kapitals in der kleinasiatischen Türkei hin. Er scheint der Versicherung des Kanzlers, daß die kapitalistischen Mächte in Kleinasien keine bösen Absichten haben, einige Skepsis ent-

gegenzubringen und kann es gar nicht mehr erwarten, die Ansprüche der deutschen Kapitalisten anzumelden. Auch des „Vorwärts“ wurde mit ehrender Anerkennung gedacht, und das „Berl. Tagebl.“ brachte es sogar zu der großen Ehre, daß seine Anwürfe von dem Vertreter der Reichspartei beifällig reproduziert wurden.

Die Debatte hinterließ einen niederdrückenden Eindruck. Die bürgerlichen Parteien lassen der Regierung völlig freie Hand, sie verlangen nicht einmal den Weg genauer zu kennen, den das deutsche Volk geführt werden soll. Um so mehr hat die deutsche Arbeiterklasse allen Grund, sich daran zu erinnern, daß die großen historischen Entscheidungen nicht nur in den Parlamenten fallen. Als heute unser Redner von dem Einfluß sprach, den die Friedensfindungen des Proletariats auf die Entscheidungen der Herrschenden ausüben, da erhob die Rechte höhnisches Gelächter. Es war das Lachen des parlamentarischen Kretinismus, der nicht begreift, daß es außerhalb des Saales, in dem geredet und gestimmt wird, reale Kräfte gibt, die sich nicht darum kümmern, was die Herren von ihrem Wirken begreifen können. Es sind Kräfte, die heute schon stark sind und immer stärker werden, Kräfte, die die Mittel der Zerstörung und Verwüstung umschaffen werden in Mittel der Arbeit und der Kultur, trotz allen Widerstandes und Unverständes, der sich ihnen entgegenstellt.

Die Verhandlungen über den Waffenstillstand.

Die Nachricht, die Sonntag verbreitet worden war, daß zwischen der Türkei und den Balkanstaaten ein vierzehntägiger Waffenstillstand unterzeichnet worden sei, hat sich nicht bestätigt. Es scheinen noch einige Schwierigkeiten zu überwinden zu sein. Während die Bulgaren starke Friedensbereitschaft zeigen, sind die Griechen und Serben mit den Bedingungen offenbar weniger einverstanden. Die Erwartung, daß der Waffenstillstand in kurzer Frist zustande kommt und dann sich daran die eigentlichen Friedensverhandlungen anschließen werden, begegnet wieder Zweifeln. Denn von verschiedenen Seiten kommen heute auch Nachrichten über andere Zwistigkeiten zwischen den Balkanstaaten selbst. Danach würde der griechische Anspruch auf Saloniki von Bulgarien bestritten werden. Würden diese Nachrichten der Wahrheit entsprechen, dann würde sich die Stellung des Balkanbundes sowohl der Türkei, als den Großmächten gegenüber erheblich verschlechtern.

Abschluß des Waffenstillstandes.

Konstantinopel, 1. Dezember. (Meldung des Wiener k. k. Tel. u. Telegr.-Bureaus.) Die Meldung, daß der Ministerrat in seiner gestrigen Sitzung dem Protokoll über einen Waffenstillstand zugestimmt hat, bestätigt sich. Das Protokoll enthält folgende Bedingungen:

1. Der Waffenstillstand wird für vierzehn Tage geschlossen.
 2. Die türkische Armee und die Armeen der Verbündeten verbleiben in ihren gegenwärtigen Stellungen.
 3. Keine der beiden Parteien darf in den Befestigungsarbeiten fortfahren oder Truppen- und Munitionstransporte vornehmen.
 4. Die belagerten Plätze Adrianopel und Skutari werden während der vierzehn Tage in der Weise mit Lebensmitteln versorgt, daß die Zufuhr der nötigen Lebensmittel von Tag zu Tag erfolgt.
- Die türkischen Unterhändler, unter ihnen der Handelsminister und der Minister des Innern, begeben sich heute zur Unterzeichnung des Protokolls nach Eskatalscha.

Verzögerung der Unterzeichnung.

Konstantinopel, 2. Dezember. Offiziell wird erklärt, daß sich die Unterzeichnung des Waffenstillstandsprotokolls infolge einer noch hinzugesetzten Aenderung verzögert. Außer den bereits gemeldeten Bedingungen steht das Protokoll die Blockade der Häfen und Inseln fest. Falls die Friedensverhandlungen, die unmittelbar beginnen werden, scheitern sollten, sollen die Feindseligkeiten erst 48 Stunden später wieder beginnen.

Keine Rüstungen Serbiens gegen Oesterreich.

Belgrad, 1. Dezember. Das Pressbureau verbreitet folgende Note: In der letzten Zeit erschienen wiederholt Nachrichten, besonders in der Presse der Nachbarmonarchie, daß Serbien an seiner Nordgrenze Truppen zusammenziehe. Belgrad und andere Städte besetzte und Vorbereitungen für eine gewisse Aktion trafe. Wir sind ermächtigt, diese Nachrichten, die in Wirklichkeit jeder Begründung entbehren, in der blühendsten Form zu dementieren. Die Regierung hat keinen einzigen Soldaten zur Nordgrenze geschickt, noch hat sie Belgrad oder andere Städte an der Donau und Save besetzt. Sie tut dies auch gegenwärtig nicht, wie jeder sich durch den Augenschein überzeugen kann. Im Gegenteil tut die Regierung ihr Möglichstes, um einen überflüssigen Konflikt zu vermeiden. Wir übernehmen die volle und unbeschränkte Verantwortung für unsere Erklärungen.

Wahzwang gegen Serbien.

Budapest, 2. Dezember. (W. T. V.) Die Regierung hat im Verkehr mit Serbien aus polizeilichen Gründen den Wahzwang angeordnet.

Die Serben in Durazzo.

Durazzo, 2. Dezember. Eine Abteilung serbischer Truppen hat vor einigen Tagen die italienische Schule besetzt und befindet sich immer noch dort. Infolgedessen hat der italienische Konsul bei dem Kommandeur die erforderlichen Schritte unternommen.

Weitere Eroberungen der Serben in Albanien.

Belgrad, 1. Dezember. Amtlich wird gemeldet, daß die Serben Elbasan ohne Kampf eingenommen haben.

Die Griechen gegen Albanien.

Salona, 2. Dezember. Ein griechisches Kanonenboot ist heute früh hier angekommen und hat sofort ein Bombardement gegen die Schutzhütte für das Unterseekabel eröffnet. Die Beschießung war jedoch unwirksam. Es gelang dem Kanonenboot nicht, das Kabel zu unterbrechen. Die Bevölkerung betrachtet die Beschießung übereinstimmend als einen Protest gegen die Erklärung der Unabhängigkeit und Neutralität Albaniens; sie verhält sich ruhig, obwohl sie erregt ist.

Die Konsuln Italiens und Oesterreich-Ungarns versicherten Ismael Kemal, daß ihre Regierungen immer die tiefste Sympathie für das albanesische Volk hegen hätten, der Entwicklung Albaniens in Unabhängigkeit das größte Interesse entgegenbrächten und ihm ihre moralische Unterstützung gewähren würden. Ismael Kemal drückte in seiner Antwort den beiden Regierungen die Dankbarkeit des albanesischen Volkes aus.

Differenzen zwischen den Balkanstaaten.

Paris, 2. Dezember. (W. T. V.) Der „Agence Havas“ wird aus Saloniki gemeldet: Die Meldung, daß die serbische Armee, einem serbisch-bulgarischen Abkommen entsprechend, Monastir geräumt und den Bulgaren übergeben habe, rief in den griechischen Kreisen großen Eindruck hervor. Der Kronprinz sei nach Saloniki gekommen, um diese Angelegenheit mit dem König Georg zu besprechen. Gerüchweise verlautet, daß der König von Griechenland Anstalten getroffen habe, mit der königlichen Familie den ganzen Winter in Saloniki zu verbleiben. Eine amtliche Mitteilung erklärt die Behauptung, Griechenland habe entsprechend einem griechisch-bulgarischen Abkommen zugegeben, daß Saloniki außerhalb seiner Zone bleibe, als unrichtig.

Kampf zwischen Bulgaren und Griechen?

Frankfurt a. M., 1. Dezember. Die Frankfurter Zeitung bringt folgende Meldung aus Konstantinopel: Die Lage in Mazedonien erhält durch folgenden absolut authentischen Zwischenfall eine charakteristische Beleuchtung. Bei Serres kam es zwischen Griechen und Bulgaren wegen der Besetzung dieser Stadt zu einem heftigen Gefecht. Die Griechen mußten sich aus Serres nach Verlust von 200 Toten zurückziehen.

Der Kampf um Skutari.

Ries, 2. Dezember. Nach Mitteilungen von Reisenden wurde gestern und heute am Skutarischen Kanonendonker gehört. Die Belagerungsgeschütze scheinen ausschließlich gegen die vollständig eingeschlossene Stadt gerichtet zu sein. Die Angriffe gegen den Tarabosch lassen merklich nach. Die Meldung vom Waffenstillstand hat keinen besonderen Eindruck gemacht.

Verwundung des montenegrinischen Kronprinzen.

Paris, 2. Dezember. Nach einer Meldung des Sonderberichterstatters des „Matin“ aus Nikša wurde Kronprinz Danilo von Montenegro vor gestern bei einem Sturm auf die türkische Stellung bei Skutari schwer verwundet. Der Prinz sei nach der Umbandlung gebracht worden, wo eine Unterleibsoperation hätte vorgenommen werden müssen.

Bulgarische Verhimmung gegen Griechenland.

Sofia, 2. Dezember. Um der Auffassung entgegenzutreten, daß die Griechen zuerst in Saloniki eingezogen seien, wird folgender amtlicher Bericht des Armeekommandeurs Theodoroff veröffentlicht: Am 20. Oktober a. St., 4 Uhr morgens, befand ich mich an der Spitze meiner Armee zwischen den Dörfern Jubezma und Avatovo. Während einer Reconnoissance wurde unsere Kavallerie von einer feindlichen Batterie beschossen und erwiderte das Feuer. In diesem Moment verständigte mich der Kommandeur der griechischen Kavalleriebrigade, daß die Griechen am nächsten Tage anreisen. Wir bestimmten gemeinsam eine Stunde für den Angriff am nächsten Tage. Der griechische Kommandeur versprach, unseren Befehl sofort dem griechischen Kronprinzen, seinem Höchstkommandierenden, mitzuteilen. Meine Armee trat den Vormarsch gegen die feindliche Stellung an. Der Gegner eröffnete gegen unsere Infanterie ein heftiges Feuer, unsere Geschütze brachten aber die feindlichen zum Schweigen, und unsere Infanterie vertrieb die feindliche Infanterie. Ich leitete die Verfolgung des Gegners ein und näherte mich der Stadt Saloniki. In diesem Augenblick verständigte mich der Kronprinz, daß sich die Türken ihm ergeben hätten. Obgleich ich mit den Türken keinen Kapitulationsvertrag unterzeichnet hatte und mir die Bedingungen der Kapitulation unbekannt waren, ordnete ich mich doch der Mitteilung des Kronprinzen, unseres Verbündeten, unter und hielt meine Armee drei Kilometer vor Saloniki auf. Die Griechen befanden sich 17 Kilometer entfernt am Wardat hinter meiner Armee. Eine meiner Eskadrons ritt in Saloniki ein. Von meinem Standpunkte aus konnte ich sehen, wie die Türken mit aus Saloniki kommenden Wahngügen in der Richtung auf den Wardat entwandt wurden, um zwei Bataillone Griechen in die Stadt zu führen. Während meine Armee allein vor Saloniki kämpfte, hatten die Griechen 17 Kilometer von Saloniki entfernt mit den Türken unterhandelt, und so ergaben sich diese, von unseren Waffen bezwungen, den Griechen, da die Griechen günstige Bedingungen gestellt hatten. So rückte ein Teil der bulgarischen Armee zuerst in Saloniki ein, während der andere Teil am 28. Oktober gemeinsam mit den Griechen einzog. Die Prinzen Boris und Kiril rückten an der Spitze zweier Bataillone und einer Eskadron am 29. Oktober feierlich in Saloniki ein, also einen Tag später als der griechische Kronprinz, und Achtung vor dem Kronprinzen, der älter als unser Kronprinz ist. Wir marschierten mit den Waffen ein, die Griechen ohne Schwertschlag, indem sie die Erfolge unseres Kampfes ausnützten. Das ist die Wahrheit über die Einnahme Salonikis.

Demonstration in Bukarest.

Bukarest, 2. Dezember. Gestern fand eine von 10.000 Personen besuchte Versammlung statt, die von der rumänischen Kulturliga und der mazedonisch-rumänischen Gesellschaft einberufen worden war. Es wurde eine Resolution angenommen, daß das politische und wirtschaftliche Gleichgewicht des Balkans nicht durch eine bulgarische Vorherrschaft gestört werden dürfe. Nach der Versammlung wurde ein Umzug durch die Straßen veranstaltet. Unruhen kamen nicht vor.

Englisch-französische Eifersüchteleien wegen Kleinasien.

Paris, 1. Dezember. Dem „Temp“ wird aus Beirut gemeldet, daß die Mufelmannen in Syrien, namentlich die zahlreichen algerischen Einwanderer, eine eifrige Propaganda zugunsten der Befreiung Syriens durch die Engländer entfalten. Der Kommandant des englischen Kreuzers „Barham“ habe am 10. November dem Gouverneur von Syrieh-Tripolis erklärt, daß englische Mannschaften, falls sie zur Herstellung der Ordnung an Land geschickt würden, endgültig dort bleiben würden. Vor kurzem sei der Sekretär des Lord Rischener in Beirut, Damaskus, Jaffa und Haifa in mufelmannischen Versammlungen erschienen. Überall sei dasselbe Ziel ins Auge gefaßt worden.

Henkergesetze in Oesterreich und Ungarn.

Aus Wien wird uns vom 1. Dezember geschrieben:

Die Proletarier Oesterreichs und Ungarns bekommen den Krieg, der noch nicht erklärt ist und auch wahrscheinlich nicht erklärt werden wird, schon gründlich zu verspüren. Nicht nur, daß schon ungezählte Reservisten einberufen wurden und sofort Familie und Arbeit verlassen mußten, meist, um an eine Grenze des Reiches zu ziehen, nicht nur, daß das Wirtschaftsleben durch die Besorgnis, es könne der Krieg ausbrechen, gelähmt ist. Die kriegerische Stimmung derer, die in Oesterreich-Ungarn den Kontrakt haben, hat eine noch viel ärgere Folge gehabt. Die österreichische Regierung hat am Freitag dem Abgeordnetenhause ein Gesetz vorgelegt, das nichts anderes bedeutet, als daß im Falle der Mobilisierung — der Krieg muß gar nicht ausgebrochen sein — der Denker an die Stelle aller Gesetze tritt. Jeder männliche Bewohner Oesterreichs, der noch nicht fünfzig Jahre alt ist, soll militarisiert werden können — mit einem Federstrich des Landesverteidigungsministers. Dieser Minister soll anordnen können, daß der Staatsbürger alle Rechte verliere, die politischen und die wirtschaftlichen, und nur ein Gebot für ihn gelte: den militärischen Anordnungen zu folgen oder kriegsgerichtlich behandelt zu werden, also auch mit Galgen oder, wenn man „Gnade“ eintreten läßt, mit Pulver und Blei.

Die Einbringung dieses Gesetzes ist das unerschämteste Ansehen, das man an ein Parlament stellen kann, und nur in einer Zeit, in der man die Phrase vom „bedrohten Vaterland“ gebraucht, konnte sich die Regierung trauen, das Parlament zur Regelung solcher Gewalttaten aufzufordern. Dabei hat man die Leichtigkeit abtrotzeln lassen. Am Donnerstag kündigte in einer Sitzung des Senatspräsidenten des Abgeordnetenhauses der Ministerpräsident Graf Stürgkh die Einbringung mehrerer Gesetze an, darunter eines über Abkationen und Transportmittel im Kriegsfall. Natürlich dachte man dabei an ein Gesetz über die Einquartierung von Soldaten und Entnahme von Automobilen. Als man das Gesetz sah, entpuppte es sich als eines über die „Kriegsleistungen“. Aber nicht die sachlichen Leistungen, die im Falle des Krieges beizustellen sind, bilden den Kern des Gesetzes, sondern die Weisung des Menschen, die Aufopferung der ganzen Persönlichkeit, die Unterwerfung fast aller in Oesterreich wohnenden Männer unter das Kriegsrecht.

Der erste der entscheidenden Paragraphen des Gesetzes besagt: Jeder männliche Arbeitsfähige, der nicht über fünfzig Jahre alt ist — ob er jemals Soldat war oder nicht — kann im Falle

der Mobilisierung oder der Ergänzung des Heeres auf den Kriegszustand zu persönlichen Dienstleistungen für Kriegszwecke herangezogen werden. Welcher Art diese Dienstleistungen sind, wird nicht gesagt. Damit wird die Militärpflicht für alle Männer bis zu fünfzig Jahren ausgesprochen. Daß man dabei nur daran denkt, die Arbeiter zu militarisieren, geht daraus hervor, daß von der „Leistung länger dauernder Arbeiten und Leistungen außerhalb der Aufenthaltsgemeinde“ selbständige Landwirte, Fabrik- und Gewerbeinhaber befreit sind. Also, die Arbeiter sollen herangezogen werden können. Wenn man auch die Menschen zu gar nichts brauchen wird, kann man sie irgendwohin auf ein Feld schicken, man kann sagen, sie sollen Erdarbeiten ausführen — und sie haben alle Rechte verwirkt. Es existiert dann für sie kein Vereinsrecht, kein Versammlungsrecht mehr, sie können keine Zeitung lesen, keinen Brief schreiben — sie unterstehen der Militärdisziplin und dem militärischen Strafrecht und dem Militärgericht, was in Oesterreich im Kriege bedeutet, daß der „Ungehorsame“ gehängt oder erschossen werden kann.

Man merkt, was man mit dieser Militarisierung bezwecken will. So viel Männer, daß man nicht einmal mit dem Landsturm, zu dem jeder vom 19. bis zum 42. Lebensjahr verpflichtet ist, auskommen könnte, kann kein Krieg erfordern. Es kann sich also nur darum handeln, alle Leute, die an einem Streik teilnehmen könnten, durch die Militarisierung davon abzuhalten.

Noch deutlicher wird das in einem zweiten Paragraphen ausgedrückt. Er knüpft an die Bestimmung an, daß die Militärkommandanten im Falle der Mobilisierung oder der Ergänzung des Heeres auf den Kriegszustand jedes Unternehmen — Transport- und Verkehrsunternehmen, Industrie- und alle anderen Anlagen — verhalten können, den Betrieb weiterzuführen oder sein Personal zu überlassen. Das Militär kann die Leitung des Betriebes übernehmen, es kann diese aber auch dem Unternehmer belassen. Aber in jedem Falle haben alle männlichen Arbeiter bis zu fünfzig Jahren, so lange der Ausnahmezustand dauert, die Pflicht, in dem Arbeitsverhältnis zu verbleiben. Es gibt keinen Grund, der sie nach diesem Henkergesetz berechtigen würde, die Arbeit zu verlassen. Der Unternehmer kann ihnen Lohn zahlen, so wenig er will, er kann den Arbeitsvertrag in jedem Punkte brechen, er kann sie beschimpfen, ja halbtot schlagen: sie müssen trotzdem bleiben und den von den Militärorganen erteilten Befehlen unbedingt Folge leisten, sonst werden sie nach Kriegsrecht behandelt — auch mit Galgen und Blei.

Was anderes ist also der Zweck dieses Gesetzes als die Arbeiter ihres Willens zu berauben, sie mit der Androhung des Todes davon abzuhalten, zu tun, was sie für gut befinden?

Der Blutausch der Verfasser des Gesetzes war so stark, daß sie — ganz überflüssigerweise, denn die allgemeine Bestimmung würde dem edlen Zweck schon genügen — auch noch ausdrücklich sagen, daß, wer im Gefolge von Soldaten oder auf einem von der Kriegsmarine benutzten Fahrzeuge irgendeine strafbare Handlung begeht, sei sie welche immer, der Kriegsgerichtsbarkeit untersteht, und daß die Weibenspersonen der zu Beförderung für den Krieg herangezogenen Verkehrsunternehmen wegen jeder Verletzung der Dienstpflicht mit der militärischen Strenge vom Kriegsgericht zu behandeln seien!

Die Sozialdemokratie hat dem Henkergesetz aber die schärfste Fehde angekündigt. Bisher zeigen nur die Christlichsozialen, die immer als die Ersten jeder Schandtat zuzubeln, bremende Bier, das Gesetz anzunehmen. Die übrigen bürgerlichen Parteien sind zurückhaltend. Man wird aber bald sehen, ob sie schon rechte Eunuchen sind, auch dieses Gesetz, das allen Rechten der Staatsbürger den Garaus macht, dem Poloz zu apportieren.

In Ungarn benützt die Regierung, die den Völkern die Wahlreform schuldig ist, die günstige Situation dazu, ein Gesetz vorzulegen, das im Kriege der Pressefreiheit, dem Vereins- und Versammlungsrecht, der Freiheit des Aufenthalts, dem Schwurgerichten ein Ende machen kann. In Oesterreich besteht das Gesetz, daß im Kriege die staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechte suspendiert werden können, schon seit dem Jahre 1869. Dieses Gesetz ermöglicht selbst im Frieden den Ausnahmezustand zu verhängen, und war doch der Wiener Ausnahmezustand von 1884 bis 1891 ohne besonderes Gesetz möglich. Natürlich ist die ungarische Schandtat noch um einige Reuegeiten bereichert. Jenseits der Weitra geniert man sich auch nicht, gerade herauszusagen, daß man in Kriegszeiten den Streik mit den allergrausamsten Mitteln verhindern will. Das österreichische Gesetz will dasselbe, erwähnt aber das Wort Streik nicht. In dem ungarischen Gesetz heißt es aber: „Wer in Kriegszeiten zum Zwecke der Erschwerung oder Vereitelung der Kriegsführung Arbeiter zu gemeinsamer Arbeitseinstellung, oder Arbeitgeber zur Aussperrung der Arbeiter, oder Arbeiter zu Aussperrung der Arbeitgeber veranlaßt, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafe bis zu 8000 Kronen bestraft. Derselben Strafe unterliegt, wer zu dem bezeichneten Zwecke durch Zusammenrottung den Beginn oder die Fortsetzung der Arbeit verhindert. Wer in Kenntnis, daß die Arbeitseinstellung oder die Aussperrung der Arbeiter oder die Fortsetzung der Arbeit verhindert wird mit Geldstrafe bis zu 4000 Kronen bestraft.“

Die Regierungen nützen also die patriotischen Wallungen der bürgerlichen Parlamentarier gründlich dazu aus, aller Freiheit ein Ende zu machen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Dezember 1912.

Der Wahlrechtsraub in Ruß j. L.

Am Sonntagmittag protestierte die Arbeiterschaft Veras in fünf von vielen Tausenden besuchten Versammlungen, zu denen auch viele Hunderte von Arbeitern aus den Orten des rußischen Unterlandes herbeigekommen waren, gegen die geplante Wahlrechtsveränderung. In den Versammlungen sprachen der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Wurm, und die Genossen Leber, Wetterlein, Knauf und Leben. Die Redner enthielten die fein ausgelegten „Reformpläne“, durch welche die Regierung im Bunde mit den bürgerlichen Parteien die Arbeiterklasse zu entrechten sucht. Sie charakterisierten den Raub als einen Unsturz von oben, durch den die herrschenden Klassen das unanfechtbare Eindringen der Sozialdemokratie in den Landtag und in die Gemeindevorstellungen zu verhindern trachtet, um sich für den Reichstagswahltag von 1912 zu rächen. Sie brandmarkten das Verhalten der bürgerlichen, vor allem der freisinnigen Presse, die den Plan, von dem das Parteiblatt, die „Rußische Tribüne“, vorzeitig Kenntnis erhielt und den es veröffentlichte, bis zur letzten Stunde dreist ablenquerte. Das Verhalten des rußischen Freisinn in diesem Wahlrechtskampfe werde sicherlich nicht ohne Wirkung auf das Verhältnis der Sozialdemokratie zum deutschen Freisinn bleiben: eine Wirkung, die sich schon bei den bevorstehenden preußischen Landtagswahlen zeigen könne; denn das Verhalten des Freisinn in diesem Kampfe müsse als ent-

scheidend dafür gelten, ob der Freisinn für immer in das Lager der volksfeindlichen Reaktion abzusinken gedenke, oder ob er noch Anspruch darauf erhebe, als fortschrittlich zu gelten.

In allen Versammlungen wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Versammelten schärfsten Protest gegen den Wahlrechtsraub erheben und erklären, als Antwort auf diese Vorgänge die Stärkung der Organisation und für die Verbreitung der Parteipresse unermüßlich tätig sein zu wollen.

Nach dem Schluß der Versammlungen zogen die Teilnehmer zu Tausenden und Übertausenden nach dem Innern der Stadt und demonstrierten unter sozialistischen Gesängen auf dem Marktplatz vor dem Rathaus. Die Polizei war nur in geringer Zahl aufgebotsen, sie hielt sich abseits. Auch die Versammlungen blieben unüberwacht. Doch hielt man das Militär in der Kaserne bereit und sorgte so dafür, daß die Proletarier im bunten Rod, aus denen sich die Garnison fast ausschließlich zusammensetzt, auf die Vorgänge „draußen“ aufmerksam gemacht wurden.

Am Sonntagnachmittag demonstrierte auch die Arbeiterschaft von Triebes.

Einft und jetzt.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ leisten sich das Vergnügen, die bayerischen ultramontanen Blätter, die vor Gut über die Auslegung des Jesuitengesetzes durch den Bundesrat freisinnigen, mit einer niedlichen Reminiszenz aus dem Jahre 1845 zu ärgern. Das liberale Blatt erzählt:

„Am 7. Dezember 1845 hat Fürst Brede in der Kammer der Reichsräte den Antrag eingebracht, der sich gegen die beabsichtigte Zurückberufung der Jesuiten nach Bayern ausspricht.“

Und die Reichsratskammer?

Sie nahm den Antrag mit 30 gegen 6 Stimmen an und unter dieser Majorität befanden sich nicht nur vier königliche Prinzen, von denen einer heute noch lebt, sondern auch der Erzbischof Urban von Bamberg und der Bischof Richard von Augsburg.

So haben wir zweimal mitgeteilt!

Warum blieb man so still und so stumm?

Wegen der Erzbischofe? Nein!

„Der königliche Prinz, der heute noch lebt“ — ist Prinz Luitpold von Bayern.“

„Wir führen den Wahlkampf nur mit anständigen Waffen!“

So behauptete bekanntlich auf dem Breslauer Konserwativen Parteitag kurz vor der Reichstagswahl Herr v. Heydebrand, der Führer der Junkerpartei. Wie diese „anständige“ Kampfmethode beschaffen ist, dafür liefert dieser Tage eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Wittenberg wieder einen neuen Beweis.

Im Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz, wo der jetzige freisinnige Bezirkspräsident Dove gegen den agrar-konserwativen Wiltonar Major Vetter in der Stichwahl nur gewählt werden konnte, wenn er die Stimmen des ausgeschiedenen sozialdemokratischen Kandidaten Hildebrandt erhielt, wurden am Morgen des Stichwahltages zehntausende von Flugblättern verbreitet, die folgende Aufforderung enthielten:

„Arbeiter, Handwerker! Enthaltet Euch der Stimme! — Hildebrandt.“

Durch diesen Wahlwindel sollten die Wähler des sozialdemokratischen Kandidaten veranlaßt werden, entgegen der Stichwahlparole durch ihre Wahlenthaltung den Schwarzblauen die Ergatterung eines Mandats zu erleichtern. Die fortschrittliche „Wittenberger Allgemeine Zeitung“ und das halleische „Volkblatt“ geißelten in mehreren Artikeln diese perfiden Machenschaften. In einer Artikelserie meinte das fortschrittliche Blatt, das gemeine Wahlmanöver könne nur von der konserwativen Partei oder dem Bunde der Landwirte ausgegangen sein, und so lange die Herren Konserwativen nicht das Gegenteil bewiesen, würden sie sich gefallen lassen müssen, daß man sie mit der unfauberen Geschichte in Verbindung bringe. Jedenfalls um zu verhüten, daß bei künftigen Wahlen dieses Betrugsmanöver den Konserwativen vorgehalten werden könnte, unternahm der Vorstand des konserwativen Vereins ein großes Reinigungswerk und stellte gegen den Kobaltur des freisinnigen Blattes Schriftantrag wegen Verleumdung. Wie nicht anders zu erwarten war, lehnte der Staatsanwalt aus leicht begreiflichen Gründen ein Einschreiten ab, so daß die Herren Landrat v. Trotha, Kammerherr v. Leipzig, Winterschuldirektor v. Spillner, Amtsgerichtsrat Herr und Amtsrat Hartwig den Privatklageweg betreten mußten. Die Kläger waren eifrig bemüht, in den Verhandlungen den Angeklagten zur Abgabe einer Erklärung zu veranlassen, daß er sie persönlich mit den Angriffen nicht treffen wolle, und waren sogar bereit, die Hälfte der Kosten zu zahlen. Der Angeklagte ließ sich jedoch auf diese durchsichtigen Vorschläge nicht ein, sondern bot einen umfangreichen Wahrheitsbeweis dafür an, daß der Wahlwindel von einem Anhänger der Konserwativen verübt worden sei, und daß insbesondere der Landrat v. Trotha Wahlbeeinflussungen gegenüber Beamten verübt habe. Dieser Verzicht, Licht in die dunklen Machenschaften zu bringen, wurde vom Gerichtsvorsteher, der in einer früheren Verhandlung mitamt den Schöffen als Befangen abgelehnt worden war, vereitelt mit dem Bemerkten, daß das Gericht nicht dazu da sei, jenes Wahlmanöver völlig aufzuklären. In der Zwischenzeit ist nämlich der Urheber des Schwindels in der Person des Maschinenhüblers Doerr aus dem Kreise Schweinitz entdeckt worden. An der Verbreitung der Schwindelflugblätter sind mindestens 30 Personen beteiligt gewesen, ferner mehrere Automobile aus Verlin. Doerr und der Druckereibesitzer wurden durch amtliche Strafbefehl (1) wegen Vergehens gegen das — Verbot (auf dem Flugblatt fehlte die Angabe des Druckers) zu je 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Die beiden können sich jedenfalls nicht über eine zu harte Strafe beschweren, wie die Arbeiter im Mansfeldischen, die wegen verurteilten Schüttelns der Wahlurne zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Dem Gesetz ist Genüge geschehen, wenn das Volkswohlwahrsein auch in diesem Falle etwas anderes erwartet hätte, vor allem eine öffentliche Gerichtsverhandlung, in der festgestellt werden konnte, wer dem Händler mit landwirtschaftlichen Maschinen das Geld zur Ausführung des freien Schwindels gegeben hat. Denn es wird doch kein Ruß glauben wollen, daß jemand, der in so dürftigen Verhältnissen lebt, daß er nur mit 21 M. zur Steuer veranlagt ist, aus purer Begeisterung für die Konserwativen über 1000 M. hinauswirft? Bei seiner Verurteilung gab der Wahlmogler auch zu, Anhänger der konserwativen Partei gewesen zu sein. Alle Veruche, die Hintermänner dieses Menschen und die ionstigen Machenschaften des Bundes der Landwirte und der Konserwativen gerichtlich klarzulegen, wurden durch die eigenartige Stellungnahme des Gerichts vereitelt, indem es diese Behauptungen größtenteils als wahr unterstellte. Bemerkenswert ist noch die Tatsache, daß das Gericht des von den Konserwativen „abgeschüttelten“ Maschinenlieferanten seit der Wahl einen solchen Umfang angenommen hat, daß er sich ein Automobil anschaffen konnte und daß viele ländliche Abonnenten des freisinnigen Blattes,

deren Namen durch Indiskretion eines Postbeamten zur Kenntnis der Wähler gelangten, von diesen systematisch boykottiert werden.

Wegen Verleumdung durch zwei Artikel wurde der ehemalige Bloßbruder der Junker zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt.

Zur württembergischen Proporzwahl,

die am 18. Dezember stattfindet, nahm eine am Sonntag in Stuttgart abgehaltene Konferenz, bestehend aus den Mitgliedern des Landesvorstandes, des Landesauschusses, den Kreisvorsitzenden und den bei den Bezirkswahlen gewählten Abgeordneten Stellung. Es wurde einstimmig beschlossen, bei der Aufstellung der Proporzliste von jeder Kommunalwahl abzusehen. Danach waren für den nördlichen Landestwahlkreis neun, für den südlichen acht Kandidaten aufzustellen. Das Ergebnis der Abstimmung ist, daß auf den Zettel den nördlichen Kreis gesetzt werden: die bisherigen Abgeordneten Feuerstein, Heilmann, Reichel, Sobann die Genossen Erlendbusch, Vöding, Ernst, Schilling, Pfäfer, Stuttgart, Wehr, Stuttgart, Kohnmann, Ullrich und Seemann, Stuttgart. Der Zettel für den südlichen Kreis enthält die Namen der bisherigen Abgeordneten Wagner, Leimer die der Gen. Predmar, Weisingen, Hill, Reutlingen, Böling, Ullrich, Pfäfer, Schwenningen, Herpich, Stuttgart und Waffenschmidt, Stuttgart.

Die Bergwerksindustrie und Bergverwaltung Preußens im Jahre 1911.

Nach dem auf amtlichen Quellen beruhenden, in der „Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen“ erschienenen Bericht hat die Bergwerksindustrie im Jahre 1911 einen weiteren Aufschwung erfahren. Die Kohlenförderung ist gegen das Vorjahr um nicht weniger als 5,17 Proz. gestiegen. Wie der Bericht angibt, sind auch die Löhne in die Höhe gegangen, von Vierteljahr zu Vierteljahr soll der auf den Kopf der Belegschaft entfallende Durchschnittslohn gestiegen sein. Ueber die Höhe der Löhne in einzelnen jedoch schweigt der Bericht, der sonst über alles sehr detaillierte Angaben macht, sich völlig aus, er begnügt sich mit der kurzen Bemerkung, daß die Jahresdurchschnitte von 1900 und 1910 überall erheblich überschritten sind, sagt aber nicht, wieviel die Löhne betragen, und vor allem sagt er nichts darüber, in welchem Maße die angeblühete Lohnsteigerung durch die Steigerung der Preise der Lebensmittel wieder wettgemacht ist.

Ueberhaupt merkt man dem Bericht seine tendenziöse Färbung auf den ersten Blick an. Er klagt lebhaft über willkürliche Freiheitschichten der Arbeiter, über Lohnbewegungen und dergleichen und bemüht sich überall, die Arbeiter als diejenigen hinzustellen, die den geordneten Gang des Betriebes stören. So gibt er als Gründe für den starken Belegschaftswandel im Oberbergamtsbezirk Dortmund die Wanderlust, Aussicht auf bessere und neuzeitlichere Wohngelegenheit, nachbarliche Uneinigkeit und Verfeindungen, Steuer- und Kreditfragen sowie Betriebsbeschränkungen an. Daß dies nicht allein die Gründe sind, ist zwischen den Zeilen zu lesen. Auch noch der offiziöse Berichterstatter selbst zugedenk, daß bei einem erheblichen Teile der Arbeitererschaft auch wirtschaftliche Erwägungen zum Zwecke der Erreichung besserer Arbeits- und Lohnbedingungen maßgebend gewesen sein mögen, und daß sich viele Arbeiter zum Wechsel ihrer Arbeitsstätte dadurch haben lassen, daß die in der Entwicklung stehenden nördlichen Zechen, entsprechend ihrem größeren Arbeiterbedürfnis, höhere Löhne zahlten. Geklagt wird über die Zunahme der Fälle, in denen die Arbeit unter Kontraktbruch verlassen wurde. Diese Fälle haben insgesamt im Berichtsjahre die Höhe von 16 188 erreicht. Wenn der Bericht hinzufügt, dies auffallende Anwachsen dürfte hauptsächlich auf die seit dem 1. Januar 1910 festgesetzte Kürzung der Aussperrungszeit nach Kontraktbruch von sechs Monaten auf einen halben Monat zurückzuführen sein, da diese verhältnismäßig kurze unfreiwillige Wartezeit die Leute weniger abschreckt, so ist das ein Zeichen für die arbeitserfeindlichen Gefühle, die den Berichterstatter besetzen. Von den gleichen antisozialen Bestrebungen diktiert ist sein Urteil über die Ursachen der willkürlich gefeierten Schichten, aus deren Zunahme er den Schluß zieht, daß auch die durch die Dürre des Sommers hervorgerufene Verteuerung der Lebensmittel und die dadurch ungünstig beeinflusste wirtschaftliche Lage eine Einschränkung des „Bummelns“ an den Montagen und den Tagen nach Lohn- und Abschlagszahlungen nicht herbeizuführen vermocht hat.

Im einzelnen sei aus dem Bericht noch hervorgehoben, daß die Gesamtzahl der im Jahre 1911 beschäftigten jugendlichen Arbeiter im Oberbergamtsbezirk Dortmund um ein geringes, nämlich um 48, abgenommen hat. Die Ueberschichten und die Nebenschichten haben eine weitere Zunahme erfahren. Die Zahl der Verunglückungen mit tödlichem Ausgang ist gegen das Vorjahr wieder gestiegen. Im ganzen verunglückten tödlich 1417 (gegen 1354) Personen, und zwar 1176 (1140) beim Steinkohlenbergbau, 93 (73) beim Braunkohlenbergbau, 70 (81) beim Erzbergbau und 78 (80) bei anderen Mineralgewinnungen. Auf 1000 beschäftigte Personen kommen 1,929 tödlich Verunglückte gegenüber 1,965 im Durchschnitt der Jahre 1901 bis 1910 und 2,185 im Durchschnitt der Jahre 1891 bis 1900.

Erwähnt sei noch das wertvolle Zugeständnis, daß die auf die Dürre des Sommers zurückzuführenden teilweisen Minderungen des Jahres 1911 eine erhebliche Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel verursacht und so eine Hebung der wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter trotz der im Laufe des Jahres durchweg gestiegenen Löhne vermindert haben. Unter solchen Umständen dürften die Lohnbewegungen der Bergarbeiter denn doch nicht so unbegründet sein, wie der Berichterstatter es hinzustellen beliebt, zumal da durch die von den Zechenbesitzern getroffenen Wohlfahrts-Einrichtungen trotz aller Loblieder, die die Verwaltungen auf sie hängen, nicht allzuviel zur Vinderung des Notstandes der Arbeiter anzufangen ist.

Soldatenfreunden.

Ein bemerkenswerter Prozeß, der geradezu aufreizend wirken muß, gelangte vor dem Preussischen Kriegsgericht zur Verhandlung. Wegen angeblicher Ächtungsverleumdung und Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft war der bisher völlig unbestrafte und gut beurteilte Gefreite der 3. Eskadron des Gardereitregiments Albert Robert Wittreuter angeklagt. Der Angeklagte war am 25. Oktober zum Verurtheilten bestellt und hatte Vorbereitungen für den angelegten Verweappell zu treffen. Im letzten Augenblick bemerkte er, daß ihm zur Vorführung der Verurtheilten einige Soldaten fehlten. Er begab sich zum Unteroffizier Sommsig und erbat sich von diesem in angeblich unmillitärischer Form drei Mann. Der Unteroffizier fuhr ihn aber mit den Worten an: „Ein paar in die Schanzen können Sie kriegen, scharfen Sie sich weg!“ Wittreuter erwiderte darauf: „Herr Unteroffizier, ich muß die Leute haben!“ Jetzt verfuhr der Unteroffizier dem Angeklagten mehrere Stöße gegen die Brust, daß der Mißhandelte einige Schritte zurücktaumelte. Die Mißhandlung brachte den Befreiten in Erregung und er äußerte: „Vergreifen darf sich der Herr Unteroffizier nicht an mir, lassen Sie mich nicht noch mal an!“ Nach Aussage des Unteroffiziers soll Wittreuter dabei eine unmillitäre Haltung eingenommen und eine drohende Handbewegung gemacht haben.

In der Verhandlung stellte sich aber heraus, daß Wittreuter die Hand nur erhoben hatte, um weitere Mißhandlungen abzuwehren. Als sich der Gefreite dann entfernen wollte, überschüttete ihn der Unteroffizier mit Schimpfnamen, wie Rindvieh, Wildschwein, Schwein u. s. f. und befahl dem Angeklagten noch, zu ihm zu

kommen und sich anständig hinzustellen. Da Wittreuter aber mit feinem lieben Vorgesetzten nichts mehr zu tun haben wollte und überdies auch seinen Verritt fertig zu machen hatte, erklärte er: „Ich habe keine Zeit!“ Der Unteroffizier erwiderte darauf dem Angeklagten einige Befehle, die Wittreuter aber in seiner begrifflichen Erregung unbesorgt ließ. Als der Unteroffizier die Befehle wiederholte, sagte Wittreuter: „Wenn der Herr Unteroffizier noch was von mir will, dann kann er ja gleich mitgehen, ich gehe zum Oberleutnant.“ Darauf äußerte der Unteroffizier: „Ich weiß nicht, ob ich das Schwein gleich arreriere oder zum Oberleutnant schaffe!“

Der Vorfall kam zur Verurteilung und nicht der Unteroffizier, sondern der mißhandelte Soldat kam unter Anklage — weil er die Quälereien nicht widerspruchslos hatte über sich ergehen lassen! Wittreuter gab vor Gericht an, daß er dem Unteroffizier angemessen entgegengetreten, aber erst durch dessen rohes Auftreten gereizt worden sei. Der Unteroffizier sei schon sehr oft so zu ihm gewesen. Die Äußerungen habe er nur getan, um den Unteroffizier von weiteren strafbaren Handlungen abzuhalten. Die Befehle habe er um bedwillen nicht befolgt, weil er sehr erregt war und den Befehl erhalten hatte, den Verritt fertig zu machen. Die Mißhandlung und Beleidigungen wurden durch Zeugen bestätigt. Der Unteroffizier gab die strafbaren Handlungen als möglich zu, charakterisierte sich aber selbst treffend durch die Worte: „Es kann sein, daß ich zu Wittreuter roher war als sonst.“ Der Einbruch, daß das Gericht auf Seiten des Angeklagten stand, war unverkennbar. An sich hätte Wittreuter mit wenigstens 43 Tagen Gefängnis bestraft werden müssen. Das Gericht nahm aber an, daß er durch Mißhandlung und Beleidigung zur Tat gereizt worden ist und ihm der § 98 des R.-Str.-G.-B. zugestanden ist, der eine Herabsetzung der Strafe bis auf die Hälfte zuläßt. Das Urteil lautete auf die zulässige mildeste Strafe von 3 Wochen und 1 Tag mittleren Arrest! In den zitierten Äußerungen, die im Anschluß an die Beschimpfung und Mißhandlung gefallen sind, hat das Gericht eine — Achtungsverletzung erblickt! Auch Gehorsamsverweigerung wurde für vorliegend erachtet. Zugleich wurde aber in der Begründung ausgesprochen, daß der Unteroffizier den ganzen Vorgang verschuldet hat.

Italien.

Der Friedensvertrag und seine Anhängel.

Rom, den 30. November. (Eig. Ber.) Daß die italienische Kammer nicht daran denken konnte, dem Friedensvertrag von Lausanne die Ratifizierung zu verweigern, war von vornherein klar. Es handelt sich hierbei um eine Formalität. Das Ministerium hat es aber für gut befunden, gleichzeitig mit dieser Formalität eine wesentliche Entscheidung von der Kammer zu fordern: Giolitti hat gemeinsamermaßen in den obligatorischen Trakt eine recht bittere Redigir einbringen wollen, damit das Parlament alles zusammen gutwillig herunterschleude. Der Gesandtenwurf über den Friedensvertrag besteht ohne irgendwelche logische und praktische Berechtigung aus zwei Teilen, der erste gibt dem Vertrag Exekutivkraft, der zweite bewilligt die Eröffnung eines Kontokorrents von 50 Millionen zugunsten des neuen Kolonialministeriums für öffentliche Arbeiten in Äthiopien. Als ob es damit noch nicht genug des Bitteren wäre, enthält der zweite Artikel noch zwei weitere Bestimmungen: von diesen 50 Millionen soll auch das Defizit gedeckt werden, das sich etwa in der Einrichtung des neuen Ministeriums über die vom Parlament bewilligten 200 000 Lire hinaus, ergeben sollte; weiter sollen die Kolonialausgaben nicht, wie alle anderen, im Budgetvorschlag der Kammer vorgelegt, sondern einfach als Allegat des Konsumptbudgets der nachträglichen parlamentarischen Genehmigung unterbreitet werden. Wohl selten hat man einem Parlament so ungeheuerliche Zumutungen gestellt! Den Friedensvertrag muß es ratifizieren, das ist eine reine Formalität; daß es aber gleichzeitig Gelder bewilligen und auf sein Recht, über diese Verwendung dieser Gelder zu machen, verzichten soll, ist unerbört. Es gehört schon Giolittis tiefe Verachtung seiner Mehrheit dazu, um einen derartigen Versuch zu wagen. Freilich wird der Ausgang zeigen, daß man diese Mehrheit gar nicht unterschätzen kann. Sie wird den Entwurf annehmen, wie sie noch ganz anderes annehmen würde.

Die sozialistische Parlamentsfraktion hat den Abgeordneten Treves beauftragt, als Fraktionsredner bei der bevorstehenden Diskussion die Einwände der Partei zu begründen, die in einer von der Fraktion angenommenen Tagesordnung niedergelegt sind. An dem Friedensvertrag selbst wird moniert werden, daß er einmal die friedliche Ausübung der italienischen Souveränität nicht gewährleistet und dann den aus der Türkei ausgewiesenen Italienern keine Entschädigung gewährt. Weiter wird sich der Fraktionsredner gegen die Verquickung der Ratifizierung mit der Bewilligung der Kolonialausgaben wenden, diese selbst als für die kulturelle Entwicklung Italiens hemmend und schädlich bezeichnen, um schließlich gegen die Verkürzung der Rechte des Parlaments, die die präventive Bewilligung der Ausgaben einschließen, energisch Einspruch zu erheben. Diese Kritik der Sozialisten wird natürlich die Mehrheit nicht hindern, Giolitti freudig soviel an parlamentarischen Rechten zu Füßen zu legen, als ihm niederzutreten irgend genehm sein kann.

Marokko.

Kulturarbeit mit dem Schnellfeuergeßel.

Paris, 2. Dezember. Die „Agence Havas“ meldet aus Marokko vom 30. November: Die Kolonne Mangin stieß auf die Rückkehr von Demnat auf aufständische Marokkaner, die von der Artillerie auf den Höhen, wo sie sich in Sicherheit glaubten, beschossen wurden. Dabei wurden etwa 60 Marokkaner erschossen, die Franzosen hatten keine Verluste.

Aus der Partei.

Die sozialistische Aktion gegen den Krieg.

Paris, 30. November (Eigener Bericht). Die Verwaltungskommission der geeinigten Partei und die Fraktion haben beschlossen, den Völkler Beschlüssen gemäß die Propaganda gegen den Krieg zu verstärken. Zu diesem Zweck werden die Parteiateilungen aufgefordert, in Resolutionen ihre Zustimmung zum Manifest der Internationale zu erklären. Es sollen überall, wo dies angeht, die Völkler Delegierten Redenschaftsberichte erstatten. In Paris wird dies in einer Versammlung geschehen, wo die Genossen Sallant, Jaurès und Pressensé sprechen werden. Die Verwaltungskommission hat auch beschlossen, das Manifest als Flugblatt zu verbreiten, endlich soll auch eine besondere Propagandabroschüre herausgegeben werden, die die Berichte über die großen Kundgebungen in Paris und Basel und die Beschlüsse des Pariser Parteitags und des internationalen Kongresses vereinigt.

Ein Antwort des „Avanti“ zum Internationalen Kongress.

Rom, den 30. November. (Eig. Ber.) Die Genossin Angelica Calabanooff behandelt in einem Leitartikel des „Avanti“ den Kongress von Basel und Konstantinopel mit stolzer Genugthuung, daß seine Entscheidungen bestimmt sind, nicht nur in der Geschichte der sozialistischen Internationale, sondern auch in der der herrschenden Klassen tiefe Spuren zu hinterlassen. In Basel hätten die sozialistischen Parteien aller Länder gezeigt, daß sie in der Bewertung der Ereignisse der Tagesgeschichte auf die tiefen wirtschaftlichen Grundfragen zurückgehen verstanden. Deshalb hat sich einer neuen Situation gegenüber nicht das Bedürfnis nach einer Änderung der Taktik gezeigt: wie man in der Ächtung des Kapitalismus sieht, so sieht man im Klassenkampf des Proletariats das Mittel zu seiner Befreiung. Keine besondere Taktik, kein Spezifikum für die Befreiung des europäischen Friedens: alles, was die Macht des Proletariats und sein Klassenbewußtsein stärkt, dient diesem Zweck. Zum Schluß weist der Artikel auf die großen Fortschritte hin, die

das internationale Bewußtsein seit dem Jahre 1870 gemacht hat, als noch Liebesrecht und Bebel mit Freiheitsstrafen die Betonung internationaler Solidarität hüten mußten und dabei noch den großen Teil der Massen gegen sich hatten. Heute bleiben dieselben Massen unberührt von der Hege der nationalistischen Demagogie, heute sei die proletarische Internationale zu einer Macht geworden, die bereit ist, sich mit allen Mitteln den Kriegsgelüsten der herrschenden Klassen entgegenzustellen.

Friedensdemonstration in Rumänien.

Bukarest, 1. Dezember. (Private Telegramm des „Vorwärts“.) Die organisierte Arbeiterschaft protestierte heute in zwei Versammlungen, davon eine unter freiem Himmel, gegen die Kriegshege. Nach den Versammlungen erfolgte eine machtvolle Straßendemonstration.

Die schwarze Polizei gegen Friedensdemonstrationen.

Wie ein Depeschendureau aus Prag meldet, hatten die sozialdemokratische und die nationalsozialistische Partei für Sonntag Versammlungen angekündigt, in denen für den Frieden demonstriert werden sollte. Alle diese Versammlungen wurden von der Polizei verboten.

Ein Sozialdemokrat als Mitglied des Staatsgerichtshofes.

Als Mitglied des Staatsgerichtshofes, das von dem österreichischen Parlament zu wählen ist, wurde Genosse Friedrich Austerlitz, der Chefredakteur der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Hausdurchsuchungen und kein Ende.

Wie schon berichtet, fand Freitag morgen im Düsseldorfener Pressebureau für Rheinland-Westfalen eine Hausdurchsuchung nach der Agitationsbroschüre „Der Militarismus — ein Segen oder ein Unglück für das Volk“ statt. Wenige Stunden darauf haushuchte die Polizei im Düsseldorfener Parteisekretariat nach derselben Broschüre, fand aber nicht ein einziges Stück. Damit nicht genug, wurde am Nachmittag bei einem jüngeren Genossen — während dieser sich auf seiner Arbeitsstelle befand — Hausdurchsuchung nach der Broschüre gehalten, aber ebenfalls kein Exemplar gefunden. Statt dessen nahm man eine Broschüre, betitelt „Imperialismus oder Sozialismus“, mit. Das Bezeichnende dabei ist, daß der betreffende Genosse in der Partei keinerlei Funktionen bekleidet; er hat früher einmal die „Arbeiter-Jugend“ ausgetragen, was auch der Polizei bekannt war. Man nimmt also offenbar an, daß die kleine Broschüre für die — Jugend bestimmt war! Doch noch immer war die Polizei nicht zufrieden. Sonnabend vormittag erschien sie im Düsseldorfener Volkshaus und wollte eine Durchsuchung des ganzen Gebäudes mit seinen zahlreichen Gewerkschaftsbüros vornehmen. Schließlich aber begnügte man sich mit einer Hausdurchsuchung im Druckereibetrieb eines Parteiblattes nach den Platten zu der Broschüre. Gefunden wurde natürlich nichts, da die „staatsgefährlichen Dinge“ längst wieder eingeschmolzen waren.

Soziales.

Das Existenzminimum vor dem Reichsgericht.

In konstanter Judikatur hat das Reichsgericht daran festgehalten, daß 1. das Lohnbeschlagnahmegesetz nur einen Jahresbetrag von 1500 M. (nicht Monatsbetrag von 125 M.) jeder Pfändung entzieht; 2. ein Arbeitsvertrag unauflöslich ist, durch den dem Angestellten 1500 M., seiner Frau 2000, 3000 M. oder noch mehr zugesagt wird. Untere Instanzen laufen gegen diese Rechtsprechung immer noch Sturm; freilich vergeblich. Die meisten Urteile in dieser Frage sind vom 7. Zivilsenat gefällt. Am Freitag stellte sich der dritte Zivilsenat auf denselben Standpunkt.

Eine Berliner Firma A. u. Co. hat eine vollstreckbare Forderung gegen den Kaufmann D. in Altn, der bei einer Abitur G. m. b. H. als Geschäftsführer tätig ist. In dem Engagementsvertrag ist bestimmt, daß D. 1500 M. Gehalt erhält, daß aber die G. m. b. H. an die Frau des Geschäftsführers, solange dieser in ihren Diensten steht, jährlich 2700 M. in Monatsraten auszusahlen verpflichtet ist. Die Berliner Firma ließ nun die Gehaltsansprüche des D., soweit sie 1500 M. übersteigen, durch Beschluß des Amtsgerichts Köln pfänden und sich zur Einziehung überweisen. Sie klagte dann gegen die Kölner G. m. b. H. den Betrag von 3000 M. ein. Die Beklagte erhob Widerklage auf Befristung, daß der Klägerin Ansprüche gegen sie nicht zuzustehen.

Das Landgericht und Oberlandesgericht Altn haben unter Abweisung der Widerklage nach dem Klageantrag erkannt. Das Oberlandesgericht ist der Meinung, daß der Vertrag nur zum Schein abgeschlossen worden sei, daß der Vertrag aber auch gegen die guten Sitten verstoße.

Das Reichsgericht hat auf die Revision der Beklagten das Urteil des Oberlandesgerichts aufgehoben und in Abänderung des landgerichtlichen Urteils die Klage abgewiesen, auf die Widerklage aber festgesetzt, daß der Klägerin aus den Pfändungsbeschlüssen des Amtsgerichts ein Anspruch gegen die Beklagte nicht zusteht. Zur Begründung führte der erkennende Senat des höchsten Gerichtshofs aus: Von einem Scheinvertrag kann keine Rede sein. Der Wille der Parteien ist dahin gegangen, daß der Angestellte D. einmal 1500 M. Gehalt und zweitens einen Anspruch dahin haben sollte, daß der Prinzipal seiner Frau einen gewissen Betrag gewährt. Auf den Inhalt dieses Anspruchs kommt es gar nicht an. Es ist unrichtig, wenn das Berufungsgericht annimmt, daß dem Angestellten ein Anspruch dahin erwachsen sei, daß er für seine Tätigkeit 4200 M. erhält und daß davon nur 2700 M. an seine Frau gezahlt werden sollten. Er hat nur einen Anspruch darauf, daß seiner Frau irgend etwas Bestimmtes zugewiesen wird. Ein Vertrag dieses Inhalts aber verstoßt durchaus nicht gegen die guten Sitten. Der Senat pflichtet in dieser Hinsicht der vom 7. Zivilsenat des Reichsgerichts ausgesprochenen Rechtsansicht bei. Durch den Vertrag sollte lediglich für den notwendigen Unterhalt des Angestellten D. und seiner Frau gesorgt werden; darin liegt nicht etwas irgendwie gegen die guten Sitten Verstoßendes. Die Ansetzung des Vertrages konnte die Klägerin höchstens gegenüber der Ehefrau, nicht aber gegenüber der Beklagten als Prinzipalin erklären. (Altenzeichen: III. 247/12.)

Arbeitskämpfe in Oesterreich.

Nach der soeben erschienenen Statistik des k. k. Arbeitsstatistischen Amtes im Handelsministerium ist 1911 in Oesterreich eine Vermehrung der Streiks zu verzeichnen gewesen. Ihre Zahl stieg auf 706 (1910: 657) mit 122 001 (55 474) Beteiligten in 3507 (2888) Betrieben, in denen 193 390 (108 484) Arbeiter beschäftigt waren, von denen 63,9 Proz. (61,1 Proz.) die Arbeit niederlegten. 2733 (1843) der Streikenden wurden nicht wieder eingestellt. Die meisten Streiks kamen auf das Baugewerbe, dann folgt die Metallbearbeitung, die Bekleidungs- und Buchwarenindustrie usw. Die durchschnittliche Streikdauer war 15 (20,1) Tage, die längste währte 234 (480) Tage, 555 (508) Arbeitseinstellungen waren Angriffsstreiks, 90 (81) Abwehrstreiks. Die häufigste Veranlassung war Unzufriedenheit mit den Löhnen: in 422 (416) Streiks oder 59,8 (65,3) Proz. Dann folgen Forderungen hinsichtlich der Organisation und der Arbeitszeit. Mit vollem Erfolg endeten 127 (111) Ausstände, mit teilweisem 573 (339) und ohne Erfolg 206 (209). Der Lohnsteigerungsindex wird auf 5 1/2 Millionen Kronen geschätzt. Aussperrungen gab es 22 (19) in 408 (146) Betrieben und sie betrafen 6375 (19 292) Arbeiter. Alles in allem: aufsteigende Konjunktur mit zurückhaltendem Angriffseifer der Unternehmer.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf um den wöchentlichen Ruhetag im Bäcker- und Konditorengewerbe.

Die in der ersten Hälfte des November im Reich abgehaltenen Verhandlungen, in denen die Bäder zur gesetzlichen Regelung der sechstägigen Arbeitswoche Stellung nahmen, zeitigten als Resultat, daß in 230 Orten rund 1800 Gehilfen für die Petition votierten. 144 meistertreue Gesellen fühlten das Bedürfnis in sich, für die Beibehaltung der sieben Arbeitsstage in der Woche zu stimmen.

Die Unternehmer sind sich im Zentralverband deutscher Bäckereien dahin übereingekommen, ihren Syndikus mit der Ausarbeitung einer Gegenpetition an den Reichstag zu beauftragen. Auf die Gründe, die hier gegen die Forderung der Arbeiter zusammengetragen werden, darf man neugierig sein. Die Unternehmer werden nicht abstreiten können, daß die Regelung der sechstägigen Arbeitswoche durch Gesetz in Österreich-Ungarn, Italien, Frankreich, Finnland, einigen Kantonen in der Schweiz und den Vereinigten Staaten Nordamerikas schon erfolgt ist. Ebenso werden sie nicht in der Lage sein, die in der Petition der Gehilfen angeführten Gutachten von Männern der Wissenschaft zu entkräften. Und mit der banalen Phrase, daß die Einführung der sechstägigen Arbeitswoche dem vollständigen Ruin des Gewerbes gleichkäme, werden sie sicher beim Reichstag vergebens auf ein Entgegenkommen worten dürfen. Die Tatsache, daß mehr als 20 000 im Berufe beschäftigte Personen heute schon im Genusse der sechstägigen Arbeitswoche sind, kann nicht mit beweislosen Behauptungen bestritten werden. Auch die üblichen mittelständlerischen Lamentos können den Reichstag nicht gegen die Forderungen der Arbeiter einnehmen, weil anderen Kleinhandwerkern die Beschäftigung der Arbeiter an den Sonntagen schon längst durch die Reichsgewerbeordnung untersagt ist. Soll denn der Kleinmeister im Bäcker- und Konditorengewerbe nicht mehr existenzfähig sein, während doch in anderen Berufen die Existenzmöglichkeit trotz der sechs Arbeitswochentage besteht? Es werden also recht faden-scheinige Gründe den Inhalt der Unternehmerpetition zieren.

Abgesehen davon, daß die Unternehmerorganisation sich mit aller Kraft gegen zeitgemäße Reformen zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Gehilfen stemmt, will sie in ihrer sozialen Rücksichtlosigkeit auch die Konsumenten schädigen. Das preussische Ministerium bemerkte in einem Rundschreiben 1900 an die ihm unterstellten Behörden u. a. „... Daneben bestehen auch hinsichtlich der Unterbringung der Gehilfen und Lehrlinge bei den Arbeitgebern nach den vorliegenden Ermittlungen an zahlreichen Orten äußerst bedenkliche Mängel in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung.“ Daß diese Mängel heute noch bestehen, haben die Gewerbeinspektoren in den Jahresberichten für 1911 nachgewiesen. Weiter wird von Ärzten, Gelehrten und Sozialpolitikern uneingeschränkt zugegeben, daß auch das konsumierende Publikum durch die infolge der langen Arbeitszeit verursachten Gesundheitschädigungen der Gehilfen und Lehrlinge in bedenklicher Weise in Mitleidenschaft gezogen werden kann, und daß diese Gesundheitschädigungen der Gehilfen zu einer großen Gefahr für die Volksgesundheit werden können. Es ist doch nicht abzusehen, daß der in übermäßig langer Arbeitszeit ausgeglichene Körper sehr leicht Infektionskrankheiten zugänglich ist. Bei der Herstellung von Nahrungsmitteln ist das nicht allein unappetitlich, es besteht obendrein die nahegelegene Gefahr der Übertragung auf die Konsumenten. Wenn weite Volkskreise wüßten, welchen hohen direkten Wert die Verkürzung der Arbeitszeit dieser Arbeiterkategorie für ihr gesundheitliches Wohl hat, so würden sie in ihrem wohlverstandenen Interesse selbst entschieden die Regierung zur gesetzlichen Einführung der sechstägigen Arbeitswoche in diesem Gewerbe veranlassen.

Nun hat der Reichstag zu entscheiden, und von ihm erwarten die Bäder und Konditoren, daß er ihrer Forderung stattgeben wird.

Berlin und Umgegend.

Tariffbewegung in der Herrenkonfektion.

Nachdem die letzte Mitgliederversammlung des Verbandes der Schneider einstimmig beschlossen hatte, die für die Herrenkonfektion geltenden Tarife zu kündigen, wurde den in Frage kommenden Arbeitgebern bereits am Sonnabend von dem Beschluß Kenntnis gegeben und ihnen neue Tarifvorlagen unterbreitet. Am Sonntag nahm eine von Konfektionschneidern und -Schneiderinnen (organisiert im Verbands der Schneider sowie im Gewerbeverein) zahlreiche besuchte Versammlung nachmalige Stellung zu den von der Kommission ausgearbeiteten neuen Tarifvorlagen. Der Referent Kunze erörterte in längerer Ausführungen zunächst das Zustandekommen der für die Herrenkonfektion geltenden Tarife. Er wies dann darauf hin, wie einige Arbeitgeber durch eine ungesunde Schmutzkonkurrenz die Löhne der Arbeiter zu drücken suchten. Auch wollten sie dem Arbeiter jedes Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung des Arbeitsvertrages streitig machen. Die gegenwärtig gezahlten Löhne entsprächen nicht im mindesten den an die Konfektionschneider gestellten Anforderungen. Bei den Löhnen, die heute in Deutschland gezahlt würden, erwächte der englischen Konfektion eine große Konkurrenz.

Der neu ausgearbeitete Tarif ist von der Kommission in drei Klassen geteilt worden. Der Hauptwert wird neben einer allgemeinen Lohn-erhöhung auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt. Diese soll für Werkstattarbeiter neun und für Heimarbeiter zehn Stunden betragen. An Sonnabenden und den Tagen vor gesetzlichen Feiertagen soll die Arbeitszeit um 4 Uhr enden, an den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten um 1 Uhr. Für die Lohnarbeiter soll weiter die Bezahlung der gesetzlichen und der von den Arbeitgebern angeordneten Feiertage verlangt werden. Auch soll für alle Werkstattarbeiter ein Sommerurlaub bis zu acht Arbeitstagen eingeführt werden. Heim- und Werkstattarbeitern sollen ferner sämtliche Nähzutaten geliefert werden.

Kunze ging dann des näheren auf die einzelnen Tarifpositionen ein und forderte auf, die kommenden Tage mit der Agitation für den Verband der Schneider auszuwachen. Heute lasse sich noch nicht sagen, ob es zu einem Kampf komme oder im Wege friedlicher Verhandlungen ein die Arbeiter befriedigender Tarifvertrag abgeschlossen werde. Die Arbeiter wollten keinen Kampf provozieren, aber auch keinen Frieden um jeden Preis. Daher sei es schon am besten, sich auf einen Kampf einzurichten.

Kunze erläuterte die einzelnen Tarifklassen und gab die Firmen bekannt, denen die neuen Vorlagen unterbreitet wurden. — Nach einer kurzen Diskussion, die sich im Sinne der Ausführungen des Referenten bewegte, erklärte man sich einstimmig mit den neuen Tarifvorstellungen und den Maßnahmen der Ortsverwaltung einverstanden.

Die Handwerker und Arbeiter der Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft hatten am 30. September eine Kommission eingesetzt, welche gleich darauf bei der Direktion Verhandlungen wegen verschiedener Wünsche der Arbeiter nachsuchte. Erst jetzt, nach elf Wochen, hat sich die Direktion zu Verhandlungen mit der Kom-

mission bereit erklärt. Aber das Ergebnis der Verhandlungen, über das die Kommission am Sonntag einer Betriebsversammlung Bericht erstattete, befriedigt die Arbeiter durchaus nicht. Der Hauptpunkt der Forderungen war eine Lohn-erhöhung von 5 Pf. pro Stunde für alle Handwerker und Arbeiter. Die Direktion hat diesen bescheidenen Wunsch rundweg abgelehnt und erklärt, daß in absehbarer Zeit an eine Lohn-erhöhung, und wenn sie noch so niedrig wäre, nicht zu denken sei. — Wie berechtigt die Forderung der Arbeiter und wie rücksichtslos ihre strikte Ablehnung ist, das zeigt ein Blick auf die Löhne, welche die Hoch- und Untergrundbahn gegenwärtig zahlt. Die Handwerker in der Hauptwerkstatt erhalten einen Anfangslohn von 48 Pf., der von Jahr zu Jahr um 2 Pf. bis zur Höchstgrenze von 60 Pf. steigt. Die Handwerker der Bahn- und Brückenwerkstatt werden mit 45 Pf. eingestellt, nach einem Jahre erhalten sie 50 Pf. und dann von Jahr zu Jahr 2 Pf. mehr, bis sie die Höchstgrenze von 58 Pf. erreicht haben. Die ungelernen Arbeiter in der Hauptwerkstatt fangen mit 42½ Pf. an, bekommen nach einem halben Jahre 44 Pf. und dann von Jahr zu Jahr 2 Pf. mehr bis zur Höchstgrenze von 48 Pf. Die ungelernen Arbeiter der Bahn- und Brückenwerkstatt erhalten einen Anfangslohn von 40 Pf., der von Jahr zu Jahr um 2 Pf. bis zur Höchstgrenze von 48 Pf. steigt. — Diese Löhne sollen also angesichts der Teuerung in absehbarer Zeit nicht erhöht werden. Das ist der Standpunkt der Direktion eines Unternehmens, welches 6½ Proz. Dividende abwirft! — Ein anderer Wunsch der Arbeiter, die Löhne für alle im Betriebe Beschäftigten gleichzustellen, wurde ebenfalls abgelehnt. Nachdem eine Lohn-erhöhung nicht zu erlangen war, verjagte die Kommission, die Direktion zur Bewilligung einer Teuerungszulage zu bewegen. Auch das gelang nicht. Die Direktion versprach aber, die Weihnachtsgeldzahlungen zu erhöhen und sie allen Arbeitern zu gewähren, die mindestens ein halbes Jahr im Betriebe beschäftigt sind. — Dem Wunsche, einen Arbeiteraustausch einzuführen, kam die Direktion entgegen, indem sie sich einverstanden erklärte mit der Einführung einer Kommission, die gemeinsam mit der Direktion das Reglement für den Arbeiteraustausch auszuarbeiten soll. Der Arbeiteraustausch soll auch die Beschwerden über das Kantinenwesen, die sehr zahlreich sind, erledigen. Hinsichtlich der von den Arbeitern gewünschten Veränderung in der Einteilung der Arbeitszeit sowie Regelung der Fahrgelegenheit nach der Betriebswerkstatt Grundwald wird die Direktion die Vorschläge der Arbeiter entgegennehmen.

Die Versammlung war von dem sehr mageren Ergebnis der Verhandlungen arg enttäuscht. Man hatte hinsichtlich der Lohnforderung wenigstens einiges Entgegenkommen der Direktion erwartet. Die strikte Ablehnung jeder Lohnverbesserung wurde abfällig kritisiert. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche besagt:

Nach Anhörung des Berichts ihrer Kommission erklären die Versammelten ausdrücklich, daß sie ihre Entgegenkommen von der Direktion erwartet hätten, weil die im Betriebe der Hoch- und Untergrundbahn bestehenden Löhne bei der gegenwärtigen Teuerung nicht ausreichend sind. — Die Versammelten beauftragen ihre Organisationen, zu geeigneter Zeit erneut Lohnforderungen für alle Beschäftigten zu stellen und mit allem Nachdruck zu vertreten. — Die Versammelten verpflichten sich, inzwischen alle noch nicht organisierten Kollegen den Organisationen zuzuführen, damit ihre Forderungen in Zukunft mehr Anerkennung bei der Direktion finden.

Zum Kellnerstreik im Pakenhofer Auschank sei mitgeteilt, daß zurzeit Verhandlungen im Gange sind. Allerdings konnte bisher ein befriedigendes Resultat nicht erzielt werden. Wegen der Arbeitswilligen und der Anerkennung des lohnlosen Gehilfenwachstums war eine Verhandlung noch nicht möglich. Was auf weiteres ist der Betrieb für organisierte Gehilfen gesperrt.

Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin.

Gaswerk Oberspree.

Die Arbeiter der Imperial Continental Gas Association, Gaswerk Oberspree, nahmen in einer sehr gut besuchten Versammlung am 29. November Stellung zu der Antwort der Direktion betreffend die Wiedereinführung der Arbeiterausschüsse. Dieser Streit zieht sich nun schon annähernd zwei Jahre hin. Damals forderten die Arbeiter sämtlicher Betriebe der I. C. G. A. die Ausschussmitglieder auf, zum Protest gegen die Behandlung, die den von den Arbeitern eingereichten Anträgen seitens der einzelnen Betriebsleitungen zuteil wurde, ihre Kempter niederzulegen. Das geschah denn auch. Statt daß nun die Direktion auf Grund ihrer eigenen Bestimmungen über die Errichtung von Arbeiterausschüssen sofort eine Neuwahl anordnete, tat sie absolut nichts. Auch die von den Arbeitern mehrfach unternommenen Versuche, den Ausschuss wieder zu bekommen, scheiterten an dem Verhalten der Generaldirektion. Die Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeindearbeiter wurde dann von den Arbeitern beauftragt, ein neues Regulatorium für die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse auszuarbeiten und der Direktion mit dem Ersuchen zuzustellen, nunmehr die Neuwahl der Ausschüsse anzuordnen. Die Antwort der Direktion lautete, wenn man die Schminke davon abnimmt: „Wir werden der Wiedereinführung der Ausschüsse näher treten, sofern die Arbeiter selber sich mit einem diesbezüglichen Ersuchen an uns wenden.“ Daraufhin wurde von den Arbeitern eine Kommission gewählt, welche mit der Direktion in dieser Angelegenheit verhandeln sollte. Die Kommission verfaßte eine Eingabe und ließ dieselbe dann von den Arbeitern unterzeichnen. Diese Eingabe gelangte am 2. November in die Hände der Direktion. Schon am 1. November brachte es aber der Ingenieur E. von der Ammoniakfabrik in Ober-Schöneweide fertig, die am 2. November in Händen der Direktion befindliche Eingabe im Namen der letzteren zu beantworten. Am 16. November wurde dann die Eingabe der Arbeiter von der Direktion dahin beantwortet, daß dieselbe die einzelnen Betriebsverwaltungen beauftragt habe, die Frage der Errichtung von Ausschüssen nach Lage der Verhältnisse auf den einzelnen Betrieben zu erledigen. Das ist in der Form geschehen, daß allenthalben verschiedene Kommissionsmitglieder zu der Betriebsverwaltung beordert wurden. Hier wurde denselben dann seitens der Verwaltung ein Speer über die Zweck- und Unzweckmäßigkeit der Ausschüsse gehalten. Ein Ausschuss ist nach Ansicht des Herrn Betriebsdirektors Rudolph schon deswegen nicht notwendig, weil in den Betrieben der I. C. G. A. gar keine Mängel bestehen und die Wünsche der einzelnen Arbeiter gleichfalls stets von der Verwaltung berücksichtigt worden wären. Nur im Gaswerk Oberspree hat sich der Direktor Rudolph dazu aufgeschwungen, einfach eine Kommission, bestehend aus vier Arbeitern zu ernennen. In der Versammlung wurden nun diese Vorgänge zur Sprache gebracht und von allen Seiten wurde ausgeprochen, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, sich eine Kommission von der Direktion aufzuziehen zu lassen. Der Referent Genosse A. Stamer vom Gemeindearbeiterverband zerpflückte eingehend die vom Betriebsdirektor A. angeführten Gründe, welche gegen die Wiedereinführung der Ausschüsse sprechen sollen. Wenn der Herr A. meine, bei der I. C. G. A. beständen keine Mängel, so könnte Redner ihm ein ganzes Arsenal von solchen aufzählen. Redner wies dann noch darauf hin, daß die Direktion die Errichtung einer Betriebskrankenkasse plane und führte dazu aus, daß die Arbeiter dann wenigstens in der angenehmen Lage wären, ganz einwandfreie Zahlen über die Krankheits- und Unfallsziffern der I. C. G. A. zu erhalten. In der Diskussion wurden noch verschiedene Mängel aus dem Gaswerk Oberspree vorgebracht. Von der Annahme einer Resolution wurde allgemein Abstand genommen, dafür verpflichteten sich die Anwesenden, in Zukunft mehr als bisher den Organisationsgedanken zu propagieren und damit zugleich der Direktion die gebührende Antwort zu erteilen. Zum Schluß wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß in der nächsten Woche die übrigen Betriebe gleichfalls in einer Versammlung zusammenkommen werden.

Ob. Glode, Berlin, Druck v. Verlag: Vorwärts Buchd. u. Verlagsanstalt

Deutsches Reich.

Ein Nachspiel zum Kampfe der Ascherlebens- Papierwarenarbeiter.

Nachträglich nehmen sogar die Fabrikanten gegen die Firma Westhorn und für den Buchbinderverband Stellung. Das kam so: Die Firma Westhorn bemühte sich nämlich in der angelegenen und weitverbreiteten Fachzeitschrift „Papier-Zeitung“, ihre scharfe Haltung gegen die Forderungen der Streikenden damit zu rechtfertigen, daß sie die Forderungen der Arbeiter als viel zu hoch bezeichnete, die ohne Rücksicht auf die Konkurrenz gestellt worden seien; die Lohnbewegung sei überhaupt auf das Bestreben des Buchbinderverbandes zurückzuführen. Für diese Behauptung könnte die Firma natürlich auch nicht den Schatten eines Beweises beibringen. Der Vorsitzende des Buchbinderverbandes, Genosse Kloth, wies die vorliegenden Behauptungen in zwei Berichtigungen an die „Papier-Zeitung“ zurück, so daß sich die Firma Westhorn zuletzt mit einer leidendelnden Erwidrerung aus der für sie unangenehmen Affäre zu ziehen verurteilte. Darauf erhielt Kloth aus den Kreisen der Papierwarenfabrikanten Zuschriften, worin betont wurde, daß die Firma Westhorn nur veruche, den Tatbestand zu verdunkeln. Denn es sei notorisch, daß die Firma Westhorn infolge ihrer „unwürdigen Löhne“ eine Art Monopol für die riesigen Massen gefärbter Bodenbeutel erworben habe, daß sie für dieselben Bodenbeutel, die in anderen Orten pro 1000 mit 1,50 bis 1,70 M. bezahlt würden, ihren Arbeiterinnen nur 80—90 Pf. zahle, daß es in Deutschland überhaupt keine Firma gebe, die mit ähnlichen Löhnen rechnet, daß es unwahr sei, wenn die Firma erkläre, sie hätte aus Rücksicht auf die Handwerkerinnen von der Einführung von Bodenbeutelmaschinen abgesehen, daß es solche Maschinen für die in Betracht kommenden Arbeiten noch gar nicht gebe, die Firma aber sicher die erste sein würde, solche einzuführen, wenn sie vorhanden resp. rentabel seien. Wörtlich wird in einer Zuschrift ausgeführt:

„Ein Monopol, das sich auf so unwürdige Löhne aufbaut, ist aber sowohl nationalökonomisch als auch industriell unbedeutend, weil es zu ganz ungesunden Verhältnissen führt und in der Hauptsache nur Nachteile schafft, im Grunde genommen sogar statt zum Lebensunterhalt der betreffenden Arbeiter beizutragen, zur Verarmung dieser Leute führt.“

Weiter wird zugegeben, daß der Ersatz der schlechtbezahlten Heimarbeiter durch technisch vollkommene Maschinen nur ein Segen für die Arbeiter und Arbeiterinnen sein würde. Und endlich wird erklärt:

„Bisher ist die Firma Westhorn tatsächlich infolge der niedrigen Mchellöhne in der Lage, jede mit normalen Löhnen rechnende Firma zu unterbieten, und wenn hierin Wandel geschaffen würde, dann wäre es ganz bestimmt nicht zu Schaden des Gewerbes.“

Wie wir ausdrücklich betonen wollen, sind diese Briefe nicht von Genossenschaftsbetrieben, sondern von Fabrikanten, die dem Genossen Kloth das Recht gaben, von ihren Briefen Gebrauch zu machen; und ihm erklärte, daß er die Richtigkeit dieser Angaben überall würde mit Leichtigkeit feststellen können“. Fürwahr ein harter Schlag für die „Könige von Ascherleben“, wie man die Herren Kommerzienräte Westhorn in Ascherleben nennt, so von ihren eigenen Massengenossen der Unwahrheit überführt zu werden!

Lohnbewegung in einem Zentrumtblatte.

In der „Neu-Grünenfelder Zeitung“ — einem Zentrumtblatte — ist es zu Differenzen zwischen den Botenfrauen und dem Verlage gekommen. Der Verlag will zum 1. Dezember eine Neueinteilung seiner Bestellbezirke vornehmen. Das hat bei den älteren Botenfrauen besonders böses Blut erregt, da sie mit der allgemein üblichen Neujahrsgratifikation rechnen müssen, die ihnen in den meisten Fällen entgeht, wenn sie einen neuen Bezirk zugeteilt bekommen. In einer Verammlung der Botenfrauen zeigten diese große Lust, das Antragen einzuflecken; doch wollen sie vorher nochmals mit dem Verlage verhandeln. Es handelt sich hier um völlig indifferente Frauen, die in dem schwarzen Neuz nie etwas von Organisation gehört haben.

Ausland.

Drohender Streik in Paris.

Wie aus Paris gemeldet wird, beschlossen am Sonntag mehrere tausend Schriftsetzer, eine Lohn-erhöhung und den Reinstundentag zu verlangen und in allen Druckereien, die diese Forderungen ablehnen sollten, am 5. Dezember die Arbeit niederzulegen.

Versammlungen.

Eine Schifferversammlung fand am Sonntagmorgen in Kellers „Neue Harmonie“ statt. Schiffseigner, Boot- und Steuerleute, Heizer und Maschinisten waren eingeladen, um einen Vortrag von Adolf Ritter zu hören über das Thema: „Der Ballantrieb, die Fleischnot und ihre wirtschaftlichen Folgen auf die Binnen-schiffahrt“. Der Referent zeigte, wie die arbeitenden Schichten des Volkes unter der Politik der herrschenden Klasse leiden und wie die Sozialdemokratie besteht, die die Interessen jederzeit wahrzunehmen. Er forderte zur Unterstützung der Sozialdemokratie auf und betonte die Wichtigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation auch unter den Schiffern, die ebenso wie die anderen Erwerbsstände unter den bestehenden Verhältnissen leiden. — Viele Rufe aus der Versammlung zeigten dem Redner, daß er sich in voller Uebereinstimmung mit den Anwesenden befand, was auch der lebhafteste Beifall am Schluß des Vortrages bewies. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Mit Hochrufen auf unsere Partei wurde die Versammlung geschlossen.

Letzte Nachrichten.

Wassersnot in Hamburg.

Hamburg, 2. Dezember. (B. Z. N.) Das unter der Bankstraße hinwegführende Hauptziel der Stadtwasserleitung ist heute abend zusammengebrochen. Durch die hervorbrechenden Wassermassen wurden die umliegenden Keller unter Wasser gesetzt. Durch die Gewalt des herbochquellenden Wassers wurde das Dreieck fortgeschwemmt, so daß dort der Fuhrwerks- und Straßenbahnverkehr vollkommen eingestellt werden mußte. Etwa eine Stunde lang war ganz Hamburg ohne Wasser, bis man eine Umleitung des Wasserzulaufes vorgenommen hatte. Die Feuerwehr ist mit dem Auspumpen der überfluteten Keller beschäftigt.

Schwere Automobilunfälle.

Braunschweig, 2. Dezember. (B. Z. N.) Heute nachmittag ereignete sich auf der Straße Striege-Dreitensstein ein schweres Automobilunglück. Vor dem Albrechtshaus geriet das Automobil des Tierarztes Schmidt aus Haffelselde auf der dichtbesetzten Landstraße ins Autsch und kippte um. Der Chauffeur Schmidts war auf der Stelle tot, während Schmidt selbst sowie ein anderer Insasse schwer verletzt wurden. Sie lagen zwei Stunden auf der Landstraße, ehe sie gefunden und in das Albrechtshaus gebracht wurden, wo sie noch bewußlos daniieder liegen.

Gießen, 2. Dezember. (B. Z. N.) Auf der abschüssigen Chauffee in der Nähe Gießen trug sich gestern nacht ein schweres Automobilunglück zu. Das Automobil des Mechanikers Roebus von hier überschlug sich in einer scharfen Kurve und stürzte in den Straßen-graben. Der Chauffeur und der 23-jährige Wilhelm Roebus waren sofort tot, der Vater des Roebus wurde schwer verletzt, die beiden anderen Insassen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Die Weltlage im Reichstage.

79. Sitzung. Montag, den 2. Dezember 1912, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann Hollweg, Kühn, v. Tirpitz, Delbrück, Kraetke, Visco, v. Geeringer, Solf, v. Niederlen-Wächter.

Erste Lesung des Etats.

Präsident Dr. Kaempf: Der Reichskanzler wird sofort beim Beginn die Erklärungen abgeben, die er abzugeben gedenkt. Ich schlage dem Hause vor, daran gleich die Beratung der auswärtigen Angelegenheiten zu knüpfen.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Bei einer Besprechung der auswärtigen Lage sind es die Ergebnisse auf dem Balkan, die zuerst zu ziemlich unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Allerdings haben die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel schon seit Jahrzehnten die Aufmerksamkeit der europäischen Großmächte in besonderer Weise beschäftigt. Wiederholte Versuche sind gemacht worden, die Zustände daselbst zu bessern und zu ordnen, wobei die Hauptwichtigkeit in der Verschiedenheit der Rassen und der Religion beruhte. Bei dem Scheitern aller dieser Versuche mußte immer wieder mit einem gewaltsamen Ausbruch der Leidenschaft gerechnet werden. Das Bestreben der Regierungen der Großmächte war darauf gerichtet, diesen Ausbruch möglichst lange hinauszudrücken und wenigstens solange zu verschieben, daß er nicht zu einem Kampfe aller gegen alle auf dem Balkan selbst, und vor allem nicht zu Verwickelungen unter den Großmächten führte. Nun hatte sich aber im Laufe dieses Jahres die Stimmung zwischen der Türkei und den Balkanstaaten so zugespitzt, daß der Ausbruch des Konfliktes nicht mehr zu verhindern war, trotz des eifrigen Bestrebens der Mächte, den Frieden zu erhalten, insbesondere mußten wir auf eine gewaltsame Lösung gefaßt sein, seit uns zu Beginn dieses Sommers bekannt geworden war, daß sich die Balkanstaaten zu einem Bunde zusammen geschlossen hatten. Als wir den Kampf als unvermeidlich ansehen, haben wir vor allem darauf hingewirkt, ihn zu lokalisieren. Dies ist bisher gelungen, und ich kann wohl die bestimmte Hoffnung aussprechen, daß das auch weiter gelingen wird. (Bravo!)

Von den Vorgängen auf dem Balkan werden wir zwar nicht unmittelbar berührt, und in manchen Punkten sieht unser Interesse hinter dem anderer Mächte zurück. Immerhin sind wir berechtigt, gleich den anderen Mächten an der Neuordnung der Dinge mitzuwirken, denn an der künftigen Gestaltung der ökonomischen Dinge auf dem Balkan sind wir sehr wesentlich und direkt interessiert. Ich erinnere nur an die Erhaltung der den türkischen Staatsgläubigern gewährten Sicherheiten. Außerdem werden wir bei der Regelung mancher Frage unser Wort zugunsten unserer Verbündeten in die Waagschale zu legen haben. (Schwaches Bravo! rechts.) Von den Kriegführenden wird nicht bestritten, daß bei der endgültigen Regelung der künftigen Grenzen die Großmächte ihre Interessen zur Geltung bringen müssen und auf Grund dieser Interessen zur Mitwirkung berufen sind.

Wenn über das Maß der Mitwirkung den einzelnen Großmächten und einzelnen der Kriegführenden Meinungsverschiedenheiten bestehen oder entstehen, so wird den Großmächten die Durchsetzung ihrer Forderungen wesentlich erleichtert, wenn sie sie gemeinsam vertreten. Um dies zu erreichen, schwebt ein lebhafter Gedankenaustausch unter den Mächten, über den ich heute nichts Näheres sagen kann, da er noch andauert. Ich kann aber sagen, daß er bisher in entgegenkommendem Geiste geführt wurde und alle Ansichten auf Erfolg blickt.

Natürlich werden die Ansprüche der Mächte im einzelnen erst dann festgelegt werden können, wenn die stipulationen vorliegen, die die Kriegführenden unter sich getroffen haben werden. Dann wird zu überlegen sein, inwieweit sie in die Interessensphäre anderer Mächte eingreifen. Sollen sich bis dahin — was wir nicht hoffen — unlösliche Gegensätze ergeben, so wird es Sache der im einzelnen Fall direkt interessierten Mächte sein, ihre Ansprüche zur Geltung zu bringen. Das gilt auch für unsere Bundesgenossen;

wenn sie aber bei der Geltendmachung ihrer Interessen wider alles Erwarten von dritter Seite angegriffen und damit in ihrer Existenz bedroht werden sollten, dann würden wir unserer Bundespflicht getreu fest und entschlossen an ihre Seite zu treten haben.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Und dann würden wir zur Wahrung unserer eigenen Stellung in Europa zur Verteidigung unserer eigenen Zukunft und Sicherheit stehen! (Bravo! bei denselben Parteien.) Ich bin fest überzeugt, daß wir bei einer solchen Politik das ganze Volk hinter uns haben werden. (Zustimmung rechts.) Wir haben große Interessen bei der Lösung des Streites zwischen der Türkei und den Balkanstaaten zu vertreten. Seit langen Jahren war unsere Politik darauf gerichtet, bei guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den Balkanstaaten die Türkei in wirtschaftlicher Hinsicht zu erhalten und zu stärken. Wir glauben, dadurch der Türkei manchen Dienst erwiesen zu haben, ohne daß wir dabei unsere guten Beziehungen zu anderen Mächten gefährdet hätten. Dieser Politik, die allerdings bei Ausbruch des türkisch-italienischen Krieges gerade bei uns heftig angegriffen wurde, möchte ich es als einen Erfolg vindizieren, daß wir uns während eines Krieges zwischen einem Freunde und einem Bundesgenossen, die Sympathien beider zu erhalten gewohnt haben. Diese Politik werden wir auch weiter fortsetzen. Wir hoffen, daß unsere bisherigen freundschaftlichen regen Beziehungen zu den Balkanstaaten durch deren zweifelloses Erstarken, namentlich in wirtschaftlicher Hinsicht, einen neuen Aufschwung nehmen werden.

Dabei wird unser Streben auch ferner dahin gehen, die Türkei nach dem Friedensschluß als wichtigen ökonomischen und politischen Faktor zu erhalten. In diesem Sinne und Bestreben begegnen wir uns nicht nur mit unseren Bundesgenossen, sondern auch mit anderen Mächten, die sich mit uns die Erhaltung einer wirtschaftlich gesunden Türkei angelegen sein lassen. Dieses Bestreben widerspricht schon an sich dem von der Presse, den Großmächten oder einzelnen derselben vielfach untergeleiteten Absichten von Landverwerb auf Kosten der Türkei aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges. Ich kann diese Unterstellung nach den bisherigen Versprechungen unter den Mächten als unrichtig bezeichnen. Der rege Gedankenaustausch unter den Mächten dauert an, und wenn ich auch noch nicht sagen kann, in welchen Formen er fortgesetzt werden wird, so wird er fortgesetzt werden nach den günstigen Ergebnissen, die er schon jetzt gehabt hat, und die eine allseitige befriedigende Lösung unter den Großmächten erwarten lassen. (Beizeugelter Beifall rechts.)

Hg. Lebehour (Soz.):

Ich glaube nicht zu irren, wenn ich aus dem erstaunten Stillschweigen, das auf die Rede des Reichskanzlers folgte und das nur durch schwaches Beifallsgemurmel rechts unterbrochen wurde, den Schluß ziehe, daß alle Parteien dieses Reichstages eine etwas ausgiebigere Auskunft von dem Reichskanzler in dieser so außerordentlich kritischen Lage für Europa und unser Vaterland er-

wartet haben, ausgiebigere Auskünfte vor allem deshalb, weil den ganzen Sommer über, als wir, als Europa wiederholt dicht vor dem Ausbruch eines großen, allgemeinen Krieges gestanden haben, die Reichsregierung es trotz der an sie ergangenen Aufforderungen nicht für nötig gehalten hat, den Reichstag zusammenzuberufen und sich mit dem Vertreter des Volkes darüber zu verständigen, welche Haltung in den Balkanwirren und allem was daraus entstehen kann, denn eigentlich das Deutsche Reich einzunehmen hat. Was wir heute zu hören bekommen haben, waren Allgemeinplätze, waren Plakativitäten, das hätte jederzeit gesagt werden können, sowohl bei Beginn des Krieges, als auch ein paar Jahre nachher. (Heiterkeit.)

Ueber die Absichten der Reichsregierung, über die Pläne ihrer Bundesgenossen, die zu verteidigen sie sich bereit erklärt hat, haben wir nichts vernommen. Die ganz allgemeine Versicherung von Bundesstreue ist etwas sehr schönes, ist moralisch, hört sich sehr schön an, es handelt sich aber immer darum, um was für Objekte es sich dreht, wenn die Vertätigung dieser Bundesstreue in Aussicht gestellt wird. Ich möchte wirklich wissen, ob diejenigen, die die Rede mit Beifall aufgenommen haben, aus den Ausführungen des Reichskanzlers irgend eine positive Tatsache herausziehen können, aus der man schließen kann, wann denn, um welche Frage, um welche Kampfbühnen die Bundesgenossen Deutschlands und gleichzeitig auch das Deutsche Reich nach der Auffassung des Reichskanzlers bereit sein müßten, mit den Waffen in der Hand Ansprüche dieser Bundesgenossen zu vertreten. Auch nicht mit einer Silbe ist der Reichskanzler darauf eingegangen und weil in dieser gegenwärtigen Situation davon doch die ganze Frage abhängt, ob wir den Frieden bewahren können, ob Deutschland seinen Einfluß zur Bewahrung des Friedens in die Waagschale werfen könnte, deshalb haben diese Ausführungen des Reichskanzlers sehr geringen Wert zur Klärung über die gegenwärtige Lage. Der Reichskanzler hat nicht von den Dingen geredet, sondern er hat

um die Dinge herumgeredet,

und das sind wir leider seit Jahren gewohnt. (Zuruf rechts.) Der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist nur der, daß Sie mit dieser Nichtachtung des Reichstages zufrieden sind, während wir darin eine gräßliche Verletzung der Interessen unseres Vaterlandes erblicken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre um so mehr notwendig gewesen, daß wir eine vollkommen ausgiebige Aussprache über die gegenwärtige Lage erhalten, als die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, daß seit Jahrzehnten die Reichsregierung und ihre Vertreter in allen großen und wichtigen Fragen, die die Welt bewegt haben, einen ungreiflichen Mangel an der rechtzeitigen Erkenntnis der Weltlage zeigten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich darf Sie vielleicht an einige solche Situationen erinnern. Fürst Bülow konnte die ostasiatischen Verhältnisse nicht beurteilen, er wollte uns nur einen Platz an der Sonne sichern; es hat sich aber gezeigt, daß die Verlegung von Kiautschou ein Mißgriff gewesen ist (Widerspruch rechts und bei den Nationalliberalen), vor allem auch, weil die deutsche Reichsregierung die Entwicklung der ostasiatischen Mächte nicht zu begreifen versteht. Kurz darauf erging das Telegramm Kaiser Wilhelm II., in dem er als Admiral des Atlantischen Ozeans den Admiral des Stillen Ozeans begrüßte. (Zuruf rechts: Alle Geschichten!) Ja, es ist uralte, aber es zeigt, wie verkehrt die Leiter der deutschen Politik die Verhältnisse seit undenklicher Zeit beurteilten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Kurze Zeit darauf sank die Flotte des Admirals des Stillen Ozeans bei Tsushima. Es folgte die Wegnahme des Sultans von Marokko, über dessen Schicksal ich kein Wort zu verlieren brauche. Am 8. November 1898 haben wir eine Rede Wilhelm II. in Damaskus gehört, an deren Schluß er sagte: Möge der Sultan und mögen die 300 Millionen Mohammedaner, die auf der Erde verstreut sind, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der deutsche Kaiser ihr Freund sei. Das war eine Versicherung dauernder und taufestlicher Freundschaft, die nicht als Höflichkeitsspiel abgetan werden kann. Das mußte bei den Türken und bei dem Sultan den Glauben erwecken, daß sie unter allen Umständen gegenüber den Angriffen fremder Mächte auf die Unterstützung Deutschlands rechnen können und deshalb durfte die deutsche Reichsregierung nicht im Unklaren darüber sein, daß die tatsächliche Durchführung dieser Freundschaftsversicherung absolut unmöglich sei. Das war

eine leichtfertige Zusage Deutschlands

auf eine werktätige Bundesgenossenschaft, die nicht durchgeführt werden konnte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dieses Versprechen hat den Sultan, die Türkei und die 300 Millionen Mohammedaner nicht davor behütet, daß nachher Marokko französisch, Ägypten italienisch geworden ist und daß die Türken jetzt aus Europa so ziemlich restlos hinaus müssen. Solch leichtfertige Versprechungen unserer Hilfsbereitschaft konnten allerdings nur in vollkommener Verkennung der in der wirtschaftlichen Entwicklung begründeten Kräfte und des Kräfteverhältnisses zwischen der Türkei und ihren Nachbarn abgegeben werden. Aus diesen Erfahrungen heraus haben wir aber das dringende Bedürfnis, daß die Reichsregierung uns über ihre Pläne und Absichten klaren Aufschluß gibt. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was man mit jenen Versicherungen erreicht hat, war zum Beispiel, daß in der Türkei das reaktionäre Regiment Abdul Hamids gestärkt und gekräftigt wurde. Der frühere Sultan Abdul Hamid glaubte, sich auf den ihm so eindringlich versprochenen deutschen Schutz verlassen zu können und hat deshalb alle Versuche bekämpft, in seinem Reiche rechtzeitig Reformen zur Verbesserung der Lage der Türken und insbesondere der Fremdböcker einzuführen. Die deutsche Reichsregierung und gerade ihre verantwortlichen Leiter tragen deshalb einen großen Teil der Mitschuld an den verrottenen Zuständen, die sich in der Türkei herausgebildet haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben durch ihre Freundschaftsversicherungen die Reaktion in der Türkei gestärkt und dem Sultan ermöglicht, jahrzehntelang ungestraft und ungehindert diese Mißwirtschaft fortzuführen und die Missetaten an den Armeniern zu veranlassen; aus Angst vor der eigenen Mannschaft, die sich gegen ihn empören konnte, hat der Sultan sogar jede Verbesserung der militärischen Einrichtungen unterlassen. Als aber die türkische Armee vollkommen zerrüttet war, sind allerdings ein preussischer General und preussische Offiziere nach der Türkei gegangen und haben dort versucht, soweit dazu ein einzelner Umstand ist, den

preussischen Drill

im türkischen Heere einzuführen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Sie mühten aber notwendigerweise damit scheitern, weil die gesamten Zustände im türkischen Reiche infolge des despotischen, von der deutschen Reichsregierung gebilligten Regiments einer langsamen, aber sicheren Fäulnis entgegen gingen.

Als dann später die sogenannte jungtürkische Revolution ein Ende machte mit den hamidischen Verbrechen und die Reichsregierung nachher darauf hingewiesen wurde, daß sie also unter Umständen auch mit einer streikenden revolutionären Partei sich verständigen, da erklärte der damalige Reichskanzler Fürst

Bülow: „Ja, das ist etwas ganz anderes, als was sonst als Revolution gilt, das in der Türkei sind Leute, die unblutige Revolutionen machen.“ Kurze Zeit darauf kämpften die Jungtürken die hamidische Reaktion durch die Belagerung und Erstürmung von Konstantinopel mit Waffengewalt nieder und brachten ihrer unblutigen Revolution den blutigen Stempel auf. Auch davon hatte der gute Bülow keine Ahnung! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten, laute Unruhe rechts.) Diese Tatsachen begründen wohl zur Genüge, daß unser Vertrauen zu den Leitern unserer auswärtigen Politik so gering ist und daß wir sagen: wenn wir uns darauf verlassen mühten, daß der Friede Europas gesichert wäre durch die Aktion der europäischen, insbesondere der deutschen Diplomatie, dann würden wir unbedingt vollkommen verlassen sein von aller Hoffnung! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn jetzt — was wir alle freudig begrüßen — in dem Balkankrieg eine Wendung eingetreten ist, die so ziemlich die Aussicht auf die Herstellung des Friedens eröffnet, so bin ich fest überzeugt davon, daß sehr viel, wenn nicht in der Hauptsache, der Umstand darauf eingewirkt hat, daß das internationale Proletariat (Unruhe, Lachen und Lärm rechts und im Zentrum), das internationale Klassenbewußte Proletariat, das eine Gesamtheit von zehn Millionen aufgellarter Männer und Frauen in Europa umfaßt (Tausende Lachen und Lärm rechts und im Zentrum, in dem die Schlußworte dieses Satzes untergehen. Der Redner apostrophiert die Zuhörerinnen: Ja, wissen Sie das nicht, ist Ihnen denn das etwas Neues, daß in Europa 10 Millionen sozialistischer Männer und Frauen leben! (Zuruf rechts: Aber aufgellart! — Zuruf bei den Sozialdemokraten: 10 Millionen ist noch zu wenig!) Gewiß, das ist noch sehr gering geschätzt. Aber vielleicht kommen auch Sie (nach rechts) noch einmal zur Einsicht, andere Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft sind Ihnen darin vorausgegangen. Als Beweis dafür will ich nur auf eine Aeußerung des Hauptorgans der englischen Bourgeoisie, der „Times“, hinweisen, die in einer Betrachtung über die mögliche Entwicklung des Balkankrieges zu einem allgemeinen Weltkrieg u. a. sagt: „Der gesunde Menschenverstand der Völker Europas begeistert sehr wohl, daß ein Streit zwischen Staaten durch friedliche Diskussionen erledigt werden kann. In England wird man mit Entsetzen und Unglauben erfahren, daß ein Krieg möglich sein soll wegen der Frage eines serbischen Adriaufens oder wegen der größeren Fragen, die dahinter stehen, und doch treiben die Nationen dem blind entgegen. Nun, welche Mächte würden denn den Krieg? Die Antwort ist zu finden in den Staatskanzleien Europas (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), unter den Männern, die schon zu lange nicht unter der Waage der Menschen leben, die stets mit ihnen wie mit Figuren auf dem Schachbrett gespielt haben und die sich in den Kämpfen ihrer diplomatischen Reize so sehr verstreut haben, daß sie aufgehört haben, sich der bitteren Realität bewußt zu sein, mit der sie gespielt haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und so werden die Kriege noch weiter gemacht werden, bis die große Masse, die bisher der

Spielball der diplomatischen Intrigen

war, das Wort spricht, das nicht den ewigen Frieden — denn er ist unmöglich, aber die Entschlossenheit findet, daß Kriege nur ungroße und gerechte Lebensfragen gekämpft werden sollen. Soll dieses Wort jemals gesprochen werden, dann hat es nie eine geeignetere Zeit dafür gegeben als heute, und wir vertrauen darauf, daß es gesprochen werden wird, so lange es noch Zeit ist!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Das Lärmen auf der Rechten und im Zentrum ist verstummt.)

Dieses Wort, meine Herren, ist in Basel gesprochen worden (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten) und Sie können sich verlassen, daß es Eindruck gemacht hat an den Stellen in Europa, für die diese Sprache etwas mehr verständlich war als für Sie! (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der russischen Regierung, die ja von altersher unter allen europäischen Regierungen der gefährlichste Friedensstörer gewesen ist, haben die Petersburger Arbeiter durch einen eintägigen Demonstrationstreik in dem Augenblick, wo Rußland im Begriffe war, den Balkankrieg zu einem allgemeinen europäischen Krieg aufzutreiben, Klar zu verstehen gegeben, was sie zu erwarten hat, wenn sie abermals es wagen sollte, das Verbrechen eines großen europäischen Krieges zu begehen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn ich hier spreche über die Fragen der auswärtigen Politik wie jeder andere Parteigenosse hier sprechen würde, so weiß ich mich nicht nur im Einklang mit der deutschen Sozialdemokratie, ich weiß mich im Einklang mit den sozialistischen Parteien aller Kulturländer der ganzen Welt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist aber der fundamentale Unterschied zwischen unserer Stellung zu den Fragen der auswärtigen Politik und der Ihren. Sie, meine Herren, wie Sie auch sonst in Parteien zerklüftet sind, vertreten doch in Ihren hier und da von einander abweichenden Auffassungen (Graf Westarp: niemals ausländische Interessen!) — Große Heiterkeit rechts. Belächler bei den Sozialdemokraten.) — Sie vertreten (Hg. Südelum: meist persönliche Interessen!) immer die Interessen des kapitalistischen Ausbeutertums (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), einer kleinen, allerdings heute noch sehr einflußreichen Clique in Deutschland. Aber ebenso wie Sie vertreten die Vertreter der englischen und französischen bürgerlichen Parteien auch nur die Interessen des kapitalistischen Ausbeutertums ihrer Länder und durch diese einander widersprechende Interessenpolitik der Ausbeutungsklassen der verschiedenen Länder entsteht die Kriegsgefahr. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie vertreten keine großen allgemeinen Weltinteressen, Sie vertreten nicht einmal die deutschen Interessen, die Interessen des deutschen Volkes, das in seiner ganzen überwiegenden Mehrheit mit seinen Interessen identisch ist — mit den Interessen des Proletariats. Und die Interessen des Proletariats Deutschland sind mit den Interessen des Proletariats der ganzen Welt identisch. Die Worte, die ich hier spreche und sprechen werde, könnten genau so dem Sinne nach, dem Zwecke nach, der Wirkung nach, wenn auch nicht in allen Einzelheiten identisch, ein französischer, ein englischer, ein italienischer, ein serbischer oder bulgarischer Sozialdemokrat sagen. (Lachen rechts. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie in Ihrer vollkommenen Verblendung behaupten, das seien ausländische Interessen — nein, das sind nicht ausländische, das sind

proletarische Weltinteressen,

die das Proletariat der ganzen Welt in Gegenstand bringen zu allen kapitalistischen Interessencliquen. Und weil wir die Interessen des gesamten Weltproletariats, das auf den Weltfrieden hingiele, vertreten, deshalb sind wir auch die besten Vertreter, die auf die Dauer entscheidenden Vertreter des deutschen Volkes. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nun scheint es mir notwendig, mit einigen Worten auf die Anklündigung der unbedingten Bundesgenossenschaft einzugehen, die der Herr Reichskanzler hier namens Deutschlands erklärt hat. Er hat — ich kann nicht wirklich zitiere, aber ich glaube, meine Erinnerung täuscht mich nicht — gesagt: wir werden bei den weiteren Verhandlungen, die jetzt im Balkan geführt werden, zunächst damit zu rechnen haben, daß die

Kriegführenden Mächte untereinander zu irgendeiner Verständigung kommen, und wenn diese Verständigung erzielt wird, dann werden die europäischen Großmächte sich zu fragen haben, ob dies Resultat der Verständigung in irgendeiner Weise mit ihren eigenen Interessen kollidiert. Und sollten dann unsere Bundesgenossen zu der Heberzeugung kommen, daß die Regelung, die da zwischen den Kriegführenden vorgegeben wird, ihren eigenen Interessen zuwiderläuft und sollte es unter Umständen deshalb, weil wir auf friedlichem Wege eine Anerkennung ihrer Interessen nicht erreichen können, von einem Kriege kommen, dann werden wir (zurufe: Wenn ein Bundesgenosse angegriffen wird), also wenn sie von dritter Seite angegriffen werden, dann werden wir unbedingt auf die Seite der Bundesgenossen treten. Das Entscheidende liegt darin, daß in die Hand unserer Bundesgenossen, also in erster Linie Oesterreichs, die Entscheidung darüber gelegt wird, wo ihre Lebensinteressen liegen. Der Reichskanzler hat in seiner Weise in Aussicht gestellt, daß das Deutsche Reich auch nur eine

Kampfrüstung der Berechtigung dieser Forderung
börnehmen und davon seine Unterstützung abhängig machen würde. Damit ist unseren Bundesgenossen eine Blankovollmacht gegeben für die Fortführung derjenigen Politik, die Oesterreich in seinem Interesse für notwendig hält. (Widerpruch.) Ich habe selbst sehr genau zugehört, aber ebensovornig, wie Sie irgendeine jadedie Präzisierung der Differenzen vernommen, um die es sich unter Umständen bei Ausbruch eines Krieges drehen würde. Die Form, ob der ober jener als der Angegriffene erscheint, ist Nebensache, das Entscheidende sind die tatsächlichen Interessen, der Punkt, wo nach Auffassung der österreichischen Regierung der Kriegsfall eintritt. Eine tatsächliche Qualifizierung dieser Stellungnahme Oesterreichs ist in seiner Weise aus den Ausführungen des Reichskanzlers zu hören gewesen. Deshalb halten wir es für dringend notwendig, gerade über diese Frage Auskunft zu erhalten. Es kann den Mitgliedern aller Parteien nicht gleichgültig sein, ob dem Erzherzog Franz Ferdinand Blankovollmacht gegeben worden ist, mit den magyarischen und österreichischen Regierungen irgendwo einen Krieg vom Zaune zu brechen. Wir haben leider im Laufe der letzten Zeit deraut bedenkliche Erscheinungen in der österreichischen Politik zu verzeichnen gehabt, daß das deutsche Volk genötigt ist, mit der größten Vorsicht an diese Bündnismöglichkeit heranzugehen.

Das deutsche Volk hat ein Recht zu verlangen, daß die österreichische Regierung nicht ungeschickterweise einen Krieg herbeiführt. Und aus diesem Grunde sind wir im Reichstag genötigt, auf die Einzelfragen, um die es sich handelt, einzugehen. Wie wenig sowohl die österreichische Regierung wie die deutsche die Situation vor und nach Ausbruch des Krieges richtig beurteilt haben, geht daraus hervor, daß sie und die übrigen Großmächte eine Wiederherstellung des Status quo verlangen kann. Es hat sich dann sofort herausgestellt, daß dies absolut unmöglich war. Das war die erste

Generalblamage der europäischen Diplomatie.
Bei uns gilt es ja noch immer als Hauptsache, daß die jungen Leute, die in den diplomatischen Dienst eintreten angenehme Schwermünder sind, die es verstehen, mit sich sitzendem Grad und goldenem Armband um das Handgelenk eine angenehme Figur zu machen. Unseren Diplomaten fehlt jedes gründliche Verständnis für die weltbewegenden Kräfte des Wirtschaftslebens. Deshalb läte es sehr not, daß die Diplomatie mit einem Tropfen demokratischen und sozialistischen Oels gesalbt würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Aus diesem mangelhaften Verständnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die nationalen Bedürfnisse kommt es, daß unsere Diplomaten überoll auch in fremden Ländern die Reaktion unterstützen; wie sie in der Türkei die reaktionären Mächte unterstützt haben, so tun sie es auch in Oesterreich-Ungarn. Das ist auch sehr begreiflich, denn von einer Regierung, die sich im Inland auf allen Lebensgebieten als reaktionär erweist, kann man auch in der Vertretung der auswärtigen Politik nur reaktionäre Beeinflussung erwarten. Deshalb werden wir nicht eher eine Besserung unseres diplomatischen Dienstes, ein besseres Verständnis unserer Diplomaten für die weltbewegenden Kräfte erwarten können, als bis auch im Inlande gründlich Austerkehr gehalten ist mit den reaktionären Persönlichkeiten und den reaktionären Regierungen, die gegenwärtig noch das Heft in Händen haben und die

Aufrechterhaltung des von Gott gegebenen Status quo als ihr Lebensziel ansehen.
Nach den neuesten Nachrichten gewinnt es sehr den Anschein, daß die österreichische Regierung von ihren anfänglichen imperialistischen Gelüsten mehr und mehr zurückkommt. Als der Krieg ausbrach, wurde von reaktionärer Seite in Oesterreich verlangt, Oesterreich solle den Sandhals Kowibozar nehmen und dürfte sich auch den Zugang nach Saloniki von den Serben nicht vor der Nase wegschnappen lassen. Es wurde eine direkte aggressive Auslandspolitik Oesterreichs von Oesterreich selbst verlangt. Aber auch den sonstigen Bestrebungen der Serben, sich wirtschaftlich unabhängig zu machen, hat Oesterreich Widerstand geleistet. Wie sind denn die Serben dazu gekommen, die Notwendigkeit eines Hafens am Adriatischen Meer und den Zugang zum Meere zu verlangen? Sie sind durch die verkehrten Maßregeln der österreichischen Politik auf diesen für sie nicht dankbaren Weg geradezu getrieben worden.

Die österreichische Regierung hat im Interesse der agrarischen Ausbeuter Ungarns und auch Bisleithaniens Serbien ökonomisch geradezu erschöpft. Serbien ist ein Ackerbauland, das auf die Ausfuhr angewiesen ist, und gerade diese hat Oesterreich in den verschiedenen Handelsverträgen zu unterbinden versucht, es hat ihm die Verwertung seiner Landesprodukte nach Oesterreich unmöglich gemacht und auch gleichzeitig den Zugang zum Adriatischen Meere durch eine Eisenbahn verhindert. Die internationale Sozialdemokratie würde die Notwendigkeit dieses Zuganges für Serbien unbedingt anerkennen, wenn dem nicht die Notwendigkeit der Autonomie der Albanier im Wege stände. Mit der Anerkennung des Rechts jedes Volkes auf volle Selbstverwaltung macht die Sozialdemokratie selbstverständlich vor Albanien nicht halt. Das hat der Internationale Kongreß in Basel ausdrücklich anerkannt. Damit verträgt es sich aber nicht, daß Serbien einen Streifen bis zum Adriatischen Meere erhält, weil dieser von Albanien logerissen werden müßte. Wenn die neuesten Nachrichten sich bewahrheiten, so ist es ja im Werke, einen Balkanbund zu schaffen, dem Albanien und Mazedonien als unabhängige Glieder angehören, während gleichzeitig die albanischen Oasen zu Freihäfen erklärt werden. Wenn ferner den Serben durch den Bau von Eisenbahnen der volle Zugang nach diesen Gegenden gesichert wird, würden ihre gerechten Ansprüche erfüllt sein, ohne daß die der Albaner darunter leiden. Man spricht aber auch von einem Verzuge, den Albanern einen deutschen Prinzen aufzudrängen. Mit Bestreben habe ich gelesen, daß Herr Erzberger nach Wien gereist ist, um dort für einen solchen deutschen Prinzen zu wirken. (Weiterlekt bei den Sozialdemokraten. Widerpruch Erzbergers.) Sie sind also nicht nach Wien gereist. (Weiterlekt.) Es ist nur bedauerlich, daß es so lange unüberprochen in den Zeitungen gestanden hat. Ich kann nicht emphatisch genug davor warnen: möge die deutsche Reichsregierung alles aufbieten, daß deutsche Prinzen nicht in diese Position gebracht werden und Deutschland kompromittieren. Man soll es den Albanern überlassen, welche Regierungsform sie sich geben wollen.

Wie im übrigen die Balkanstaaten sich über die Grenzregulierung einigen werden, darüber brauchen wir uns hier nicht den Kopf zu zerbrechen. Ich warne nur davor, daß irgend ein Versuch Oesterreichs, nachträglich territoriale Sonderprivilegien für sich herauszuschlagen, von der deutschen Reichsregierung unterstützt wird, wodurch Oesterreich nur in seiner verkehrten Politik gegenüber den südslawischen Staaten bestärkt würde. Im Interesse seiner magyarischen Großgrundbesitzer hat Oesterreich

und ebenso hat Oesterreich es aus demselben Interesse nicht dazu kommen lassen, daß der serbo-slawische Volkstamm mit seinen 5 1/2 Millionen Seelen in Ungarn sich zu einem dritten Staatsgebilde innerhalb der Monarchie zusammenschließe. Das wirkt auf seine Auslandspolitik zurück und gefährdet Oesterreich bei einem europäischen Konflikt auf das alleräußerste. Die einzige Rechtfertigung für die Annexion von Bosnien und der Herzegovina wäre es gewesen, diese Landesteile mit Slavonien und Dalmatien zu einem neuen dritten Bestandteil der Monarchie zusammenzuschließen. Das ist eine geschichtliche Notwendigkeit, der sich Oesterreich nicht entziehen kann; das wird früher oder später kommen. Entgegen steht ihm nur die Gewaltpolitik der Magyaren, die Ungarn, in dem sie nicht einmal selbst die Mehrheit haben, wirtschaftlich und politisch durch die Regierung zugrunde richten. Wenn Oesterreich nicht die Kraft besitzt, sich von dieser Herrschaft der magyarischen Machthaber, die in Ungarn selbst das Volk brangsalieren, zu emanzipieren und die Forderung der Südslawen zu erfüllen, so wird das über kurz oder lang zur Absperrung der Südslawen führen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Gerade die deutsche Reichsregierung hat den dringendsten Anlaß, ihren Einfluß auf die innere Politik Oesterreichs auszuüben und Oesterreich von der Weiterführung seiner unglückseligen Politik abzumahnern. In Oesterreich vollzieht sich ein sehr interessanter wirtschaftlicher und politischer Prozeß; die

Gleichberechtigung aller Nationalitäten
breitet sich dort immer mehr aus. Nebezu durchgeführt ist dieser Grundsatz in Bisleithamien, völlig mißachtet wird er durch die magyarischen Machthaber. Wenn sich aber dort nicht ein Nationalitätenrat mit Gleichberechtigung aller Nationalitäten herausbildet, wird Oesterreich unfehlbar zugrunde gehen.

Wir haben es aber noch mit einer anderen Gefahr zu tun. Wegen die Ausführungen des Reichskanzlers in bezug auf die Selbständigkeit der Türkei sind in ihrer Allgemeinheit keine Einwendungen zu machen. Wie wir Sozialdemokraten das Recht aller Völker auf Unabhängigkeit und Selbstregierung anerkennen, so auch das der Türkei. Die Schwierigkeiten entstehen erst, wenn man in die Einzelheiten der Frage eintritt. Es handelt sich darum, ob die Türkei, wenn man ihr weitere europäische Teile mit Adrianopel amputiert, in Asien aufrechterhalten bleibt. Das wird sich nur durchsetzen lassen, wenn in der asiatischen Türkei künftig die Fesseln vermindert werden, die in der europäischen Türkei zur Herrschaft des Türkenregiments und zur Amputation des Reiches geführt haben. Denn auch in der asiatischen Türkei gibt es neben den 7 Millionen Türken mindestens ebenso viel Araber, Syrer und Armenier, die seit Jahren gegen die Despotenwirtschaft des bisherigen türkischen Regiments rebellierten, und diese Rebellen werden von neuem ausbrechen, wenn die türkische Regierung nicht die Notwendigkeit gründlicher Reformen einsieht, die auch diesen Völkern das Recht der Selbstverwaltung innerhalb des gesamten Rahmens des Staates geben, und da ist es genau so Aufgabe des Deutschen Reiches, als Freund der Türkei, mit aller Macht auf Reformen in der asiatischen Türkei hinzuwirken. Die deutsche Regierung hat die Möglichkeit dazu und kann bei diesem Bestreben auch Frankreich und England als Bundesgenossen finden. Alle diese Völker können sich dazu zusammenschließen, wenn nur die Sicherheit gegeben wird, daß bei der deutschen Regierung derartige Pläne eine wohlwollende Aufnahme finden. Aldeutsche freischütten ja schon mit dem Verlangen hervor, Deutschland solle

Leidensfledderei treiben
und der daniederliegenden Türkei Kleinasien rauben. (Weiterlekt bei den Sozialdemokraten.) Wir können nicht entschrieben genug den deutschen Reichstag und ich hoffe, auch die deutsche Reichsregierung dagegen bewahren, daß derartige ungeheuerlichen Pläne irgendwie vorliegen können, selbst wenn sie durchführbar wären. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der asiatischen Türkei liegt noch eine sehr gefährliche Stelle, das ist Armenien. Dort werden bereits von Rußland aus Aufstände herbeigeführt. Das sind nicht bloß Vermutungen. Die armenischen Bauern werden bereits von geheimnisvollen Personen zum Aufstande aufgereizt. Das würde zu Wiedererregungen von Armeniern führen und Rußland den Anlaß zur Einmischung geben. Wenn der Zar und seine Schergen als Befreier auftreten gegenüber fremden Völkern, so ist das eine der bedauerlichsten Verhöhnungen der Menschheit, denn der Zar und seine Schergen üben in Rußland selbst ein deraut nichtswürdiges Despotenregiment, wie es schlimmer auch in der Türkei nicht geübt werden kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Polen, Litauer, Esten, alle die Völker werden von der russischen Regierung als Ausbeutungsobjekte für ihre Gewalttätigkeit betrachtet, und wenn eine solche Regierung als Befreier eines fremden Volkes auftreten will, so verdeckt sich dahinter immer eine neue Ausbeutungsabsicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Pläne Rußlands können nur durchkreuzt werden, wenn durch Einflußnahme der europäischen Mächte den Fremdvölkern der asiatischen Türkei und der andern an Rußland angrenzenden Länder eine möglichst weitgehende Selbstverwaltung gewährt wird. Die phantastische Vorstellung, daß Rußland einen Eroberungskrieg in Europa führen könnte, ist ja fast vollkommen zertrütert worden durch den russisch-japanischen Krieg und die ihm folgende russische Revolution. Heute würde Rußland in derselben isolierten Lage sein, wie damals gegenüber Japan, wenn nicht die europäischen Regierungen den Zwist zwischen den drei großen Kulturnationen Europas immer wieder fortführen und ansagen würden. Dadurch wird es der russischen Regierung erst möglich gemacht, ihre friedensstörende Rolle in Europa zu spielen, und sie wird dieses unheilvolle Spiel so lange fortsetzen können, bis in erster Reihe der englisch-deutsche Konflikt endgültig beigelegt ist; deshalb ist es eine Hauptaufgabe der Reichsregierung, eine Verständigung über diese wichtige Lebensfrage der beiden Nationen zu suchen, und es ist eine Hauptaufgabe des Reichstags, hierzu durch Einflußnahme auf die Regierung beizutragen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Natürlich wäre es ebenso verfehlt, den deutschen und englischen Kriegsinteressenten eine Suttner'sche Friedensrede mit moralischen Grundjahren zu halten, als den Hassischen die Moral einpauken zu wollen, daß es nicht gut ist, Menschenfleisch zu fressen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Derselben zu tun, fällt uns Sozialdemokraten gar nicht ein. Wir wissen, daß es ebenso wie bei uns Kruppinteressenten in England Armstrongpatrioten und in Frankreich ebenfalls Panzerplattenpatrioten gibt, genau so, wie in England Lord Roberts und in Deutschland ein General in Saarbrücken Kriegreden halten. Diese Kriegsinteressenten, Panzerplattenpatrioten, das sind die Feinde des Vaterlandes! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die, die Deutschland und England in den Krieg treiben wollen, sind

die gefährlichsten Feinde dieser beiden Länder
und würden beide Länder in unbeschreibliches Unglück stürzen, wenn ihre Treiben irgendwie Erfolg haben würde. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die industriellen und handelspolitischen Gegenjäger, die sich zwischen England und Deutschland herausgebildet haben, lassen sich sämtlich auf dem Weg friedlicher Verständigung aus der Welt schaffen. Ebensovornig, wie deutsche Industrie nötig haben, sich gegenständig umzubringen, um ihre industriellen Produkte anzubringen, ebensovornig brauchen sich deutsche und englische Industrie, deutscher und englischer Handel umzubringen, die vielmehr nebeneinander und miteinander in der Welt bestehen können zu gegenseitigem Vorteil und Nutzen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist doch Tatsache, daß die deutsche Industrie gar keinen besseren Abnehmer hat, als den englischen Handel. Jährlich wird von Deutschland nach England für mehr als 300 Millionen Mark Ware exportiert, als wir von England einführen. Deutsch-

land kann deshalb England, das sein größter Abnehmer ist, als seinen wertvollsten Helfer ansehen. Wenn der Grundsatz der offenen Tür in beiden Ländern und ihren Kolonien durchgeführt, wenn ein wirtschaftliches Indigenat für die Angehörigen dieser beiden Staaten eingeführt wird, so daß jeder Deutsche in Großbritannien und seinen Kolonien und jeder Engländer bei uns völlig frei wirtschaftliche Unternehmungen betreiben könne, wenn schließlich beide Länder darauf hinwirken, daß dieser Grundsatz in der ganzen Welt durchgeführt werden wird, so entfällt damit aller Anlaß zu kriegerischen Beweidlungen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Selbstverständlich muß diese Verständigung vervollständigt werden durch die von uns im Reichstag und auch von der internationalen Sozialdemokratie auf dem Kongreß in Basel erhobenen Forderung, daß zwischen Deutschland und England eine gegenseitige Abrüstung oder — um sie praktisch zu gestalten — eine

Begrenzung der Seerüstungen
durchgeführt wird. Diese ließe sich durchführen, wenn beide Staaten darüber übereinkommen, zunächst nicht mehr als im letzten Jahre für Marinebudgets in jedem Land aufgewendet wurde auch in den kommenden Jahren aufzuwenden, so daß also der Steigerung der Marinebudgets in beiden Ländern ein Ende gemacht würde. Jeder der beiden Staaten hätte dann immer noch die volle Freiheit der Verteilung dieses Geldes für Neubauten, Wiederausrüstungen, für die Armierung der Flotte, aber es würde über diese Grenze nicht hinausgegangen werden. Denn das Friedensstörende und Kriegherbeiführende ist die beständige Steigerung! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Inferem Vorgehen auf Abschaffung des Seebeuterechts ist bereits insofern Erfolg zuteil geworden, als die britische Regierung nunmehr ihre Bereitwilligkeit dazu erklärt hat.

Der Internationale Sozialistenkongreß hat der deutschen Sozialdemokratie besonders ans Herz gelegt, der englischen diese Forderungen zu unterbreiten. Ich habe eingangs darauf hingewiesen, daß der Schritt, den wir in Basel getan haben, zweifellos eine nachhaltige Wirkung in Europa ausüben muß, wenn er sie nicht schon ausgeübt hat. Als wir in Basel uns auf dem Kaiserhof versammelt hatten, um dann unter Glockenläut in die Kathedrale zu marschieren, wo die internationale Sozialdemokratie ihre große Friedenskundgebung unter Zustimmung und unter Begünstigung der Baseler Regierungsbehörden und unter Billigung der Geistlichkeit des Bistums abhielt, da ist uns so recht zum Bewußtsein gekommen, wie außerordentlich kulturell vorgeschritten die kleine Schweiz doch ist gegenüber dem großen Deutschen Reich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das wäre bei uns und nicht möglich gewesen. Haben wir es doch bei diesem Kriege wieder wahrgenommen, daß die Vertreter der christlichen Kirche aller Konfessionen zu den Kriegsherrn gehört haben. — Hat doch auch in Italien, wo früher die katholische Geistlichkeit mit dem Papst an der Spitze in ausgeprochener Feindschaft zu dem modernen italienischen Staat stand, der Papst die Waffen der in den Krieg gegen Tripolis ziehenden gesegnet. Wenn es sich um einen Krieg zwischen zwei christlichen Völkern handelt, behauptet die Geistlichkeit eines jeden Volkes immer, daß der Christengott auf ihrer Seite steht. Chamisso hat das einmal sehr glänzend persifliert, indem er in einem Kriege zwischen den Niederlanden und England die niederländischen Pfaffen auch auf der Kanzel sagen läßt, Herr, glaub den Engländern nicht, die Engländer sind ein böses Gezücht, glaub ihnen nicht, wenn sie Dich anrufen, segne unsere Waffen. Da ist es nun sehr erzieulich, zu sehen, daß es doch noch Geistliche gibt, die von dieser unchristlichen Auffassung zurückgekommen sind zu einer wahrhaft christlichen Beurteilung des Krieges. Am Morgen des Tages, an dem die internationale Sozialdemokratie in Basel ihre große Friedenskundgebung im Münster veranstaltete, hat der protestantische Pastort Lächler dort sich ausführlich über die Friedenskundgebung ausgesprochen. Er hat sich gegen den Krieg erklärt, und hat dargelegt, daß der Krieg entsteht aus Selbsthass, aus falschem Egrebegriffen, Ländereier und Goldhunger und Großmännlichkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Krieg, sagt er, ist die Entfesselung der niedrigsten Triebe und Gelüste. Die Behandlung der Verwundeten ist menschlicher geworden, aber die Kriege selbst werden unmenlicher, roher, grausamer, raffinierter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Denken Sie an die Schrecken des Balkankrieges, die gräßlichen Rebeleien, die die Cholera als Schlupfwinkel hatten. Darin hoffe ich, stimmen wir alle überein, daß wir diese

Niedermetzung stiellicher Landbewohner,
von welcher Seite sie auch ausgegangen sein mag, auf das schärfste verurteilen, und wir hoffen, daß die Reichsregierung bei den Verhandlungen, die stattfinden werden, darauf dringen wird, daß für solche Schrecken, wo sie nachweisbar sind, eine Sühne, eine Entschädigung wenigstens an die überlebenden Geschädigten gezahlt wird. Die Wortwerkzeuge sind immer vollkommener geworden, der ganze moderne Krieg ist ein Massenmord im großen geworden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Schluß dieser Rede des protestantischen Geistlichen ist für uns besonders wertvoll. Er weist darauf hin, daß auch die Diplomaten für die Herstellung des Friedens in der Welt nichts tun. Jetzt aber, sagt er, sind die großen internationalen Arbeitermassen von der Friedensströmung erfaßt, und darauf beruht unsere zuversichtliche Hoffnung, daß von unten heraus die Menschheit ein gutes Stück weiterkommt auf dem Wege zum Friedenestempel. — Das sind wahrhaft christliche Worte. Alle, die wirklich ergriffen sind von dem hohen Ideal des allgemeinen Weltfriedens, kommen mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß nur von dem internationalen Proletariat, nur von dem Siege des Sozialismus endgültig der Weltfrieden herbeigeführt werden kann. Die Geschichte schreitet so schnell vorwärts, daß ich es nicht für unmöglich halte, daß auch einmal der unschlagbare Papst zu dieser Erkenntnis kommt, und daß dann vielleicht einmal in der Peterstrasse in Rom eine große sozialistische Friedensdemonstration stattfindet.

Über das ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende liegt im immer wachsenden Maße in der Opferwilligkeit, der Lathereitschaft des Klassenbewußten internationalen sozialistischen Proletariats. Wenn wirklich die kapitalistischen Regierungen von Europa und der ganzen Welt nicht ihre Aufgabe, den Frieden zu sichern, durchzuführen verstehen, wenn sie das Verbrechen eines Weltkrieges herbeiführen, so ist fest überzeugt, die internationale Sozialdemokratie wird, solange es irgendmöglich ist, den Ausbruch des Krieges verhindern durch Demonstrationen, durch Kundgebungen, durch Ausnutzung aller Mittel, die ihr dafür zu Gebote stehen. Sollte aber wider unseren Willen, gegen unseren Widerstand ein großer Krieg von den Regierungen in irgendwelchen dynastischen oder kapitalistischen Ausbeutungsinteressen angezettelt werden, sollten wir den Ausbruch eines solchen Krieges nicht verhindern können, so werden während des Verlaufes des Krieges die Sozialisten aller Länder einmütig auf einen baldigen Friedensschluß hinzuwirken versuchen (Nach rechts), mit all den Mitteln, die dem Proletariat zu Gebote stehen im Kampf gegen die herrschenden Klassen. Darauf können Sie sich verlassen: wenn ein europäischer Krieg ausgedrohen sein sollte und eine unvermeidliche Herrschaft des Wirtschaftsgetriebes in all diesen Ländern herbeigeführt haben wird, dann wird es die anerkannte und ersuchte Aufgabe der Sozialisten sein, all die Maßregeln zu ergreifen, die durch

Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung
und durch Einführung der sozialistischen Ordnung ein für allemal einen Krieg zwischen diesen Nationen unmöglich machen. Das sind keine leeren Worte. Wir haben es an dem Schicksal Rußlands nach dem mandchurischen Kriege gesehen, wie dort trotz der außerordentlich mangelhaften wirtschaftlichen Entwicklung zu jener Zeit das Klassenbewußte Proletariat Rußlands in der Lage gewesen ist, die Klassenherrschaft und das

Parlamentarisches.

Jugendgerichte.

Die Regierung hat aus der Strafsprohreform, die im vorigen Jahre gescheitert ist, die Bestimmungen über das Verfahren gegen Jugendliche herangezogen und sie dem Reichstage in Form einer besonderen Vorlage zugehen lassen. Nach dieser Vorlage werden für Strafsachen gegen Jugendliche bei den Amtsgerichten besondere Abteilungen gebildet. Zu Schöffen sind in der Hauptsache Personen heranzuziehen, die in der Jugendzucht befandene Erfahrungen haben. Auch Volksschullehrer, die sonst nicht zu Schöffen berufen werden sollen, dürfen zu Jugendrichtern berufen werden. Gegen einen Jugendlichen soll eine öffentliche Klage dann nicht erhoben werden, wenn Erziehungs- und Besserungsmaßregeln einer Verurteilung vorzuziehen sind. Wenn letzteres zutrifft, dann kann das Gericht auch ein Verfahren, das gegen einen Jugendlichen (Schweigt, einleitet. Wenn die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen einen Jugendlichen vor der Strafkammer beantragt ist, oder sobald eine Voruntersuchung eröffnet ist, muß dem Jugendlichen, von dem wegen eines Verbrechens festgestellt werden. Für Jugendliche, die keinen Verteidiger haben, soll ein Rechtsanwalt zur Hauptverhandlung zugezogen werden, und zwar können hierzu auch Frauen gewählt werden. Von der Verhängung der Unter suchungshaft gegen Jugendliche soll abgesehen werden; für den Fall, daß eine Festnahme notwendig ist, soll die vorläufige Unterbringung in eine Erziehungsanstalt erfolgen. Hauptverhandlungen gegen Jugendliche sollen von anderen herart gesondert werden, daß eine Verührung mit erwachsenen Angeklagten vermieden wird. Außerdem hat das Gericht die Befugnis, für die Verhandlung gegen einen Jugendlichen die Öffentlichkeit ganz oder teilweise auszuschließen.

Der Entwurf deckt sich mit den Bestimmungen, die bereits in der gescheiterten Strafsprohnovelle enthalten sind und dürfte etwas abgeändert auch im Reichstage eine Mehrheit finden.

Gerichts-Zeitung.

„Öffentliches Interesse“.

Ein eigenartiger Verleumdungsprozess beschäftigte am Sonntagabend die sechste Strafkammer des Landgerichts Berlin I in der Berufungsinanz. In einer größeren Berliner Kartonfabrik war aus Anlaß von Lohndifferenzen ein Streit ausgebrochen. Der Verein der Heimarbeiterinnen verlangte infolgedessen über die Fabrik die Sperrung. Frau Anna Rabe stellte dementsprechend für diese Fabrik die Arbeit ein. Nach einigen Tagen wurde Frau Rabe von einer Frau gefragt, ob sie denn für die Fabrik weiterarbeite, da der Geschäftswagen der Firma vor ihrem Hause geparkt habe. Ich mache grundsätzlich keine Streikarbeit, versetzte Frau Rabe; es ist aber möglich, daß die in meinem Hause wohnende Frau Böhld Streikarbeit macht. Diese Äußerung wurde der Frau Böhld hinterbracht. Letztere stellte Strafantrag wegen Verleumdung. Die Staatsanwaltschaft am Landgericht Berlin I hielt in dem vorliegenden Falle ein „Öffentliches Interesse“ für vorliegend und erhob gegen Frau Rabe öffentliche Anklage wegen Verleumdung. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte Frau Rabe zu der gesetzlichen niedrigsten Strafe von drei Mark Geldstrafe. Die eingelegte Berufung wurde am Sonntagabend verworfen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Theodor Riefkecht, wick gegen das Urteil Revision einlegen.

Werkwürdig, worin eine Verleumdung liegen, noch merkwürdiger, weshalb öffentliches Interesse an der Strafverfolgung vorliegen soll.

Adoptionszwinkel.

Eine sehr vielseitige und geschäftsgewandte Dame scheint die frühere Bekannte Anna Hodam zu sein, welche gestern dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof vorgeführt wurde, um sich wegen Betruges zu verantworten.

Die Angeklagte erließ in mehreren Provinzialzeitungen Inserate folgenden Inhalts: „Anabe diskreter Geburt. Einmalige Abfindung 10 000 M. Bekannte Hodam.“ Auf dieses Inserat hin meldeten sich Hunderte von Personen. Die Angeklagte schrieb nun jedem einzelnen der Bewerber, daß die aus „sehr vornehmen Hause“ stammende Mutter erst eine genaue Auskunft über ihn verlange. Hierfür mühten jedoch erst 10 Mk. für Gebühren einzufrieden werden, die später bei Einwilligung zurückgezahlt werden würden. Es schickten etwa 500 Personen die 10 Mk. ein, so daß die Angeklagte auf diese Weise in ganz kurzer Zeit über 5000 M. „verdiente“. Nebenbei beschäftigte sich die ingeniöse Dame auch noch als „weisse Frau“. Sie wurde zu der gestrigen Verhandlung aus der Strafkammer vorgeführt, da sie zuerst eine gegen sie wegen Verleumdung gegen das leitende Leben erlassene längere Gefängnisstrafe verbüßt. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten; das Urteil lautete auf 4 Monate Gefängnis.

Unterzahlungen im Gesamtbetrage von über 13 000 M.

zum Schaden des Restaurants „Spatenbräu“ hat der Buchhalter Rudolf Reusch begangen. Er hatte sich vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I wegen Unterschlagung, Urkundenfälschung und Betruges zu verantworten. Reusch war in dem bekannten Restaurant „Spatenbräu“ in der Friedrichstraße 172 als Buchhalter angestellt. Zu seinen Berufspflichten gehörte es auch, daß er das ihm vom Inhaber des Lokals, Gastwirt Cettler, zur Verrechnung von Rechnungen ausgeschüttete Geld an die Gläubiger abließere. Seit längerer Zeit hatte der Angeklagte größere Geldposten nicht abgeliefert, sondern im eigenen Nutzen verwendet. Dann begann die bekannte Methode, ein neues Loch aufzumachen, um ein anderes zuzustopfen; wenn die Lieferanten drängten, beging der Angeklagte immer neue Unterschlagungen, um die alten zu verdecken. Als unterschlagen hat Herr Cettler etwa 13 500 M. festgestellt. Auch bei der Verwallung der Büfettasse soll sich Reusch Untermöglichkeiten haben zu schälen kommen lassen; er soll sich von dem Büfettier mehrmals Beträge haben auszahlen lassen, ohne ihn im Büfettkonto entsprechend zu belasten. Endlich hat er einen auf die Deutsche Bank in der Bauerstraße lautenden Scheck mit der Unterschrift des Zeugen Cettler gefälscht und 2000 M. darauf erhoben. Er behauptet, daß er dieses Geld im Interesse des Herrn Cettler zur Verrechnung rückständiger Rechnungen verwendet habe. Der Angeklagte war im übrig geschuldig; allem Anschein nach hat auch ihn die Bettelbeschäftigung, die er durch fleißigen Besuch der Rennplätze befand, auf die schlechte Ebene gebracht. Der Staatsanwalt beantragte 2 1/2 Jahre Gefängnis. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 3 Wochen Unterschlagungshaft.
(Siehe auch 3. Beilage.)

Witterungsbericht vom 2. Dezember 1912.

Stationen	Barometer hoch mm	Wind richtung	Witterung	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer hoch mm	Wind richtung	Witterung	Temperatur in Grad C
Stettin	756	SW	bedeckt	1	Darmstadt	756	SW	bedeckt	1
Hamburg	753	SW	bedeckt	1	Petersburg	758	SW	bedeckt	1
Berlin	760	SW	bedeckt	1	St. Petersburg	762	SW	bedeckt	1
Frankfurt	761	SW	bedeckt	1	Breslau	761	SW	bedeckt	1
Köln	761	SW	bedeckt	1	Paris	760	SW	bedeckt	1
Wien	760	SW	bedeckt	1					

Wetterprognose für Dienstag, den 3. Dezember 1912.

Ein wenig mürmer, veränderlich, vielfach wolke mit Niederlagen und lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

bürgschaft. Hoffentlich bleibt der Friede erhalten. Sollte es aber nicht möglich sein, so wird unsere Regierung alles tun, um unsere Wehrmacht auf der Höhe zu halten. Ich habe deshalb zum Schluß eine Erklärung meiner Partei abzugeben.

Wir sind überzeugt, daß unser Heer vollkommen kriegsbereit ist. Wir sind in dieser Überzeugung durch die vor ein paar Tagen abgegebene Erklärung des Kriegsministers bekräftigt worden. Sollte sich aber die Notwendigkeit der Ausfüllung von Lücken in unserem Heere herausstellen, so würde es selbstverständliche Pflicht der Heeresverwaltung sein, die Konsequenz zu ziehen. Sollte es möglich sein, die bereits bewilligten Heeresvermehrungen früher durchzuführen, so würde der Reichstag Grund haben, nachträglich seine Zustimmung zu geben. (Zustimmung rechts.)

Kann der Friede erhalten bleiben, so ist das erfreulich, es darf aber nur ein Friede in Ehren sein. (Zustimmung Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bassermann (noll.): Der Abg. Ledebour meinte, die Haltung der internationalen Sozialdemokratie verbürge den Frieden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich meine im Gegenteil, das Verantwortlichkeitsgefühl der Kabinette hat uns den Frieden erhalten. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Sie alle wissen, was auf dem Spiele steht, wenn ein Krieg unter Großmächten ausbricht. Jedenfalls waren die italienischen Sozialdemokraten in jeder Phase des Tripoliskrieges mit den Maßnahmen ihrer Regierung einverstanden. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Also so ganz einzig ist die internationale Sozialdemokratie nicht. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Die auf die Verfolgung unserer wirtschaftlichen Interessen gerichtete deutsche Orientpolitik war durchaus erfolgreich und sie hat auch die Billigung des Parlaments gefunden. Die deutsche Regierung und die deutschen Kabinete in der Türkei sind stets für vernünftige Reformen eingetreten, namentlich hat Marasch immer betont, daß solche Reformen die Zukunftsbürgschaft der Türkei seien. Den Status quo ante kann heute niemand fordern, aber wir müssen eine in ihrem noch dem Krieg selbstzustehenden Umfang bestehende Türkei lebensfähig erhalten zu sehen wünschen. Unsere wirtschaftlichen Interessen wollen wir auch in den vergrößerten Balkanstaaten gesichert haben. Die Vororgane, daß Frankreich ein allgemeines Katholikenprotektorat im Orient erlangen könnte, sind wohl durch des Reichsanzlers allgemeine Erklärung gegen alle Protektorate über türkische Gebiete beseitigt. Dem würden auch unsere großen Vagabundinteressen entgegenstehen. — Gegen Spahn bemerkt der Redner, daß er gegen jede Einmischung des Auslands in die Polenfrage protestieren müsse, die eine innerdeutsche, vor allem preussische Frage sei (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen), er begrüßt dann die energische Stellungnahme Deutschlands für den österreichischen Bundesgenossen im Fall, daß dieser angegriffen würde. Das deutsche Volk steht hier auch hinter der Reichsregierung. (Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Auch wir wünschen ein besseres Verhältnis zu England, aber zu Jubelstößen ist es noch zu früh und die Verzicht fordert eine abwartende Politik. (Zustimmung.) Oesterreich muß selbst beurteilen, was seine vitalen Interessen sind, und von einer extravaganteren Eroberungspolitik Oesterreichs kann nicht gesprochen werden. Es hat im Gegensatz zu seiner früher sehr scharfen Stellungnahme in der Sandtschalkfrage für den Weltfrieden gearbeitet; es begnügt sich, das selbständige Albanien zu fordern, damit das unruhige Serbien nicht sein Nachbar wird. Lassen wir, wie die Sozialdemokratie fordert, Oesterreich im Stich, so treiben wir es in den Krieg um seine Ehre oder in die Arme der Tripelente. Der Redner polemisiert dann gegen einen Artikel des „Vorwärts“, dem er unter dem Beifall der nationalen Parteien wegen der Kennzeichnung des deutschnationalen Bürgerturns und seiner Presse in Oesterreich „mühsame Unzogenheit“ nachsagt. Solche Behandlung internationaler Fragen dient auch nicht dem Frieden. Er schließt mit der Betonung der Notwendigkeit starker Rüstungen. Der Balkankrieg hat die Bedeutung der schonungslosen Offensive gezeigt. Wir müssen für den Ernstfall die Garantie einer raschen Mobilisierung haben. Auch für meine Fraktion möchte ich erklären, daß wir volles Vertrauen zu unserer Heeres- und Marineverwaltung und zur Kriegsbereitschaft unserer Armee haben. Das hindert uns aber nicht, auf unseren schon öfter vorgebrachten Wünschen zu bestehen. Dazu gehört auch die Schaffung einer deutschen Luftflotte, die uns den Vorrang vor dem Auslande, den wir vor allem dem Grafen Zeppelin danken (Beifall bei den Nationalliberalen), sichert. Ferner hat meine Fraktion Wünsche in bezug auf die Diplomatie. Wir erkennen an, daß wir hervorragende Diplomaten haben, die auch Hervorragendes leisten. Wir sind aber überzeugt, daß wir nicht überall gut, geschweige glänzend vertreten sind, und wir führen diese Tatsache darauf zurück, daß die Auswahl für die Diplomaten zu gering ist. Wir verlangen nicht, daß der Adel aus der Diplomatie entfernt wird. Der Zugang zur Diplomatie soll verbreitert werden und weiteren Schichten des deutschen Bürgerturns durch bessere Bezahlung der Anfangsstellen und Erleichterung auch der höheren Stellen öffnen. Die ungenügende Information unserer Balkandiplomatie ist doch nicht zweifelhaft! Wir sehen die Erwerbungen Oesterreichs, Italiens, Rußlands, Englands, bei denen wir leer ausgehen; wir meinen, daß zu meist die wirtschaftliche Macht der politischen Besitzergreifung folgt. Die zugelegte offene Tür wird oft ein wertloses Stück Papier. Andere erhalten Macht und Wohlstand, für uns geht die Sache aus mit einer neuen Militärvorlage hat ein österreichisches Blatt geschrieben. (Sehr gut! auf verschiedenen Seiten.) Die Hauptsache ist, daß die Regierung das Volk hinter sich weh. Dazu ist notwendig, wie das seinerzeit auch Freiherr v. Hertling gefordert hat, daß die Regierung die Volkvertretung häufiger über die auswärtige Politik orientiert. Wir sind mit der Behandlung der Balkanfragen durch die Regierung, wie sie der Reichsanzler dargelegt hat, einverstanden. Ein gutes Verhältnis mit England wünschen auch wir, aber ein Abhängigkeitsabkommen lehnen wir nach wie vor ab, denn sie kann leicht die Quelle von Streitigkeiten werden. Zum Schluß fordert der Redner eine Politik des großen und klaren Ziels. Wir hoffen, daß Frieden wird, wir rechnen aber auch mit einer Verhärterung des latenten Konflikt zwischen Dreibund und Tripelente. Unser Volk wünscht eine Politik unter der Devise: friedliebend und kriegsbereit! (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schuly (Rp.): Der oft totgesagte Dreibund hat sich wieder glänzend bewährt. Unser Volk lehnt sich nach Initiative, nach Tat; damit wird der Rhythmus gebrochen werden. — Die auswärtige Politik der Sozialdemokratie hat sich bei diesem Ariez sehr schicklich bewährt. Der „Vorwärts“ hat die serbischen Großmachtgehüfte unterstellt. Das hat selbst das „Berliner Tageblatt“ betont, das über die „finstliche Abhängigkeit“ des betreffenden Vorwärtsredakteurs spottet und es bedauert, daß das Zentralorgan der Sozialdemokratie die Behandlung der Auslandspolitik unklaren Wirkungen überläßt. Ich hoffe, daß ich mit dieser Bemerkung niemand in diesem Hause zu nahe getreten bin. (Heiterkeit rechts.) Wo die Phrase aufhört, hört ihr politisches Können auf. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Und das sagt der Mann!) Ihre Friedensdemonstrationen können nur schädigend wirken. Denn sie erwecken im Ausland ein falsches Bild von den Absichten unserer Politik, die seit jeder eine friedliche gewesen ist. Rufen Sie doch einmal ein Parlament von Vertretern all der beteiligten Länder ein und machen Sie das wirklich praktische Vorschlag zur Lösung der Balkanfragen; ich bin überzeugt, in drei Tagen hätten sie die schönste allgemeine Prügellei. (Heiterkeit rechts.)

Ein Vertretungsantrag wird angenommen.

Abg. Erzberger (per/önlich): Herr Ledebour sagte, ich hätte im Herbst eine Reise nach Wien gemacht wegen der Frage der Beilegung des albanischen Thrones. (Heiterkeit.) Ich hatte schon im August zugeflogen, in Wien einen Vortrag im katholischen Missionsverein zu halten. Wenn sich aber Herr Ledebour für die Frage der Stellenbesetzung am albanischen Hof interessiert, so kann ich ihm mitteilen: frei ist die Stelle des Hofmarschalls. (Große Heiterkeit.)

Abg. Ledebour (Soz.): Ich entnehme aus diesen Worten, daß Herr Erzberger sich um die allein für ihn passende Stelle beworben hat. (Große Heiterkeit.)

Parlament in ihren Grundfesten zu erschüttern. Dies war, nennende Beispiel sollte sich nicht nur der russische Zar, sondern sollten sich alle Mächte in der Welt, auch in Deutschland, merken. Glauben Sie nicht, daß nach lange das Proletariat sich willenlos zur Schlachtkamp führen lassen wird für irgendwelche Ausbeuterinteressen, um die es sich bei einem Kriege zwischen England und Deutschland oder Frankreich und Deutschland, überhaupt nur noch handeln kann. Die Zeit wird kommen, wo das Proletariat so stark ist, daß es ein für allemal mit solchen Zuständen, die solche Scheußlichkeiten herbeiführen können, ein Ende machen wird, und Mächte, die zu solchen Scheußlichkeiten bereit sind, die Macht aus der Hand nehmen wird.

Nicht wahr wir irgendwie zu Gewaltmaßnahmen greifen wollen. Wir sehen die Aufgabe der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung darin, daß wir innerhalb des Rahmens der heutigen Zustände Schritt für Schritt auf die Umgestaltung der Verhältnisse in der Richtung zum Sozialismus hinarbeiten. Wir wollen eine friedliche Revolutionierung unserer Verhältnisse. Aber wir verschließen uns der Einsicht nicht, daß, wie bei früheren Gelegenheiten, die herrschenden Klassen einen jeden kapitalistischen Landes, wenn sie sehen, daß die Macht aus ihren Händen gleitet, in ihrer Verzweiflung zu Gewaltmaßnahmen und zur Unterdrückung der sozialistischen Bewegung greifen können und mit Sicherheit greifen werden, und wenn zur Unterdrückung einer mit friedlichen Mitteln arbeitenden schrittweise fortgehenden sozialistischen Bewegung die herrschenden Klassen zur Gewalt greifen, dann zwingen sie dadurch auch uns Sozialdemokraten die Gewalt in die Hände, dann wird

Gewalt mit Gewalt bekämpft

und mit Gewalt überwunden. So steht heute der Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus aller Länder, wie jener römische Professor, der in Ägypten Krieg und Frieden in den Kasten seiner Toga hielt. Wir wünschen die friedliche Entwicklung. Wir treten mit aller Macht, mit allem Eifer für friedliche Reformen auf allen Lebensgebieten ein. In der kapitalistischen Gesellschaft liegt es, ob die Entwicklung sich in friedlichen Bahnen vollziehen wird. Sie können natürlich Ihre Kräfte und mit friedlichen Mitteln bekämpfen, aber ich warne Sie, greifen Sie nicht zur Gewalt. Sie würden dadurch nur ein Strafgericht über sich selbst und über die ganze kapitalistische Gesellschaft heraufbeschwören. Denn darüber sind sich alle Sozialdemokraten in der ganzen Welt klar, daß der Sozialismus kommen muß als das Resultat geschichtlicher Notwendigkeiten, als das notwendige Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung und alle Sozialdemokraten der ganzen Welt sind fest entschlossen, alles aufzubieten, um diese Entwicklung zu fördern und zu einem guten Ende zu bringen. So wissen wir in der opferwilligen Tapferkeit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Europas und der Kulturwelt nicht nur die Sicherung des Weltfriedens, sondern das Glück der ganzen Menschheit begründet. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Reichens v. Riberken-Waechter:

Gegen zwei Stellen in der Rede des Abg. Ledebour muß ich Verwahrung einlegen. Der Herr Abgeordnete hat Angriffe gegen den und befreunden Herrscher eines großen Reiches gerichtet, mit dem wir in Frieden und Freundschaft leben und zu leben wünschen. (Sehr richtig! rechts.) Diese Angriffe hat der Herr Abgeordnete durch nichts motiviert. Sie lassen sich auch nicht motivieren. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten. — Zustimmung rechts.) Diese Angriffe stehen eigentlich ab gegen die Friedensidee, die der Herr Abgeordnete für sich als Privileg in Anspruch nehmen will. Ich weise diese Angriffe hier zurück und bin überzeugt von der Zustimmung der überwiegenden Mehrheit dieses Hauses. (Beifall rechts.) Der Herr Abgeordnete hat sodann die kaiserliche Regierung erwähnt, ihre Beziehungen zu anderen Staaten zu verbessern, und hat ihr dabei den Vorwurf gemacht, einen Zwist mit England zu nähren. Diese Äußerungen sind mir ein willkommenes Anlaß, auszusprechen, daß während der letzten großen Krise unsere Beziehungen speziell zu England besonders vertrauensvoll waren. (Beifall links und Beifall.) Die offene, von vollem Vertrauen getragene Ansprache zwischen London und während aller Phasen dieser Krise hat nicht nur eine erfreuliche Intimität unserer Beziehungen hervorgerufen, sondern sie hat auch einer Verständigung aller Mächte gute Dienste geleistet. Ich möchte die bestimmte Erwartung aussprechen, daß sie das auch weiter tun wird. (Beifall rechts.) — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und die Serbischen! —

Abg. Spahn (B.): — wie immer kaum verständlich — meint, daß der Baseler Kongress kaum eine wirksamere Friedensbetätigung gewesen sei als die sonstigen Verhandlungen der Sozialdemokratie. Es handelt sich hier nur um die Möglichkeit eines Friedenskrieges Oesterreich-Ungarns, und darin sind wir doch wohl einig, daß nichtwärtig die Ration ist. Die nicht ihr alles freudig sieht an ihre Ehre. Wir haben ein unbedingtes Interesse daran, daß und der Weg über Oesterreich-Ungarn und dem Balkan durch Kleinasien und zur Bagdadbahn offen bleibt. Die politischen Interessen Oesterreichs und dem Balkan sind unauflösbar, auf territoriale Ansprüche aber hat es durch seinen Minister des Reichens ausdrücklich verzichtet. Die sozialdemokratischen Angriffe auf die Politik des Grafen Berchtold sind ganz unbedeutend, nur hätte er vielleicht von Anfang an seine Ziele bekennen sollen. Nicht unsere Vandalenstreue hat Oesterreich zu seiner Haltung gegen Serbien erzwungen. Denn zur Vertretung seines Standpunkts in der Adria- und Albanienfrage war Oesterreich stark genug! Selbstverständlich ist es der Bündnisfall, wenn Rußland Oesterreich angreift wegen einer Volksworte, so daß wir dann Oesterreich beizustehen haben. (Abg. David: Keil! Das steht so nicht im Vertrag! Lesen Sie ihn!) Wenn Oesterreich eine Rückwirkung unserer Außenpolitik auf das Bündnis oder seine inneren Verhältnisse befürchtet, so darf es sehr wohl bei uns anfragen. Das ist keine Einmischung in unsere innere Politik. Der Redner begrüßt unter Hinweis auf die getrigte Rede des Volksherrn Bichonowski in London die Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen und fordert, daß bei der Neugestaltung der Verhältnisse auf dem Balkan auch die Berücksichtigung der Konfessionen wohl berücksichtigt werde. Die religiöse Freiheit des einzelnen, an der es bisher gefehlt hat, was zu bösen Folgen geführt hat, muß möglichst gesichert werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Graf Kossig (L.): Die beste Friedensgarantie ist die Einmütigkeit eines Volkes, das geschlossen hinter seiner Regierung steht. (Sehr richtig! rechts.) Der Abg. Ledebour ist mit der Rede des Reichsanzlers nicht sehr zufrieden. Er hätte ja etwas mehr sagen können, das wäre sicherlich interessant gewesen; aber der Reichsanzler war in einer schwierigen Lage; denn bei der gegenwärtig gespannten Situation kann es nicht ratsam sein, zuviel zu reden. Zu wünschen, aber auch zu hoffen ist, daß der auf unserem Volke durch die Weltlage lastende wirtschaftliche Druck bald weiche. Wir haben ein Interesse an der ruhigen Fortentwicklung der Türkei. Die türkische Staatspolitik auf die von der Türkei abzutretenden Gebiete gerecht zu verteilen, wird ein schwieriges Neuenempiel sein; hoffentlich werden die deutschen Interessen dabei nicht zu kurz kommen. Auf dem Balkan gibt es außer den Serben, Griechen und Bulgaren noch die Albaner, die eine ruhmvolle Geschichte haben und gar nicht davon denken, serbisch oder bulgarisch zu werden. Auch wir haben ein Interesse an einer Aufstellung Albanens, die nötig wäre, wenn Serbien einen Hofen am Adriatischen Meer bekommen soll. Oesterreich und Italien sind einig, dies nicht zuzulassen. Herrn Wa. Ledebour kann ich versichern, daß von einer willenlosen Gefolgschaft unserer Regierung gegenüber Oesterreich keine Rede sein kann, aber die Bundesgenossenschaft mit Oesterreich ist auch für uns eine Lebensfrage, es handelt sich hier nicht um den Wortlaut des Bündnisvertrages, sondern um unsere vitalen Lebensinteressen. Wir sind unerschütterlich daran, daß Rußland Ansehen an eine andere Macht geschäft hat; wir haben es an Freundschaft für Rußland nicht fehlen lassen und wünschen, daß das alte freundschaftliche Verhältnis sich wiederherstellen möchte, das wäre die beste Friedens-

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

In dieser Woche auf Wunsch bei Einkäufen die

Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind Lebensmittel und wenige Artikel ausgenommen.

Spielwaren Pfefferkuchen Baumschmuck Lichte

Kios
Cigaretten



Kurprinz 3 Pfg.
Fürsten 4
Welt-Macht 5
Auto-Klub 6
Aero-Klub 10

Kios-B.Z.
Cigarette
Stück 4 Pfennig.

Mein Mann hat einen schwachen Magen
Und kann nur bestes Fett vertragen!
Seit ich Palmin hab' eingeführt
Er keinerlei Beschwerden spürt!
Und bei den hohen Butterpreisen
Möcht ich noch auf
Palmona weisen
Die steht bei uns so
köstlich frisch
Statt Butter nur noch
auf dem Tisch!



H. Schlinck & Co. A. F. Hamburg.
Alleinige Produzenten von
Palmona & Palmin
Pflanzen-Butter-Margarine Pflanzenfett.

IVO PUHONNY

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin C., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling. Amt III, 2438.

Achtung!

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalinspektoren unseren
kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.

Geschäftszeit täglich von 10^{1/2}—1 Uhr mittags.

Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.
NB. Unsere Mitgliedschaft ist im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 4. Quartal grün und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist unzulässig und ist sofort anzuhalten.

Gegründet 1864

Pelz-waren.
Engros-Export.
S. Schlesinger,
Neue Königstr. 21
Ordnungshaus.
Kein Laden:
II. Etage.
Einzelverkauf
wie alljährlich zu
billigsten Preisen.
**Pelz-Stolas
Muffen**
Chick garnierte
Damenpelzhüte
federleicht.
Reparaturen sauber und billig.
Sonntag geöffnet.
Bitte genau auf Hausnummer
21 zu achten.

Beste Bezugsquelle
**Auf Teilzahlung
in kleinen Raten**
Herren- und Damen-Uhren, Regula-
teure, Freidwinger, Ketten, Ringe,
Armbänder, und alle Goldwaren,
Gramophone, Zithern,
Spielboxen, Harmonikas, Mandolinen,
Geigen, Christbaumständer etc. etc.

Jahre & König Warschauer
Str. 68. Etage.
Hilowstr. 46, Laden, Invalidenstr. 7, Laden

Berlin SO. 16,
H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

20. Ziehung 5. Kl. 1. Preuss.-Süddeutsche (227. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 2. Dezember 1912

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Los-
gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

189 80 320 400 503 576 811 79 915 1338 87 413
[1000] 710 886 2380 733 3182 529 858 4000 267 [1000]
314 495 5197 202 63 430 [3000] 500 704 47 6111 400
693 792 816 7120 453 884 712 29 8285 301 63 9013 502
10160 287 453 724 871 902 11236 486 574
12033 204 329 460 721 13183 208 14418 39 568
601 791 15055 488 810 13 937 16343 83 17342 [500]
367 95 816 [90000] 18241 478 860 19030 92 279 390
[1000] 432 621 841

20212 93 333 80 405 11 39 21200 813 82 22337
899 23548 633 60 814 926 64 [1000] 24278 302 88
454 849 707 845 85 25308 22 488 588 627 78 713 15
26308 481 728 954 [5000] 27884 871 28778 884
29025 200 476 968

30203 305 781 88 977 31217 49 421 561 934 37
32098 565 617 828 33004 317 816 996 [500] 34306
742 817 35112 22 80 972 871 917 87 36165 215 60
37488 505 636 [3000] 77 38488 842 901 30199 480 739
40004 144 484 956 41067 413 45 828 42028 282
389 87 475 881 43059 288 341 615 903 [500] 44106
227 525 628 36 843 49 45679 782 931 46095 134
340 489 47333 78 435 531 810 978 [500] 79 86
48018 60 105 86 270 405 871 969 49285 333 434

50117 26 [1000] 215 315 68 74 872 51108 565 85
751 959 52033 236 73 507 616 789 913 75 53067 155
508 89 95 54122 442 587 [500] 55032 667 921 [500]
56132 [1000] 69 89 314 675 889 57304 951 58000
231 370 666 783 937 59561 720 78 871 81

60780 61319 84 85 411 699 726 [500] 877 62064
210 88 900 63288 415 872 696 969 64011 167 286
909 65005 327 488 639 792 [500] 814 23 66482 [1000]
811 45 87088 809 83 885 68304 897 98 724 895
944 [1000]

70033 378 409 528 [5000] 33 54 66 642 [500] 909
71091 408 89 92 905 72122 54 316 467 933 73303
481 84 862 623 769 74121 329 [3000] 78 452 635 31
906 75031 48 103 870 76088 628 827 84 77063 652
670 923 78789 [1000] [3000000] 138 57 [500] 200 870
890 78101 20 96 271 87 695 749 974

80018 238 397 403 56 695 717 33 [1000] 389 [1000]
81318 867 962 82049 495 598 83114 [1000] 845
[3000] 84012 [3000] 139 278 743 85006 181 411 589
90 862 44 86096 [500] 371 737 87025 100 353 55 324
738 847 930 88041 69 378 [500] 481 89000 447 87 879
90254 445 51 91304 814 23 [1000] 633 92274
718 93408 545 311 94002 35 289 301 474 833 80 843
95404 638 615 42 703 859 904 98018 [500] 105 424
[3000] 29 246 57 97298 [500] 700 883 98384 593
866 78 99323 426 603 16 969

100325 137 62 397 419 799 807 931 [500] 101330
521 711 102024 63 234 43 488 961 103167 228 478
583 663 958 104026 71 174 240 33 489 521 [500] 612
10571 492 536 91 810 108240 [5000] 45 94 107075
158 364 507 67 636 80 908 [500] 108159 214 533 609
109360 475 [500] 531 65 723 808 49 940

111922 82 [500] 372 414 598 858 113392 407
[500] 10 584 894 910 114032 964 115023 317 446
89 579 710 118081 481 117923 89 [1000] 421 52
[500] 97 629 30 118047 154 413 583 71 863 917
119000 82 87 113 87 323 488 627 795 [1000] 832
120147 385 472 545 [500] 95 933 121090 180 289
389 [500] 401 [1000] 24 675 754 122197 210 396 416
501 738 96 824 43 95 943 123023 124026 167 535 43
643 84 762 98 [5000] 623 125040 589 668 [500] 798
[3000] 992 126189 726 86 842 127184 781 846 93
128081 258 71 336 [500] 648 642 858 952 129158
310 [1000] 678 887

130364 89 725 54 [500] 88 131157 236 454
882 [500] 932 95 [1000] 132096 411 689 725 94
808 133395 790 937 134063 467 529 628 747 [500]
856 135081 324 805 138016 413 640 64 671 789
137062 [3000] 223 384 [500] 432 138336 64 782
850 947 139143 81 93 438 581 [1000]

140000 63 141003 327 853 142100 48 88 205
[500] 487 770 [1000] 143109 378 433 48 91 578 [500]
985 144178 [3000] 437 45 145145 [500] 399 471
146316 [3000] 147110 82 521 148188 288 445 [500]
660 794 [500] 953 149398 402 390 640

150021 107 [500] 611 151287 584 681 814 602
40 152494 723 903 [500] 153011 [1000] 184 547
92 959 154002 132 269 84 359 480 82 783 155244
434 677 825 [500] 156015 589 [500] 157189 288
398 443 897 766 86 158186 [3000] 223 159020 245
60 689 873

160012 793 833 161361 454 720 911 162289
648 163080 282 708 940 164175 278 341 44 645
788 [500] 165384 416 71 640 788 166230 623 727 900
167175 327 44 770 80 97 168069 172 203 337 44
169784 848 970

170240 480 584 719 847 171188 225 86 97 404
87 621 720 44 172859 [5000] 926 173974 24 422
675 747 95 174223 495 873 175476 513 [300] 89
[500] 722 853 176370 889 882 177474 687 838 978
[3000] 178190 [500] 80 845 179316 27 436 548
180017 18 739 181190 326 33 504 728 32 80
843 962 182117 372 532 795 183110 34 384 450 68
529 630 184362 345 92 912 [1000] 185386 714 91 623
948 186246 475 820 187104 238 827 816 188034
190 253 413 34 828 911 189107 659 720 [500] 87
87 881 [1000] 71 [5000]

190180 331 628 57 785 836 96 191024 372 637
735 853 192356 177 193152 237 70 [1000] 347 78
625 800 194199 61 683 195047 325 27 757 941 [1000]
196093 199 220 37 321 693 744 84 61 91 197462
530 750 694 917 78 198184 [500] 594 650 67 199039
307 464 780 [1000]

200063 153 617 801 201115 817 87 780 811
202174 423 94 626 54 694 [1000] 783 818 203127
363 80 626 72 725 995 204041 [500] 478 500 205239
377 541 72 678 95 783 206283 396 400 651 207001
[500] 563 813 955

Die Ziehung der 1. Klasse findet statt am 12. u.
13. Januar 1913.

**Tadellos
1 M.**

wöchentliche Teilzahlung
Lieferung elegante

Herren-Moden
fertig und nach Mass.
Garantie für tadellosen Sitz
und feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg
Mass-Schneiderei

Rosenthaler Strasse 36, 1, am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104, part., Ecke Friedenstrasse
Reinickendorfer Strasse 4, am Weddingplatz

Abhandlungen und Vorträge
zur sozialistischen Bildung.
Herausgegeben 248/19*
von **Max Grünwald.**
Seit 6:
Schiller und die Arbeiter
Von Conrad Haensch.
Preis 40 Pf.

Elegante
Herren-Moden
fertig u nach Mass
von 1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
S. Boltuch
Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiterstrasse

Maul- und Klauenseuche als Grund eines Versammlungsverbots.

Unsere Leser erinnern sich, daß in dem Verwaltungsstreitverfahren, das Genosse Kalkschmidt in Finsterwalde wegen des Verbots einer Versammlung unter freiem Himmel gegen den Regierungspräsidenten angestrengt hatte, das Oberverwaltungsgericht die Entscheidung in dem Verhandlungstermin am 1. Oktober ausgelegt hatte. Das Urteil ist jetzt den Parteien zugestellt.

Es lautet zugunsten des Klägers, setzt den Bescheid des Regierungspräsidenten vom 20. September 1911 und die darin aufrecht erhaltene Verfügung des Amtsvorstehers zu Fürstlich Drehna außer Kraft und legt die Kosten unter Ansatz des Wertes des Streitgegenstandes auf 200 M. dem beklagten Regierungspräsidenten zur Last.

Das Oberverwaltungsgericht verneint ausdrücklich die Frage, ob überhaupt auf Grund des § 7 des Vereinsgesetzes eine Versammlung wegen Maul- und Klauenseuche verboten werden dürfe und erörtert eingehend, wann etwa auf Grund anderer Reichsgesetze solches Verbot erfolgen dürfte.

Bei der Häufigkeit, mit der eine Maul- und Klauenseuche mißbräuchlich als Grund für ein Versammlungsverbot angeführt ist, rechtfertigt sich ein ausführliches Eingehen auf den Prozeß und das Urteil.

Genosse Kalkschmidt aus Finsterwalde wollte in Fürstlich Drehna auf einem Ackergrundstück am 10. September 1911 eine Versammlung unter freiem Himmel abhalten. Der Amtsvorsteher verbot aber auf Grund des § 7 des Vereinsgesetzes die Genehmigung, weil wegen der herrschenden Maul- und Klauenseuche aus der Abhaltung der Versammlung eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten sei. Vergänglich beschwerte sich K. beim Landrat und beim Regierungspräsidenten zu Frankfurt a. O. Der Regierungspräsident meinte, das Verbot läge im veterinärpolizeilichen Interesse. Das Zusammenströmen der Leute in einem Orte, wo die Maul- und Klauenseuche herrsche, könne leicht dazu beitragen, die Seuche zu verbreiten. Daß die Ansteckungsgefahr sehr groß sei gehe auch daraus hervor, daß die Oberpostdirektion ihren Preisbefehl das Betreten aller, nicht nur der versuchten, Gehöfte im Sperrbezirk verboten habe.

K. Kac' nun beim Oberverwaltungsgericht. Sein Anwalt, Dr. Heinemann, machte geltend: Erstens könne die Seuche, die von Tier auf Tier übertragen werde, nicht durch ein Zusammenströmen von Menschen verbreitet werden. Wie man aber auch darüber denke: auf jeden Fall würde eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht vorliegen. Nur eine solche aber löste nach § 7 des Vereinsgesetzes das Verbot einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel rechtfertigen.

In seiner Klageerwidmung führte der Regierungspräsident aus: Es sei allgemein anerkannt, daß eine Verschleppung der Maul- und Klauenseuche auch durch Menschen möglich sei. In dem Umkreisreifen der Seuche liege aber auch eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Denn bei zunehmender Seuche wachse die Gefahr, daß das verfügbare Vieh abnehme und die Milchproduktion geringer werde. Das habe eine Steigerung der Preise und damit eine Erschwerung der Volksernährung zur Folge. Bei mangelhafter Ernährung werde auch die Gesundheit gefährdet, da die öffentliche Sicherheit den Schutz vor Erkrankungen umfasse, so werde mit einer Verringerung dieses Schutzes der gewöhnliche Umfang der öffentlichen Sicherheit verringert, also im Sinne des § 7 des Vereinsgesetzes die öffentliche Sicherheit gefährdet. Das Grundstück, auf dem die Versammlung abgehalten werden sollte, sei freilich nicht versucht gewesen, es liege aber an einer Straße, in der versehrte Gehöfte lagen.

Die Entscheidungsgründe des Oberverwaltungsgerichts legen zunächst dar, daß nach der vom Gesetzgeber beabsichtigten Anschauung allerdings die Maul- und Klauenseuche durch Personen, die den Seuchestoff in ihrer Kleidung aufgenommen haben, verschleppt werden könne. Aber zu den Gefahren für die öffentliche Sicherheit, welche nach § 7 des Vereinsgesetzes die Polizeibehörde bei Versammlungen unter freiem Himmel und öffentlichen Aufzügen zur Ver-

fugung der Genehmigung berechneten, könnten unter keinen Umständen die Gefahren verstanden werden, welche die Maul- und Klauenseuche für Viehbestände usw. mit sich bringt. Denn zur Vermeidung dieser Gefahr hat die Sondergesetzgebung für Seuchen die strengsten Beschränkungen bezeichnet. Zu solchen Beschränkungen gehören Beschränkungen der Versammlungsfreiheit bei Ausbruch der Maul- und Klauenseuche an einem Orte nicht. Es wäre ja auch eine eigenartige unabweisbare Folge der Anschauung des Regierungspräsidenten, daß danach Versammlungen unter freiem Himmel, nicht aber solche in geschlossenen Räumen wegen Seuchengefahr verboten werden könnten.

Die angefochtene Verfügung habe deshalb weder im Reichsvereinsgesetz noch in einem Reichsseuchengesetz eine Stütze und unterliege deshalb der Aufhebung.

Durch diese Darlegung des Urteils sei selbstverständlich nicht ausgeschlossen, daß die Polizeibehörde doch unter Umständen noch Ausbruch der Maul- und Klauenseuche den Anlaß und die Befugnis haben kann, in einer versuchten Ortschaft Versammlungen zu verbieten oder die zu ihnen erforderliche Genehmigung zu versagen. Dies wird vielmehr stets der Fall sein, wenn die Durchführung einer seuchengefährlichen Maßnahme die Beschränkung der Versammlungsfreiheit zur notwendigen Folge hat. Hierher gehört es z. B., wenn etwa eine Versammlung auf einem Seuchengebiet abgehalten werden soll, weil dieser Veranstaltung mit einem Verbot aus § 162 Nr. 5 der Bundesratsvorschriften vom 7. Dezember 1911 entgegenzutreten wäre. Ferner zählt hierzu der Fall, wenn der einzige zum Versammlungsort führende Weg gemäß § 47 Abs. 2 des Reichsgesetzes vom 28. Juni 1909 gesperrt ist oder der Versammlungsort zu den Räumlichkeiten im Sinne des § 47 Abs. 1 a. a. O. zu rechnen ist, für welche der Verkehr von Personen beschränkt oder ausgeschlossen werden kann. In allen derartigen Fällen, für welche die erwähnten nur Beispiele darstellen, findet die polizeiliche Maßnahme ihre rechtliche Grundlage in Bestimmungen der Reichsseuchengesetze; nur ihre Wirkungen äußern sich auch auf dem Gebiete des Versammlungswesens. Die Verfügung der Genehmigung der Versammlung auf dem Acker des Gottlieb Kalkschmidt ist indessen mit einer seuchepolizeilichen Vorschrift nicht begründet worden; zur Anwendung einer solchen war auch kein Raum, da weder das Grundstück, auf dem man sich versammeln wollte, versucht war, noch der dahin führende öffentliche Weg einer Sperre unterlag. Statt dessen ist lediglich darauf hingewiesen worden, daß in der Ortschaft die Maul- und Klauenseuche herrsche, dies reichte weder nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften aus, noch genügt es in tatsächlicher Beziehung nach den örtlichen Verhältnissen.

Aus Industrie und Handel.

Kosten des Schutzzolles in den Vereinigten Staaten.

Der Tarifreformklub hat kürzlich eine Darlegung veröffentlicht, in welcher auseinandergesetzt wird, was der Schutz Zoll den Amerikanern kostet. Er rechnet 2 569 522 400 Dollar für das letzte Jahr heraus, und zwar sind in diese Summe eingegriffen: der Zoll, die Verteuerung der Herstellungskosten für die amerikanischen Fabrikanten und der Gewinn der Zwischenhändler. Der Klub hebt hervor, daß die Landbevölkerung einen sehr großen Beitrag zu den Kosten des Zollschutzes leistet. Sie beträgt 82,7 Proz. von der gesamten Bevölkerung des Landes, und es entfallen auf sie etwa 840 283 824 Dollar.

Gegen den Petroleumtrust.

In der Begründung des Petroleumgesetzentwurfes unterrichtet die Regierung auch kurz über die verschiedenen in Deutschland unternehmenen Abwehrversuche gegen die übermächtige Stellung der Trusts (der Standard Oil Co.). Der von der Deutschen Bank unternommene Versuch, gestützt auf die Delgenwinnung der Steana Romana in Rumänien, durch den Ausbau zunächst der Petroleum-Produkte A.-G. in Hamburg, später der Deutschen Petroleum-Aktiengesellschaft in Berlin, und durch Verbindung mit den großen russischen Unternehmungen von Nobel und von Rothschild in der Europäischen Petroleum-Union (Epu) auf dem deutschen Markte in den Wettbewerb einzutreten, hat infolge übermächtiger Verluste, welche insbesondere auch die beteiligten ausländischen

Firmen nicht weiter zu tragen gewillt waren, aufgegeben werden müssen. Während es der Europäischen Petroleum-Union gelungen ist, in England der Standard Oil Co. die Wege zu halten und dort jährlich etwa 200 000 Tonnen Leuchtöl abzugeben, sah sie sich in Deutschland zu einer Vereinbarung mit der Standard Oil Co. gezwungen, durch welche sie hinsichtlich der Versorgung des Marktes auf ein bestimmtes Kontingent beschränkt wurde und der Standard Oil Co. die Leitung des Verkaufs allein überlassen mußte. In jüngster Zeit hat die Deutsche Petroleum-Verkaufs-Gesellschaft (die deutsche Tochtergesellschaft der Epu) ihr Vertragsverhältnis zur Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft gelöst; es ist jedoch nicht wahrscheinlich, daß ein erneuter Konkurrenzkampf gegenwärtig mit mehr Erfolg als früher durchgeführt werden könnte.

Als einzige unabhängige Verkaufsorganisation hatte sich bis vor kurzem die Vereinigung galizischer Raffinerien, die U. G. für Oesterreichische und Ungarische Mineralölprodukte in Berlin und Wien (Olex), die jetzt unter der Kontrolle der Deutschen Erdöl-Aktien-Gesellschaft steht, trotz des gegen sie ausgeübten heftigen Wettbewerbes auf dem deutschen Markte gerade noch behaupten können. Die Mengen Leuchtöl, mit denen sie in den Wettbewerb einzutreten vermochte, waren jedoch zu gering, um den Tochtergesellschaften der Standard Oil Co. das Gleichgewicht halten zu können; sie hat im Durchschnitt der letzten Jahre nur etwa ein Achtel des deutschen Gesamtverbrauches geliefert und war zudem durch die Höhe der Frachtkosten in der Ausdehnung ihres Abzuges über die der österreichischen Grenze benachbarten Gebiete hinaus wesentlich beschränkt. Die Schwierigkeiten, die sich in den letzten Jahren durch die Wassereinträge in dem Bezirke von Zastanowicz für die galizische Kohlenherzeugung ergeben haben, bedeuten ein weiteres Hindernis für die Durchführung des Wettbewerbes seitens der österreichischen Ausführvereine. Man wird daher damit rechnen müssen, daß die Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft für ihr eigenes deutsches Öl und für die Olex eine Vereinbarung mit der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft trifft und sich mit der Zustimmung eines Anteils am deutschen Markte begnügt; dahingehende vorläufige Abmachungen sind bereits bekannt geworden.

Aus aller Welt.

Es ist der Krieg ein roh', gewaltfam Handwerk.

Ein Parteigenosse, der als Offizier den Feldzug bei der serbischen Hauptarmee mitmachen mußte, schreibt uns auf einer Feldpostkarte vom 24. November aus Florina (südlich von Monastir):

Für uns sind die Kriegsoperationen geschlossen. Nach einem furchtbaren vierstägigen Kampfe (bei Monastir, D. Ned.), der wegen der natürlichen Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, einzig dastand, wurden die Türken vollständig geschlagen. Der letzte Rest ihrer Artillerie, 28 Kanonen, wurde uns überlassen. Da die Türken von allen Seiten umzingelt waren, brach eine Panik bei ihnen aus. Sie warfen alles von sich und flüchteten, nur mit Hosen und Hemden bekleidet, in die mit hohem Schnee bedeckten Berge. Sie ließen eine große Masse von Bagage zurück.

Es war schauerhaft, diese Menschenschlächterei mit anzusehen. Ich habe alles, was in meiner Macht stand, für diese Unglücklichen getan. Aber am nächsten Tage habe ich viele halbverkohlte türkische Soldaten liegen sehen. Noch viel gräßlicher war aber das Elend der Familien mit Kindern. Meine Stimmung ist zurzeit so angeregt und überreizt, daß ich oft weinen muß.

In Florina trafen wir mit Griechen zusammen und heute geht meine Division nach Reskub zurück.

Alle bösen Leidenschaften und niedrigen Instinkte hat die Menschenschlächterei bei den Kriegführenden entfesselt. Es kann auch gar nicht anders sein. Wer tagtäglich durch ein Meer von Menschenblut wadet, muß das Gefühl für seine Menschewürde verlieren.

darstellerischen Fähigkeiten als Leonore gut bestand. Manches allerdings, wie namentlich die wunderbar besetzte Kadenz „Die Liebe wird's erreichen“ ließ an gefanglicher Klarheit und leidenschaftlicher Hingabe zu wünschen übrig. Desgleichen drangen Rizzi Fint als Margeline und Theo Wachenheimer (Joaquino) nicht immer durch, während Egon Fuchs mit guttorendem Bass den Kerkermeister im großen und ganzen sympathisch vortrug. Alfred Dähler zeigt künstlerische Intelligenz; namentlich gelang ihm der Part des Bizzaro nicht durchein. Julius Koether (Rimister) schien diesmal indisponiert. Alexander Richter hingegen hielt sich als Florestan gefanglich wie dastereilich auf respektablem Höhe. Der herrliche Gesangenchor verpuffte zum Teil. Es würde sich sehr empfehlen, die Gefangenen, statt sie im Säufemaria treppab kommen zu lassen, von mehreren Seiten zu gleicher Zeit in den Gefängnishof treten zu lassen. Außerdem sollte der Konflikt zwischen Margeline und Joaquina, doch auch zwischen Rocco und Leonora mehr nach vorne gerückt werden, damit das Quartett und Terzett nicht Einbuße erleiden. Prachtvoll, dekorativ wie Szenisch, ist das Bild vor dem Gefängnisportal im Finale. Die Bewegung des Volkes könnte freilich noch lebendiger sein. Herrlich spielte das Orchester die Ouvertüre Nr. 3, die während der Verwandlungspause zwischen dem Duett und Finale so recht Wunder wirkt. Dem gewaltigen Eindruck des Beethovenschen Werkes entzog sich wohl niemand in dem dichtbesetzten großen Haus. Schließlich möchten wir den Besuchern statt des im Theater angebotenen Textbuches, das nur die Gesangstexte bietet, die vollständige Reclam'sche Ausgabe empfehlen.

Notizen.

— Musikchronik. Bronislaw Huberman veranstaltet sein einziges Konzert dieser Saison am 5. Dezember in der Philharmonie zu „vollständlichen“ Preisen (Nach. Weinb., Beethoven).

— Theaterchronik. Die Neue Freie Bühne führt am 7. Dezember nachmittags im Komödientheater als erste Premiere den „Kamerdiener“ auf.

— Das Schicksal des Lessing-Theaters. Das Lessing-Theater wird durch ein Kollegium in Brahm's Sinne bis zum Ablauf des Kontraktes (31. Juli 1914) weitergeführt werden.

— Leoncaballo's neue Oper „Die Jäger“ wurde zum ersten Male im Mailänder Iyrischen Theater mit Erfolg aufgeführt.

— Brahms und Hauptmann. Bei der Abschiedsfeier für Otto Brahms, dessen Leiche dann nach Hamburg zur Einäscherung übergeführt wurde, sprach auch Gerhart Hauptmann. Er feierte Brahms als deutschen Idealisten, rühmte die Verbindung von praktischer und idealer Kraft in ihm und pries seine deutsche Treue. „Das Werk dieses Mannes war zum Teil mein Werk, und mein Werk war zum Teil das Werk dieses Mannes.“

— Ein Hauptmann-Porträt Liebermanns. Für die Hamburger Kunsthalle hat Max Liebermann Gerhart Hauptmann in Goldfigur gemalt.

Kleines feuilleton

Nachtarbeit. Silberne blüht der Mond in die schlafschwere Nacht hinein.

Die neugierigen Lore der Häuser sind jetzt veriperrt. Wie die Augenhöhlen toter Niesen starren die Fenster der aber-tausend Gebäude in die nächtliche Ruhe.

Da und dort glöht noch die geöffnete Tür eines Gasts oder Kaffeehauses schlaftrunken und mühsam auf die Straße.

Diese ist ruhig und lärmfrei geworden.

Nichts läßt ihr Pfalter erbeben.

Alles Geröse des Tages ist wie von einem Schwamm auf-gelesen.

Wir ist, als hätte der schwere Schatten der Häuser alles Lebendige erdrückt.

Jetzt aber dröhnen massige Tritte auf den granitnen Schrit-steinen.

Und Klang von Eisen auf Eisen läßt ein kernes Echo aufhallen.

Aus dem schwarzen Mündungsloch einer engen Gasse treten viele Männer auf die breite, mächtige Hauptstraße hervor.

Sie tragen Schaufeln, Krampen, Hebestangen und verteilen sich auf Befehl eines Aufsehers in einer langen Reihe entlang dem Schienenstrange der Straßenbahn.

Windblätter flammen auf und greifen mit brennenden Tagen in die laue Luft.

Krampen bebem sich in hohem, festem Schwünge und treffen funkelnprühend den Boden.

Schaukelrhythmus funkeln im Halblicht der Gasflammen.

Wreckstangen zwingen sich gleich zwischen die Granitrippen der steinernen Brühl der Straße.

Diese kauft vor Sammerz blaue Franken.

Eislerne Finger umspannen das eine Schienennglied, daß es aufzittert in firtender, ohnmächtiger Wut.

Schweißtriefende Männer haben ihre Köpfe ausgezogen, auf die Pfähle erlöschender Laternen gebängt, wo sie, sinnreichste Fäden der Arbeit, in der Nachtluft schaukeln.

Hinter den Fenstern des ersten Stockwerkes eines prächtigen Gebäudes ist ein Bürger wach geworden.

Verdrossen horcht er auf die Nachtmelodie der Arbeit und gungat:

„Gefundel!“

A. P.

Die Opiumesser in Indien. Die indische Regierung will jetzt angeblich den Opiumgenuß in Indien bekämpfen. Die Nachricht ist verdächtig, da Indien selbst so viel Opium erzeugt, daß die Herren des Landes und seines Handels nach wie vor das größte Interesse an Absatz dieses Stoffes haben, so daß trotz aller Verträge und Vorbehalte die Ausfuhr nach China bisher durchaus nicht geringer geworden ist. So wird denn auch der Zufuhr gemacht, man wolle in Indien nicht zu streng vorgehen, damit sich die Bewohner nicht gefährlicheren Stoffen als dem Opium zuwenden. Das

Opiumrauchen soll völlig unterdrückt werden, das Opiumessen dagegen nicht. Man sieht, wie vorsichtig die Engländer mit der Erziehung ihrer Schulbesuchenden vorgehen, wenn ihr Geschäftsinteresse dabei mitspricht.

Theater.

Tranon-Theater: „Die Erste — die Beste“, Lustspiel von Paul Sabauk. Die Verzeichnung des Stückes als „Lustspiel“ war gründlich irreführend. Des Verfassers Ehrgeiz hatte sich von vornherein kein höheres Ziel gesetzt als die Herstellung eines jener Pariser Schwankfabrikate, in denen die bekannten Schürzenjäger- und Halbweltmenschentum zu irgend welchen neuen Konfigurationen lateinologisch durcheinander gewirfelt werden. Aber auch dazu gehört, wenn das Geschäft mit Aussicht auf Erfolg betrieben werden soll, außer erlernbarer Routine immerhin ein gewisser launig-munterer Glanz, Witz und Erfindungskraft. Derzeit ver-ganglichem Übermut steht man Privatitäten gerne nach. Indes von solchem Geist verlassen, erstarren sie zur tristen und verlebenden Grimasse; die Jammutung, zu locken, der man nicht folgen kann, bringt ein Gefühl gemierter Langeweile hervor. Vergewiss setzte Hans Junkermann sein drastisch-karikaturistisches Talent für den von Herrn Sabauk zur Hauptfigur erkorenen wackligen Morquid ein. Dieser in Aus-schweifungen verblödete Loppergeiß, der, wenn ihm eine bezahlte Matresse den Laufpaß gibt, das Seelenleid unter Tränen seiner Tochter lagst, ist, wie die Tochter selbst, die um die Kündigung rückgängig zu machen, ihren Bräutigam als Mitteldmann zu der Dame sendet — von einer verzerrten Tragikomik. Mit den anderen Einsätzen steht's nicht viel besser. Nach vielem Versuchen, die Placements zu ändern, lehren die ehrenwerten männlichen und weiblichen Herrschaften samt und sonders zu ihren früheren Ver-hältnissen zurück. Auch das gewiß nicht anspruchsvolle Publikum schien trotz des flotten Spiels ziemlich enttäuscht. Der Versuch er-reichte kaum das offizielle Premierenernah.

Musik.

Der „Fidelio“ für die Freie Volksschule (im Deutschen Opernhaus zu Charlottenburg). Ueber Beethoven's einzige Oper, dieses „Hohes Lied der Gattungs Liebe“, wurde ja anlässlich ihrer Erstaufführung bereits hier gesprochen. Gleichwohl sind einige Bemerkungen am Bloße. Zunächst hinsichtlich der Besetzung. Sie war teilweise eine andere, als bei der Öffnung des Hauses. Das kann weiter nicht auffallen. Die Besetzung solistischer Hauptpartien bei Nachmittagsvorstellungen ist abhängig von jener der jeweiligen Abendoper. Zweimal am selben Tage stundenlang schwere Rollen durchzuführen, ist eine physische Anstrengung, die man Theater-sängern billigerweise nicht zumuten kann. Wir haben nach dieser Spezialvorstellung zu der Direktion das Vertrauen, daß sie bestrebt sein wird, der Freien Volksschule immer und unter allen Umständen Qualitätsleistungen darzubieten. Diesmal wurde die Titelpartie von Felicitas Hallama gesungen, einer Sängerin, die vermöge passiver Estimmung und wohl angemessener

Unsere Kriegsbegeisterung begründen ihr verbrecherisches Treiben u. a. auch damit, daß Kriege notwendig seien, weil sie die Menschen zu erhabener Pflichten erziehen, das sittliche Niveau der Völker heben usw. Wie es damit bestellt ist, zeigt ein Bericht des Kriegskorrespondenten der „Times“ aus Saloniki. Es heißt darin:

„Mazedonien ist getränkt mit dem Blute unschuldiger Opfer. Es ist notorisch, daß die Bulgaren sich in weitem Maße der Hilfe der Komitatshis bedienen, und da sie selbst alle verfügbaren Truppen nach Thrazien schicken mußten, so überließen sie das eroberte Mazedonien der Gnade ihrer blutbesiedelten Hilfstruppen. Das Ergebnis zeigt sich in den Ereignissen von Seres und in der enormen Menge unterschiedsloser Schlägereien, die vor sich gingen, besonders in dem Bezirk von Kret Džisar, wo kaum einem einzigen Mohammedaner das Leben gelassen wurde. Auch Debeagatich ist der Schauplatz schrecklicher Szenen gewesen. Mohammedanische Vandalen haben ihrerseits zur allgemeinen Verwilderung beigetragen, und ganze Dörfer sind durch ihre Grausamkeiten zerstört worden. Die Regeleien in Rawala sind durch Armenier verübt worden, die sich der bulgarischen Armee als Freiwillige angeschlossen hatten. Das Motiv war offenbar, die Regeleien von Adana zu rächen.“

Und der Korrespondent des „Berl. Tagebl.“ schreibt über die Grausamkeiten der Sieger in Saloniki:

„Ein türkischer Soldat will an einer verbotenen Stelle die Straße überschreiten und versteht die Warnung des griechischen Postens nicht, der ihm darauf lachend das Bajonett durch den Unterleib schießt und ihn — sagen die Griechen — zu seinen Vätern im Paradiese Mohammeds versammelt“. Der Posten kann sich nicht damit entschuldigen, daß der arme Türke bewaffnet gewesen sei. Denn jeder Türke und jeder Jude wird den Tag über hunderte Male auf Waffen untersucht. Deshalb viele arme Teufel kleine Fahnen in griechischen, zumeist aber in bulgarischen Farben in der Hand tragen, um damit der Vendetta der Sieger zu entgehen. Eine fürchterliche Szene spielte sich in dem höher gelegenen Teile von Saloniki — in Tsafet Monastir — ab. Eine bulgarische Komitatshand spalt dort einen aus Kratoowo geflohenen türkischen Wei auf und will ihn hängen. Da er sich zur Wehr setzt, werden außer ihm noch zweiundzwanzig Türken

der Umgegend niedergemetzelt. Der Herr, der mit dieser Grausamkeit berichtet, ist eine der hervorragendsten Persönlichkeiten der italienischen Kolonie, die bei allen Konsulaten Salonikis sich des höchsten Ansehens erfreut und auch in Wiener Bekehrungskreisen wohlbekannt ist. Was mir endlich österreichische Notabeln, was mir eine Europäerin, die den Marsch nach Saloniki begleitete, erzählten, das klingt so entsetzlich, daß ich es nur andeute. Der erstere, ein Ingenieur, der außerhalb Salonikis zu tun hatte, teilt mir mit, daß die bulgarischen Komitatshis dort aus reinem Neckenhals zwei türkische Weis einfingen, ihnen gefalgene Fleisch zu essen, aber nichts zu trinken gaben und sie langsam verdammen ließen. Im Namen des Christentums! Und die Krankenschwester sagte mir, daß eine der alliierten Armeen, die ich nicht nenne (so furchtbar ist die Zahl) vierzig türkische Gefangene, die nicht mehr marschieren konnten, fälligt. „Aber die Türken haben ja auch ihrerseits Grausamkeiten verübt“, fügt die Dame entschuldigend hinzu. Im Deutschen Klub erfahre ich von der angeschwommenen Leiche eines eleganten türkischen Seeoffiziers, der mit dem „Fethi Valent“ ums Leben gekommen. Die Leiche, die beim Landen Ringe, Lackstücke usw. trug, wurde sofort von brutalen Händen ausgeplündert. Ein abscheuliches Schauspiel bot ein griechischer Waffner, der, eine große weißblaue Fahne schwingend, einem Menschenhaufen voranzog. Die kleinen boshaften Augen in dem feisten Popengesicht bligten vor Freude, denn hinter ihm wurden zwei gefesselte Unglückliche in brauner türkischer Telegraphistenuniform gestochen und gepußt. Und so zog der edle Priester mit den zwei armen Menschen immer und immer wieder triumphierend den Stei auf und ab, und eine heulende und johlende Menge folgte und mißhandelte die Kerker. Was sie verbrochen? Gott weiß! Es heißt, sie hätten die griechische Flagge verhöhnt. Aber ist das wahr? Hieß es nicht leghin in der ganzen Stadt, die Juden hätten die griechischen Soldaten zu vergiften gesucht! ... Und der infame Schwindel wurde allgemein geglaubt! Den größtmöglichen Eindruck aber hinterließ mir die Regelei im Bardarhafen, wo Soldaten und Volk Duzende harmloser Türken niederknallten, weil der Rob sie für die Urheber der Dynamitkatastrophe hielt, die jetzt allgemein den bulgarischen Komitatshis zugeschrieben wird. Und wieviel andere Schreckens-

taten, die kein Mensch kennt, kein Mensch kennen wird, sind in dieser unglücklichen Stadt roh begangen worden — am helllichten Tage, wo jeder Räuber tat, was ihm pohr, ungestört vom Auge des Gesetzes! Und erst in der Nacht, wo seit dem Falle der Stadt jede Straßenbeleuchtung aufgehört hat!

Und wer trug die Schuld an diesen Grausamkeiten? Griechen oder Bulgaren? Der Vorwurf kann Griechen und Bulgaren nicht erspart werden, daß sie Tage und Nächte lang das uniformierte und nichtuniformierte Gesindel fast ungestört schalten und walten ließen.

Großfeuer in Glasgow.

Eine riesige Feuersbrunst richtete am Sonntag in Glasgow im Stadtviertel Canlorit großen Schaden an. Drei Straßenzüge fielen dem verheerenden Element zum Opfer. Mehrere Geschäftshäuser brannten bis auf die Grundmauern nieder. Trotz des mutigen Eingreifens der Wehr gelang es nicht, des Brandes Herr zu werden, so daß zahlreiche Familien ihr Hab und Gut verloren haben. Mehrere hundert Familien sind obdachlos und mühen in den verschiedenen Polizeibüros einquartiert werden. Die Entstehungsbursache des Rieseneuers konnte bisher nicht ermittelt werden. Der Schaden beläuft sich auf über 100 000 Pfund.

Das Ende eines Lumpen.

Das Breslauer Schwurgericht verurteilte am Freitag den Polizeispizel Joseph Puske wegen Raubes, verbunden mit Tötung eines Menschen, zu lebenslänglichem Zuchthaus, Ehrverlust und — o Ironie — zur Stellung unter Polizeiaufsicht. Nach seinen eigenen Angaben hat der Verurteilte durch seine Polizeispizeleien durchschnittlich 5 M. pro Woche verdient.

Kleine Notizen.

Absturz eines französischen Fliegers. Auf dem Flugfelde von Jubily ist der Flieger Arundet mit seinem Flugapparate abgestürzt und erlitt so schwere Verletzungen, daß er tot vom Platze getragen wurde.

Schwindelbanken. Die Pariser Polizei verhaftete die beiden Leiter einer Winkelbank namens De Montigny und Dupis die beschuldigt sind, Einlagen im Betrage von einer Million veruntreut zu haben.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
Am 29. November verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Karl Roux
Soldiner Str. 11. Bezirk 815a.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Sophien-Friedhofes in der Freimulder Straße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
234/11 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Wilhelm Möldes
am 30. November im Alter von 64 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
69/7 Die Bezirksverwaltung.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Holzschuhler

Paul Zenke
am 29. November im Alter von 50 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Groß-Berlin.
Am Freitag, den 29. November, verstarb unser Mitglied

Karl Roux
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Sophien-Friedhofes, Freimulder Straße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
58/12 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 1. Dezember, verstarb unser Mitglied

Wilhelm Dierseh.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Ober-Schönweider Friedhofes aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Bruder, Schwager und Onkel, der Schantmeister

Karl Rowe
am 1. Dezember verstorben ist.
Die Trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Luisen-Kirchhofes in Charlottenburg, Fürstenbrunner Weg, aus statt. 15129

Verband der Irenen Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Ortsverwaltung Charlottenburg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Karl Rowe
Rechtsinhaber 6, im Alter von 43 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 4. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle Fürstenbrunnerweg aus statt. Treffpunkt 3 Uhr beim Kollegen Popensub, Spandauerberg 22.
Um rege Beteiligung ersucht
74/10 Die Ortsverwaltung.

Am 1. Dezember, morgens 1/3 Uhr, starb nach langem Leiden an Herzschwäche unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Schwester

Pauline Grottko
geb. Wassenberg.
Um stille Beileid bitten
Familie Pils, Müller, Teuerkauf, Grottko.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 4. Dezember, mittags 12 1/2 Uhr, im Innerenhaus, Mostoder Str. 27, die Beerdigung um 1 1/2 Uhr, auf dem südlichen Friedhof, See-straße, statt. 428

Sozialdemokratischer Wahlverein Schöneberg. (Bezirk 8).
Am Sonnabend, den 30. November verstarb nach langem Leiden unser Mitglied, der Steinmetz

Paul Reiche.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 3. Dezember, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Sedanstr. 26, nach dem 2. Schöneberger Friedhof, Blanke Höhe, statt.
Für die Mitglieder des Ges. A. Schöneberger Männerchor Treffpunkt 1/3 Uhr beim Kollegen Hirtel.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 30. November der Kollege, Mühlenarbeiter

Stanislaus Nowak
nach schwerem Leiden an Magenkrebs verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Wilschhofes in Wilhelmshagen, Berliner Straße, statt. 44/3
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verwandten Berufe (Deutscher Senefelder-Bund).
Am 30. November verstarb plötzlich und unerwartet der Kupferdrucker

Willi Petzold
an einem Sturz bei der Arbeit im Alter von 36 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 3. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Wilschhofes in Panow, Wollankstraße, aus statt. 101/1
Die Verwaltung der Filiale V.

Zentralverband der Steinmetzen.
Zahlstelle Berlin.
Am 30. November starb unser Kollege, der Sandsteinmetz

Paul Reiche
nach jahrelangem Siechtum an der Verursachtheit. 172/11
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 2 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofes, Blanke Höhe, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bodenleger

Georg Quirich
Räberer Str. 44, im Alter von 57 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 3. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Johanniskirchhofes, Wilschhof, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
91/19 Die Ortsverwaltung.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands. Filiale Berlin.
Am 1. Dezember verstarb unser Mitglied, der Kollege

Hermann Winkler
im Alter von 60 Jahren an Gehirnverblutung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Neuen Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf-West, Kögelstraße 8, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Danfjagung.
Heimgelohet vom Grabe meiner unergötlichen Frau

Frida Fuchs
geb. Platz
sage ich hiermit allen Teilnehmern meinen aufrichtigen Dank.

Ernst Fuchs
nebst Kindern.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Robert Bialkowski
Werstraße 12
am 30. November an Sittlichkeits-erkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Werstr. 12, aus nach dem Städtischen Friedhof in der Wollankstraße, Ecke Seestraße, statt.
Rege Beteiligung erwartet
184/4 Die Ortsverwaltung.

HKG

Selbstkostenpreis + 10% Selbstkostenpreis + 10%

Bedeutende Ersparnisse

erzielt jeder, der seinen Bedarf an Herren- und Knaben-Bekleidung jeder Art, fertig oder nach Maß, bei der H. K. G. deckt. — Wir geben unsere Waren nur an Private zum Selbstkostenpreis ab, und erheben als einzigen Gewinn eine Umsatzprovision von 10 Prozent.

Spezial-Abteilung für schwarze Konfektion, fertig vom Lager:

Gehrock-Anzüge	Selbstkostenpreis M. 30 ⁰⁰ 43 ²⁰ 48— 56 ⁴⁰ 67—
	Verkaufspreis M. 33 ⁷⁰ 47 ⁵⁵ 52 ⁸⁰ 62 ⁰⁵ 73 ⁷⁰
Smoking-Anzüge	Selbstkostenpreis M. 35— 42 ⁹⁰ 48— 53 ¹⁰ 63—
	Verkaufspreis M. 38 ⁵⁰ 47 ²⁰ 52 ⁸⁰ 56 ⁴⁰ 69 ³⁰
Frack-Anzüge	Selbstkostenpreis M. 34 ⁸⁰ 38 ⁷⁰ 45 ⁹⁰ 52— 60—
	Verkaufspreis M. 38 ⁹⁰ 42 ⁶⁰ 50 ³⁰ 57 ²⁰ 66—

Versand nach auswärts gegen Nachnahme. Deutschlands größtes Spezialgeschäft dieser Art. Versand nach auswärts gegen Nachnahme.

Herren-Kleider-Vertriebs-Gesellschaft

Berlin: Neue Schönhauser Straße 1, Ecke Weinmeister- u. Münz-Straße.
Turm-Straße 73, Moabit, vis-a-vis der Emdener Straße.

Danfjagung.
Für die rege Teilnahme und die Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, sage ich allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.

Wwe. Hulda Mendel
nebst Tochter und Schwiegerohn.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 58.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hute etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

Spezialarzt
f. Haut-, Garm-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beintraute jeder Art, Ehrlich, Gata, Raven u. Co. fons. Laborat. f. Blut-untersuchung. Haben t. Harnst. Genesung. Genesung. Genesung.
Friedrichstr. 81, gegenüber dem Sp. 10—2, 5—9, Sonnt. 11—2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Glumen- und Franzbinderei
von Robert Meyer,
Inh.: P. Golletz
nur Mariannen-Straße 2.
Telephon: Moritzplatz 316.

Künstliche Zähne
mit und ohne Gaumnapl. in naturgetreuer Ausführung.
Reparat. u. Umarbeitung sof. u. billigst. Fast schmerzloses Zahnziehen. — Teilzahlung. Bei fast sämtlichen Berliner Krankenkassen zugelassen.
Hugo Schulze, Dresdener Str. 125, am Kottbuser Tor.

Achtung!
Brasil-Ersatz,
Vorstenland, Vollblatt,
dritte Länge, p. Pfd. 1,30.
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N.,
Brunnenstraße 25.

In Freien Stunden
Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Prakt. Weihnachtsgeschenk zu wirklichen Stoffpreisen
zu Anzug, Paletot, Hose und Damen-Kostümen
Deutsch-Englische Tuch-Agentur
Yorkstraße 75, nahe Bellealliancestraße
Besuch ohne Kaufzwang erbeten.

Kranzspenden
sowie sämtliche Blumenarrangements
liest schnell und billig **Paul Gross,** Lindenstr. 68, Tel. Sp. 7203.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 3. Dezember 1912, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlungen

der sechs Berliner Wahlkreise.

1. Wahlkreis

in den Corona-Prachtstätten, Kommandantenstraße 72.
Tagesordnung:

1. Der preussische Parteitag. Referent: Genosse Dr. Kurt Rosenfeld.
2. Diskussion.
3. Wahl der Delegierten.

2. Wahlkreis

im Gofjäger-Palast, Hafenside 52-53.

Tagesordnung:

1. Der Parteitag in Preußen. Referent: Genosse Emil Eichhorn.
2. Anträge und Aufstellung der Delegierten.
3. Kreisfragen.

3. Wahlkreis

in den Armin-Gallen, Kommandantenstraße 58/59.
Tagesordnung:

1. Der preussische Parteitag. Referent: Genosse Dr. Karl Liebknecht.
2. Wahl der Delegierten.
3. Vereinsangelegenheiten.

4. Wahlkreis

in Kellers Prachtstätten, Koppenstraße 29.

Tagesordnung:

1. Der preussische Parteitag. Referent: Genosse Paul Girsch.
2. Beratung und Beschlussfassung über die dazu gestellten Anträge.
3. Nominierung der Kandidaten zur Delegation zum preussischen Parteitag.

5. Wahlkreis

in den Königs-Tälern, Königsstr. 26 (Eingang Badjeckstraße).
Tagesordnung:

1. „Vorussisches.“ Referent: Genosse Max Groger.
2. Der preussische Parteitag.
3. Wahl der Delegierten.
4. Vereinsangelegenheiten.

6. Wahlkreis

in den Germania-Prachtstätten, Chausseestraße 110.
Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum preussischen Parteitag und Wahl der Delegierten.
2. Anträge.
3. Vortrag des Genossen Heinrich Ströbel.

Die Befetzung der General-Versammlung im vierten und sechsten Wahlkreise erfolgt durch Delegierte.

Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet.

Mitgliedsbuch respektive Delegiertenkarte legitimieren, ohne dieselben kein Eintritt.

205/6*

Die Vorstände.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 3. Dezember 1912.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Bohème.

Rgl. Schauspielhaus. Der Kaufmann von Venedig.

Deutsches König Heinrich IV.

2. Teil.

Zirkus Albert Schumann. Gala-

Vorstellung.

Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.

Königsrücker Straße. Hedda

Gabler.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Ueber den Brenner nach

Venedig.

Kammerspiele. Maria Magdalene.

Verfina. Der Hibernier.

Deutsches Opernhaus. Fabella.

Schiller O. Hedda Gabler.

Schiller-Charlottenburg. Die Ge-

schwister. Elga.

Berliner Theater.

8 Uhr:

Filmzauber.

Theater in der Königsgrätzer Straße

7 1/2 Uhr:

Hedda Gabler.

Sum 1. Male.

Theater am Nollendorfplatz 5.

Abends 8 Uhr:

Orpheus in der Unterwelt.

Jeden Mittwoch u. Sonnabend 4 Uhr:

Schneewittchen.

Montis Operetten-Theater

(fr. Neues Theater). Amt Nothen 1141.

Abends 8 Uhr:

Der Frauenfresser.

Residenz-Theater.

Anfang 8 Uhr.

Gastspiel

Constanze von Linden

vom Théâtre Royal du Parc in Brüssel:

Prinzenerziehung.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

Raffles.

Mittwoch u. folgende Tage: Raffles.

Herrnfeld

Theater

Beispielloser Lachertag!

Die Alpenbrüder.

Komödie in 3 Akten von Anton

und Donat Herrnfeld.

Hierzu:

Das Scheidungs-Souper.

Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volks-Theater. Lore. —

Die Spieler. — Der Kammer-

sänger.

Anfang 10 Uhr.

Admiralpalast. Eisbalet: Yvonne.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Deutsches Schauspielhaus

Abends 8 Uhr:

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der guttuhende Pfad.

Anfang

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Die Kammeräle, Teltower Straße 1-4, Ecke der Bellealliancestraße, sind für organisierte Arbeiter nach wie vor gesperrt.

Im dritten Kreise steht und das Lokal „Oranienhaus“, Oranienstraße 70, zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

Zu Mahlsdorf an der Ostbahn (N.-B.) steht uns der Gastwirt E. Anders sein Saallokal zu den üblichen Bedingungen zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Charlottenburg. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus, Rosinenstr. 3, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Neukölln. Morgen Mittwoch, den 4. Dezember, hält die Jugendsektion des Wahlvereins Neukölln bei Weigelt, Steinmetzstr. 93, abends 8 1/2 Uhr, ihren Mitgliederabend ab.

Berliner Nachrichten.

Die Bevölkerungszahl Berlins

hat alljährlich ihren Hauptzuwachs im Monat Oktober, der einen beträchtlichen Ueberschuß der Zugänge über die Wegzüge zu bringen pflegt. In diesem Jahre ist der Zuwachs aus dem Oktober sehr viel geringer als im vorigen Jahre gewesen, weil diesmal der Zugangsüberschuß sich auf mäßiger Höhe gehalten hat.

Die Gaswerke der Stadt Berlin

haben im letzten Etatsjahr eine bedeutende Mehrung der Gasabnehmer gehabt. Der jetzt vom Magistrat bekanntgegebene Verbrauchsberechnung über das Etatsjahr 1911 (1. April 1911 bis 31. März 1912) stellt das mit Befriedigung fest.

Bei weitem nicht in demselben Maße wie die Abnehmerzahl, ist die Menge des gegen Bezahlung gelieferten Gases gestiegen. Sie war im Etatsjahr 1911 rund 280 1/2 Millionen Kubikmeter, wovon abgegeben wurden durch gewöhnliche Gasmesser 230 1/2 Millionen, durch Ringgasmesser 28 Millionen Kubikmeter, das übrige nach besonderem Tarif (einschließlich das an Vororte zur Straßenbeleuchtung gelieferte Gas).

An einer Stelle des Verwaltungsberichts wird zur Erklärung des Verbrauchsrückganges darauf hingewiesen, daß die Ringgasmesser immer mehr auch in kleinen Wohnungen aufgestellt worden sind, wo der Verbrauch gering ist.

in 1900. Das ist die gesamte Gasentnahme, die bezahlte und auch die unbezahlte (der Verbrauch für die Beleuchtung der Straßen Berlins, für die Beleuchtung der Gastwerke selber, sowie die Verdrängerung durch Mondgas).

Die gesamte Gasentnahme stellte sich für das ganze Etatsjahr 1911 auf rund 290 1/2 Millionen Kubikmeter, gegenüber 285 1/2 Millionen für 1910 und etwa 277 Millionen für 1900.

Der Bau der städtischen Nord-Südbahn ist gestern in der Müllerstraße begonnen worden. Zu dem Werke des Einrammens des ersten T-Trägers, wie solche zur Absteifung der Baugrube verwendet werden, hatten sich mit dem Geheimen Baurat Krause verschiedene Baubeamte sowie Vertreter der bauausführenden Firma, A.-G. Siemens u. Halske, eingefunden.

Ein neuer Wassereinbruch in die Baugrube der Untergrundbahn hat am Sonnabend stattgefunden, glücklicherweise, wie vorweg bemerkt sein mag, ohne die verhängnisvollen Folgen, welche die Tunnelüberflutung in diesem Frühjahr verurteilte.

Ein schwerer Brandunglück

bei dem ein Arbeiter seinen Tod fand und zwei weitere Arbeiter lebensgefährlich verletzt wurden, ereignete sich gestern vormittag in der Fabrik für Beleuchtungsgegenstände von A. Frieter Aktiengesellschaft in der Edisonstraße in Oberschöneweide.

Es wird behauptet, daß ein Arbeiter sein Benzinflenzzeug habe in Ordnung bringen wollen, wobei an der Flamme des Feuerzeuges die Benzindämpfe sich entzündet hätten.

Der Erhöhung der Beschäftigungsform für die Insassen des Arbeitshauses und der Hospitalisten in Lichterberg, Reinickendorfer und Berliner Hospitalern stimmt in der Sitzung am Montag das Kuratorium zu.

Die Erbauung eines Pflegehauses auf dem Terrain des städtischen Obdachels hat der Magistrat abgelehnt und auf den Pausan perweisen, welcher demnach dem Kuratorium wegen Neubau des Obdachels zugehen wird.

Ein Opfer des Straßenverkehrs wurde Sonntag abend die 22 Jahre alte Prägerin Elise Esud aus der Treckowstraße 20. Das Mädchen ging mit einer Tochter ihrer Wirtin spazieren.

Eine würdige Trauerfeier wurde dem verstorbenen Genossen Bernhard Langhop zuteil, welcher am Sonntag auf dem Friedhof in Vohndorf zur letzten Ruhe bestattet wurde.

verein Vohndorf, die Funktionäre des örtlichen Viertels, die 6. Abteilung, der Deutsche Holzarbeiterverband und die Verhiattkollegen. Mit dem Gesang des Liedes: „Da unten ist Frieden“ fand die würdige Feier ihren Abschluß.

Wenn man in der Nacht ärztliche Hilfe braucht,

kann man bei der Suche nach einem Privatarzt, wie schon öfter gezeigt wurde, die trübsten Erfahrungen machen. Zwar sind in manchen Stadtteilen die Ärzte so dicht gesät, daß es fast wunderbar erscheint, wie sie nebeneinander überhaupt zu bestehen vermögen.

Als Anlaß dieser Hejzagd nach einem helfenden Arzt wollen wir in Erinnerung bringen, daß die Rettungswachen auch bei inneren Leiden ihre Hilfe gewähren und nötigenfalls einen Arzt in die Wohnung schicken.

Beim Tanzen vom Tode überrascht wurde in der vergangenen Nacht die 39 Jahre alte Postkassiererin Frau Diastros aus der Breitenauer Allee 219.

Am Sonntag abend wurde ein Arbeiter in der Fabrik für Beleuchtungsgegenstände von A. Frieter Aktiengesellschaft in der Edisonstraße in Oberschöneweide durch einen schweren Brandunglück bei dem ein Arbeiter seinen Tod fand und zwei weitere Arbeiter lebensgefährlich verletzt wurden.

Am Sonntag abend wurde die 22 Jahre alte Prägerin Elise Esud aus der Treckowstraße 20 durch einen schweren Unfall auf dem Heimwege getötet.

Am Sonntag abend wurde die 22 Jahre alte Prägerin Elise Esud aus der Treckowstraße 20 durch einen schweren Unfall auf dem Heimwege getötet.

Am Sonntag abend wurde die 22 Jahre alte Prägerin Elise Esud aus der Treckowstraße 20 durch einen schweren Unfall auf dem Heimwege getötet.

Am Sonntag abend wurde die 22 Jahre alte Prägerin Elise Esud aus der Treckowstraße 20 durch einen schweren Unfall auf dem Heimwege getötet.

Vorort-Nachrichten.

Mariendorf.

Einen lebhaften Widerhall fand das Friedensmanifest der Internationalen in einer am letzten Donnerstag im großen Saale von Grahl's Gesellschaftshaus stattgehabten, sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung.

dessen traurige Folgen insbesondere das Proletariat zu tragen habe. Der Redner stellte weiter die Frage, wie es wohl mit der Geistesverfassung der Herrschenden stehen müsse, die einerseits das Volk wie eine Hammelherde zur Schlachtkanal treiben wollen, während sie ihm gleichzeitig politische Gleichberechtigung verweigern. Am Schlusse seines Vortrages ließ der Redner in lebendiger Weise das grobhartige Schauspiel des internationalen Kongresses in Basel vor Augen der Versammelten erscheinen, wo der internationale Vertreter des Proletariats ihre Einigkeit bekunden hätten im entsetzten Friedenwillen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die in Mariendorf tagende zahlreich besuchte Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Juchaczewski einverstanden. Sie erklärt jeden Krieg für eine Schande des Jahrhunderts, für ein Verbrechen am Volke und der ganzen Menschheit. Insbesondere erklärt die Versammlung, daß die jetzige Kriegsgeschichte nur durch den Ehrgeiz von Diplomaten und Dynastien, die dem Volkempfinden fern stehen, und an dem gemeinen Profitinteresse eines kleinen Kapitalistenklingels entstanden ist. In der Erkenntnis, daß Volkswohl und Kulturfortschritt nur bei dauerndem Frieden möglich sind, erklären die Versammelten jeder Stimmungsmache für den Krieg ihren Friedenwillen entgegenzusetzen und sie geloben, in allen ihren Freundes- und Bekanntenkreisen in diesem Sinne zu wirken.“

Lichtenberg.

Stadterordneten-Ergänzungswahl. Da die Genossen Eisenstadt, Grauer und Hedert die ihnen bei der Wahl in der zweiten Abteilung zugefallenen Mandate angenommen haben, ist in der dritten Abteilung, in der sie ebenfalls gewählt worden waren, eine Nachwahl erforderlich geworden. Diese hat der Magistrat auf Sonntag, den 16. Dezember, angelegt. Gewählt wird wieder in der Zeit von mittags 12 bis abends 7 Uhr. Die erforderlichen Wahlen betreffen den 2., 7. und 20. Bezirk.

Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevorstellung. Aus Anlaß der Forderung mehrerer Lehrstellen für die Knaben- und Mädchenschule in Ostteil Friedrichsfelde ersuchte wiederum Genosse Pluseier mit der Teilung der Klassen nicht so lange zu warten, bis die Zahl 60 überschritten sei, denn man könne schon bei 50 Schülern in einer Klasse nicht mehr von einem erzieherischen Unterricht sprechen. Freilich, wenn man der Erwidern des Schuldirektors Glauben schenken dürfte, dann ist alles zum besten bestellt, denn nach Ansicht der Regierung wären siebzug Schüler pro Klasse nicht zu viel. Warum man nur für die höheren Schulen dann andere Grundzüge aufstellt? Nachdem kürzlich die „Manningshäuser“ 30 M. zu Weisen bewilligt erhielten, entdecken sofort auch die „Geflügelreue“ ihre „volkswirtschaftliche Bedeutung“, die gleichfalls durch Bewilligung von 30 M. anerkannt wurde. Ein anderer Tagesordnungspunkt betraf den Beitritt unserer Gemeinde zur Deutschen Kommunalverbände. Dieses Institut soll bekanntlich ins Leben gerufen werden, um namentlich im Geldverkehr der kleineren Gemeinden Erleichterungen zu schaffen durch Gewährung von Kommunalanleihen mittels Ausgabe von Kommunalobligationen und soll unter staatliche Aufsicht gestellt werden. Die finanzielle Grundlage wird durch Ausgabe von Aktien, die höchstens mit 6 Proz. verzinst werden dürfen, geschaffen. Unsere Gemeinde wird sich zunächst mit 10 000 M. beteiligen. Der Platz am Rennbahnhof Marckhorst ist seinerzeit dem Eisenbahnstielus überlassen worden, während die gärtnerischen Anlagen von genantem Verein und dem Haus- und Grundbesitzverein unterhalten wurden. Letzterer tritt jetzt zurück und nun soll die Gemeinde einbringen, die ja auch ein Interesse an der Erhaltung dieses Schmuckplatzes hat. Die Gemeindevorstellung wußte jedoch, daß der Gemeinde auch das Eigentumsrecht übertragen werde, nach welcher Richtung sofort Verhandlungen eingeleitet werden sollen, ehe eine definitive Bindung erfolgt.

Wahlsdorf an der Elbe.

Erfascht hat sich in der gestrigen Nacht der in der Hönower Straße wohnhafte 18 Jahre alte Registrar K. An seine Mutter sowie seinem Bruder hatte K. einen Abschiedsbrief gerichtet. Was den K. in den Tod getrieben hat, konnte bisher nicht mit Bestimmtheit ermittelt werden.

Fichtenau.

Einem großen, bitteren Kampf führt jetzt der Gemeindevorsteher Wittsof. Bitterer ist darum, weil es sich um Sein oder Nichtsein der Gemeindeverwaltung handelt, bitterer ist auch, weil er in unerhörter Weise dazu provoziert worden ist. Man denke, wird da im Auftrage der Mitglieder des hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins an den Gemeindevorsteher das höfliche Ersuchen gestellt, für die Morgenstunden eine bessere Beleuchtung zu veranstalten. Diese unglückliche Tat, diesen Angriff auf die heiligsten Gefühle eines Verwaltungswesens konnte und durfte sich der Herr Gemeindevorsteher unter keinen Umständen gefallen lassen. Und da die beste Abwehr der Dief ist, ging er sofort zum Angriff über. Querschnitt er in dem Gesicht kräftig die Worte „Auftrag“ und „sozialdemokratischer Wahlverein“. Das war also die feindliche Position, die er einnehmen mußte. Dann erteilte er dem „beauftragten“ Antragsteller eine ganz entschiedene Belehrung, daß der Herr Gemeindevorsteher „insbesondere“ von politischen Vereinen keine Anträge zu erhalten wünsche. Und als der Antragsteller sich darauf berief, daß der Herr Gemeindevorsteher bürgerlichen Gemeindepolitik treibenden Vereinen nicht so wütig entgegenetrete, ihren Anträgen vielmehr große Beachtung schenke, und sich auch noch zu bemerken erlaubte, daß der sozialdemokratische Wahlverein auch in Zukunft Anträge stellen werde, wenn er es für nötig halte, da wurde zum noch eine entschiedenere Antwort erteilt. Es beharrt ein für allemal nicht des Apparates eines Vereins, der staatspolitische Tendenzen verfolgt, da diese nicht in die Gemeindeverwaltung hineingehören“, distanzierte das Gemeindevorstand. Jetzt erst erkannte der „beauftragte“ Antragsteller, was er angerichtet hatte. Also der Antrag um bessere Beleuchtung trug staatspolitische Tendenzen in die Gemeindeverwaltung, an diese unfruchtlichen Hintergedanken seiner Parteigenossen hatte er bisher nicht gedacht. Und doch war es so klar, Verunsicherung und Erleichterung ist das Gegenteil von Furcht, und da unter heutiger Staat die Arbeiter gern im Finstern tappen lassen möchte, ist ein Antrag um Beleuchtung von Wegen, welche die Arbeiter beschreiten, von vornherein eine Ausgeburt staatspolitischer Tendenz“. Man sieht aus hier wieder, daß kleine Urkunden große Wirkungen haben können, wenn ein Gemeindevorstand nicht geblödi aufpassen würde.

Dranenburg.

Die ordentliche Generalversammlung des Konsumvereins Dranenburg beschloß nach Anhörung des Jahresberichtes durch den Geschäftsführer Carlwv, sowie des Berichtes den der Ausschussrat erstattete, außer einem festen Rabatt von 5 Proz. noch 2 Proz. Rückvergütung zu erteilen. Ein Referat des Genossen Kapke über Pläne und Plüchten im Genossenschaftswesen und die am 1. Januar in Kraft tretende Kostensätze fand allgemeinen Beifall.

Potsdam.

In der letzten Stadterordnetenversammlung wurde die Errichtung eines Krematoriums mit 46 gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen. Bei der Fällung der Bedürfnisfrage ist bedauerlicherweise worden, daß daselbe von einem Teil der westlichen Berliner Vororte sowie von den übrigen benachbarten Städten wie Brandenburg a. N. mit benutzt wird. Vor allen Dingen wird Rowawo einen großen Teil der Verbrennungen stellen, da sich dieser Ort bereits wegen der schmerzlichen Friedhofsverhältnisse mit dem Bau eines Krematoriums befaßt hat. Als Hauptplatz kommt der 10 000 Quadratmeter große Waldstreifen zwischen der Saarmünder Straße und dem neuen Friedhof in Betracht. Die Baukosten einschließlich der Kosten für gärtnerische Anlagen belaufen sich auf

100 000 M., welche Summe mit 45 000 M. aus den Beständen der Friedhofsverwaltung entnommen werden soll, während der Rest von der Stadt vorgeschossen und von der Friedhofsverwaltung mit 3/4 Proz. verzinst wird. Da die Kapelle auf dem neuen Friedhofe den heutigen Verhältnissen nicht mehr genügt, soll mit dem Krematorium gleichzeitig eine Kapelle für Erdbestattung verbunden werden. Jede Einäscherung soll 60 M. kosten. — Der nächstjährige Straßenplan sieht die Pflasterungen der Lennstraße von Waldemarstraße bis Charlottenhof mit einem Aufwande von 67 420 M., der Erderstraße mit 19 000 M. und der Wollnerstraße mit 43 200 M. vor. Beschlossen wurde, die Wollnerstraße fallen zu lassen und dafür die Nordstraße mit Schladensteinen mit 15 000 M. zu pflastern und die Differenz zwischen Wollner- und Nordstraße für die Brickerstraße zu verwenden. Diese Vorlage brachte eine ausgiebige Debatte, aus der hervorging, daß in Potsdam noch recht viel Straßenpflasterungsarbeit zu leisten ist, es aber vorläufig an den nötigen Mitteln hierzu fehlt. Die Gebührenordnung für die Müllabfuhr und Kanalisationsbenutzung, eine Folge der leinerzeit eingegangenen Fleischsteuer, war von der Aufsichtsbehörde nur bis zum 31. März 1913 genehmigt worden. Während die Müllabfuhr 62 000 M. bringt, erzielt die Stadt aus der Kanalisationsbenutzungsgebühr 92 000 M. Diese Beträge kann die Stadt vorläufig ohne eine Erhöhung der Einkommensteuer nicht fallen lassen und die Stadtverordneten beschloßen entsprechend der Magistratsvorlage das Weiterbestehen dieser beiden Gebührenordnungen. Der Raumangel im alten Rathaus macht sich immer mehr fühlbar. Jetzt sind es die Sparkassenzimmer, die nicht mehr ausreichen. Sie sollen insofern erweitert werden, als man das Kaufmanns- und Gewerbegericht mit hinzunimmt und letzteres in den Palast Barbarins verlegt.

In einer imposanten Friedendemonstration unter freiem Himmel gestaltete sich die am Sonntag nach dem sozialdemokratischen Versammlungsort in der Behlerstraße einberufene öffentliche Versammlung. Trotz des ungünstigen Wetters hatten sich über 1000 Männer und Frauen eingefunden, um das Referat des Abgeordneten ihres Kreises Genossen Dr. Karl Dieckhoff zu hören. Nach dem Vortrage eines stimmungsvollen Liedes des Arbeitergesangsvereins behandelte der Referent in großzügiger Weise das Thema: „Das deutsche Volk will Frieden“. In lebendiger Weise beleuchtete der Redner die Situation auf dem Balkan, dabei besonders das durch den Krieg herausgeschworene Elend der wirtschaftlich ausgebeuteten Balkanländer hervorhebend. Wenn jetzt die Großmächte, insbesondere Oesterreich, auf der Lauer lägen, um gleich einem hungrigen Löwen Beute machen zu wollen, so bedeute das eine europäische Kriegsgefahr, die verhängnisvoll für das gesamte Kulturvolk zu werden drohe. Sache des internationalen Proletariats sei es, alles aufzubieten, damit der in wenigen Wochen wiederum von allen Kanjeln verfluchte Anspruch: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ zur Wahrheit werde. Das Referat wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Hierauf schloß der Vorsitzende Genosse P. m. e. r unter begeisterten Hochrufen auf die Sozialdemokratie die Versammlung.

Die hiesigen Schlächter haben sich in das Unvermeidliche gefügt, nachdem sie gesehen haben, daß der Fleischverkauf des Magistrats auch ohne sie sehr gut floriert. Von gestern (Montag) ab ist der städtische Fleischladen geschlossen und es gibt jetzt in 33 Schlächterläden in allen Teilen Potsdams täglich ausländisches Schweine- und Rindfleisch zu den vom Magistrat festgesetzten Preisen zu kaufen. In jedem Laden muß ein Schild angebracht sein, das die Preise des Fleisches enthält.

Eine Volksversammlung, die hauptsächlich im Interesse der Konsumgenossenschaftsbewegung veranstaltet wird, findet heute Dienstag, abends 8 Uhr, im Friedrichsgraben zu Potsdam und morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, in den Deutschen Festhallen in Rowawo statt, in der Prof. Dr. Staubinger „Darmstadt über das Thema „Die Gewerkschaft und die Frau im Kapitalkampf“ referieren wird.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevorstellungen.

Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr, im Rathaus. Unter anderem stehen Neubau einer Gemeindevorstellungsschule in der Orangenstraße, Einrichtung einer Badeanstalt an der Nürnberger Straße, Arbeitslosenversicherung und die Vorbereitung der Wahl eines Stadtsyndikus auf der Tagesordnung.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewährte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus der Frauenbewegung.

Für die Säuglingssterblichkeit im Auslande.

Von einzelnen Parteien wird das Gesetz über das Verbot von Kinderfangflaschen mit Rohr oder Schlauch als ein nennenswertes Mittel zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit angesehen. Es gibt aber unter diesen Parteien Gemütsmännchen, die nur im Zustande die Säuglinge vor dem Tode bewahren wollen, dem Auslande dagegen gern die unglücklichen Flaschen weiter gönnen — aus Profitrückichten. Während nach dem Gesetzesentwurf die Herstellung solcher Flaschen rundweg verboten sein soll, befürwortet die Handelskammer zu Nürnberg in einem Schreiben an den Deutschen Handelstag die Herstellungserlaubnis für Exportzwecke. Für einige Prozente höherer Profit stampft der Kapitalismus junge Menschenleiber ein!

In Frankreich werden neuerdings bereits diese Saugflaschen in der ganzen Presse unter Titeln, wie: „Los tétanos allemandes sont poison“ (die deutschen Sauger sind Gift) usw. als neues Beispiel der „camelote allomando“ (deutsche Schundware) bezeichnet, mit der wir das Ausland überschwemmen. Was wird die französische Presse dazu sagen, wenn sie jetzt liest, daß die gemütsvollen deutschen Fabrikanten diese Ware, deren Gefährlichkeit zugegeben wird, nach Frankreich und anderen Ländern ruhig weiter verkaufen wollen! Gerade für den Nürnberger Bezirk, der am Export nach Frankreich so außerordentlich stark beteiligt ist, erscheint es auch vom Standpunkt des Kapitalisten selbst, dem schlechten Ruf der deutschen Ware dort neue Nahrung zu geben.

Ein sozialdemokratische Frauenkonferenz für Oldenburg-Ostfriesland fand Sonntag in Oldenburg im Gewerkschaftshause statt. Vertreter waren sämtliche fünf Wahlkreise durch 16 weibliche und 7 männliche Delegierte. Genossin Fiech vom Parteivorstand sprach über die Themen „Wie gewinnen und schulen wir die Frauen für die politische Tätigkeit“ und „Unsere Kindererziehungsbedingungen“. Die vorzüglichen Ausführungen waren sehr instruktiv gehalten, enthielten eine Fülle von wertvollem Material und riefen eine lebhaftige Aussprache hervor. Der Verlauf der Konferenz läßt daher bestimmt hoffen, daß eine noch lebhaftere Bewegung für die Gewinnung und Schulung der proletarischen Frauen für die Parteiorganisation eintritt.

Gerichts-Zeitung.

Der Verein „Arbeiter-Jugendheim“ vor der Strafkammer.

Der Berliner Polizeipräsident hatte behauptet, der Verein „Arbeiter-Jugendheim“ sei ein politischer Verein. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld als Vorsitzender des Vereins hatte es trotzdem unterlassen, die Satzungen sowie eine Liste der Vorstandsmitglieder dem Polizeipräsidenten einzureichen. Das Oberverwaltungsgericht, das Rosenfeld zur Entschreibung darüber anrief, ob der Polizeipräsident eine Verurteilung habe, die Satzungen und eine Liste der Vorstandsmitglieder von einem nichtpolitischen Verein einzufordern, stellte sich auf die Seite des Polizeipräsidenten. Rosenfeld erhielt dann ein polizeiliches Strafmandat in Höhe von 20 Mark wegen Übertretung des Vereinsgesetzes. Das Amtsgericht Berlin-Mitte hatte in der Verhandlung vom 1. Oktober

das polizeiliche Strafmandat bestätigt und im Urteil ausgesprochen, daß der Verein „Arbeiter-Jugendheim“ einen politischen Charakter habe. —

Bestern hatte sich nun die 8. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ulrich mit der Nachprüfung des erstinstanzlichen Urteils zu beschäftigen.

Der Angeklagte gab auf Befragen an, daß er Vorsitzender des Vorstandes des Ende 1909 gegründeten Vereins „Arbeiter-Jugendheim Berlin“ sei. Der Vorstand bestche aus mehreren Personen, auch seien schriftliche Satzungen vorhanden. Rosenfeld überreichte die Satzungen zum Zwecke der Beweisaufnahme, ohne dadurch jedoch die Verpflichtung zu übernehmen, die Satzungen der Polizei zuzustellen. Nach Verlesung der Satzungen beantragte der Staatsanwalt, die Verhandlungen zu vertagen. Er beantragte, Beweise darüber zu erheben, ob die Tätigkeit des Vereins sich innerhalb der Grenzen bewege, die durch die Satzungen gezogen sind. Der Angeklagte unterstützte den Antrag des Staatsanwalts.

Das Gericht lehnte jedoch den Antrag auf Vertagung ab. Auf Befragen gab der Angeklagte weiter an, daß der Verein „Arbeiter-Jugendheim“ lediglich zu dem Zwecke gegründet wurde, Mittel aufzubringen, um Heime zu schaffen, in denen sich die schulentlassene Jugend in ihrer freier Zeit aufhalte. Vorträge würden in den Heimen nicht gehalten, auch würde kein Alkohol verabfolgt. In jedem Heim stehe ein Leiter den Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite. Durch die Lieferung guter Jugendliteratur werde die Schundliteratur nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch bekämpft. Der Verein vermeide jede Einwirkung auf politische Angelegenheiten. —

Zum „Beweise“ dafür, daß der Verein einen Einfluß auf politische Angelegenheiten ausübe, wurden eine Reihe Schriftstücke, Flugblätter, Zeitungsartikel und ein Teil des Protokolls über den Nürnberger Parteitag vorgelesen. Als einziger Zeuge wurde Genosse Eugen Ernst vernommen. Er bezeugte, daß der Zweck des Vereins „Arbeiter-Jugendheim“ lediglich der sei, den Jugendlichen Räume zur Verfügung zu stellen, in denen sie sich aufhalten könnten. In den Heimen könnten die Besucher Kunst und Literatur kennen lernen, könnten sie sich Wissen und Bildung aneignen. In irgend einem Zusammenhang mit der politischen Partei, der Sozialdemokratie, stehe der Verein nicht. Er sei nicht an die Beschlüsse der Partei gebunden, sondern ein vollständig selbständiger Verein. Gelder erhalte der Verein von den sozialdemokratischen Wahlvereinen nicht. Sollte ein Wahlverein Gelder gegeben haben, so widerspreche dies den gefassten Beschlüssen.

Der Staatsanwalt zog aus den zur Verlesung gebrachten Druckschriften den Schluß: der Verein bezwecke eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten. Er beantragte Verurteilung der Berufung.

Der Angeklagte wies in längeren Ausführungen nach, daß ein Zusammenhang zwischen der sozialdemokratischen Partei und dem Verein „Arbeiter-Jugendheim“ nicht bestehe und daher auch nicht nachgewiesen werden könne. Die Jugendheime würden allerdings in erster Linie für die jugendlichen Arbeiter geschaffen. Denn die Kinder der bestehenden Kreise hätten ja in ihren Wohnungen alles, was sie brauchten. Die Gelder zur Erhaltung der Räume würden durch die Mitglieder des Vereins — deren Zahl bereits 10 000 betrage — aufgebracht. Man habe sich auf die Verhandlungen auf dem Nürnberger Parteitag berufen. Dort habe Herr Hoake in bezug auf die Jugendheime nur gesagt, daß die Jugend in freundlichen, behaglichen Räumen edle Geselligkeit pflegen soll. Als die „neue Waffe“, die dort gegründet wurde, wären nur die Jugendausschüsse und -kommissionen gemeint gewesen. Diese hätten jedoch nicht das geringste mit dem Verein „Arbeiter-Jugendheim“ zu tun. In Berlin habe man gerade deshalb den Verein gegründet, um nicht mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. Dem Verein sei nicht das geringste nachzuweisen, daß er irgendwie einen Einfluß auf politische Angelegenheiten ausübe. Dem Verein suche man zu unter-schieben, was Dritte getan hätten. Wenn man den Verein für politisch erkläre, so würde man die ganze Kulturarbeit, die er verrichte, vernichten. Er beantrage daher seine Freisprechung.

Die Berufung des Angeklagten wurde verworfen. Die Beweisaufnahme habe, wurde begründend kurz angeführt, wie in erster Instanz ergeben, daß der Verein ein politischer sei. In den Heimen würden hauptsächlich Ideen politischer Natur ausgetauscht. Diese Jugendheime seien mithin ein Mittel zum Zweck, die jungen Leute zu Sozialdemokraten zu erziehen. Der Verein sei also als ein politischer anzusehen. Der Vorsitzende sei nach dem Vereinsgesetz verpflichtet gewesen, die Satzungen sowie eine Liste der Vorstandsmitglieder dem Polizeipräsidenten einzureichen. Dies habe er unerlassen und mühte deshalb verurteilt werden.

Auf die schriftlichen Entschuldigungsgründe dieses Fehlurteils darf man gespannt sein. Was sagen die mündlichen Gründe anders als: der Verein bezwecke Verbreitung von Wissen und Bildung, deshalb ist er ein politischer!

(Siehe auch 1. Beilage.)

Berliner Arbeiter-Zahnklub.

- Chen I: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Hoffmann, Köhlsberger Str. 28.
- II: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Robbe, Str. Frankfurter Str. 52.
- Süden: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Böhm, Sebastianstr. 1.
- Westen: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Böhm, Köhlsberger Str. 17.
- Nordwest I: jeden Freitag, abends 1/9 Uhr bei Lamprecht, Puffstr. 10.
- II: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Schulz, Oldenburger Str. 19.
- Norden I: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Nebel, Magstr. 19b.
- II: jeden Dienstag 1/9 Uhr bei Reich, Kronheimer Str. 4.
- III: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Stoll, Nordufer 5, Ecke Torstraße.
- IV: jeden Mittwoch (wegen Jahlabend Donnerstag) 1/9 Uhr bei Bahnschiff, Griesbühner Str. 34.
- Poggenberg: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Witz, Sonnenstr. 32.
- Vahnenberg: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Simon, Wilhelmstr. 89.
- Charlottenburg: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Bernke, Bismarckstr. 38.
- Tempelhofer: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Denny, Friedrich-Wilhelmstr. 7.
- Neustadt I: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Brandt, Blücherstr. 19.
- II: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Kemp, Hermannstr. 174, Ecke Rosenthalstr.
- III: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Rau, Bildenbruchstr. 59.
- Ober-Schönevelde: jeden Sonntagvormittag 9 Uhr bei Prohaska, Rathausstr. 10.

Freier Schachverlehr und Lehrmittel für jedermann unentgeltlich jeden Sonntag vormittags 10-11 Uhr in den „Königsälen“, Neue Königl. 20, Ecke Wobegstraße.

Rinderkrankheitskommission des Kreises Teltow-Weedfo: Char-lottenburg. Mittwoch, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Borgmann, Andreasstraße 21: Sitzung der Kontrollkommission. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schenk. 2. Diskussion. 3. Bericht.

Im Arbeiter-Vanderverbund „Die Naturfreunde“ spricht der Monat Genosse Otto v. Tschol über moderne Weltanschauung. Der Vortrag findet am Freitag, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Königsälen, Neue Königl. 20 statt. Eintritt frei. Gäste willkommen.

Wartbericht von Berlin am 30. November 1912, nach Ermittlung des hiesigen Polizeipräsidenten. Markthallenpreise. (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—35,00. Bohnen, 35,00—35,00. Kartoffeln (kleinblau), 5,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Axt 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,40—6,50. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Halm 1,00—3,20. Fander 1,40—3,60. Geste 1,40—2,80. Barde 0,80—2,40. Geste 1,00—3,20. Weiz 0,80—1,00. 60 Stück Kriebel 3,00—30,00.

Achtung!
Blumenarbeiterinnen, Federnarbeiterinnen!
 Donnerstag, den 5. Dezember 1912, abends 8 Uhr,
 im Lokal von
 Andriig (Zam Fahrenhofer), An der Stralauer Brücke 3:
Öffentliche Versammlung.
 Referentin: Frau Martha Tietz.
 Die Agitationskommission.

Deutscher Bauarbeiter - Verband.
 Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Gipsbaubranche.
Gruppe Nabispanner.

Mittwoch, den 4. Dezember 1912, abends 8 Uhr,
 bei Jannasch, Inselstr. 10.

Gruppe Nabispanner u. Träger.

Freitag, den 6. Dezember 1912, abends 8 Uhr,
 bei Jannasch, Inselstr. 10:

Mitglieder-Versammlungen.
 Tagesordnung:
 Beratung und Beschlussfassung über die Vorlage des Affordtarifs.
 Pflicht aller im Gipsgewerbe beschäftigten Kollegen ist es, die
 Versammlung seiner Gruppe zu besuchen.
 117/18 Der Vorstand.

Sektion der Putzer.

Mittwoch, den 4. Dezember, abends 6 Uhr:
Gr. Mitglieder-Versammlung

in Karl Saverlands Festhale (fr. Dräsel), Neue Friedrichstr. 35

Tagesordnung:
 1. Beratung der neuen Statutenvorlage. 2. Verschiedenes.
 Werte Kollegen! Bei der hohen Wichtigkeit, welche die neue Statuten-
 vorlage des Verbandsvorstandes in sich birgt, ist es Pflicht jedes einzelnen
 Kollegen, pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen.
 Mit Gruß
 Die Sektionsleitung. V. V.: H. Neumann.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.
 Mittwoch, den 4. Dezember 1912, abends 8 Uhr,
 im
 „Zwinnmünder Gesellschaftshaus“,
 Zwinnmünder Straße 42:

Versammlung

der Dachdecker und Hilfsarbeiter.

Tagesordnung:
 1. Kassenbericht vom 3. Quartal 1912.
 2. Verbandsangelegenheiten.
 Unter Verbandsangelegenheiten sind sehr wichtige Punkte zu erledigen.
 Das Erscheinen aller Kollegen und Berufsangehörigen ist deshalb dringend
 notwendig. Verbandsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.
 12/13 Der Vorstand.

Wenn nicht in p. Raqn. 2 schöne Ale ger. Anle

Riesenschokolade, Lachserringe, Dose
 22 Heringe Milchsauc, Geloceal,
 Dose 20 norm. Sard., Bräther,
 ca. Del. Sard., Gelecher.,
 Seite 40 Sp-Büchig, oder Riste grobe
 Büchle, 9 Sorten zusammen 2,95 M.
 E. Napp, Altona-Düben, 105.

General-Versammlung
 der
**Konsum-Genossenschaft v.
 Adlershof u. Umg.** (E. G. m. b. H.)

in Liquidation
 am Dienstag, den 17. Dez. 1912,
 abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des
 Herrn Richard Kaul, Adlershof,
 Wilmersd. 16.

Tagesordnung:
 1. Vorlegung und Genehmigung der
 Liquidations-Schlussbilanz.
 2. Antrag betreffs Deckung des Ver-
 lustes.
 Die Liquidatoren:
 Wilh. Kohl, Karl Jagow, Wilh. Zabel,
 Für den Aufsichtsrat:
 109/112 Wilhelm Görra.

Engelhardt Caramel-Bier

alkoholarm
 ärztlich empfohlen
 Diätetisches
 Gesundheitsbier

Flasche 10 Pf. Überall käuflich.

Genossenschaft Berliner Bandagisten

E. G. m. b. H.

50. 16, Köpenicker Straße 98 b
 (zwischen Neander- und Neuo Jakobstraße).

Gegründet am 1. Juli 1907 von organisierten Bandagisten.

Empfehlen sich allen Arbeitern und Parteigenossen zur An-
 fertigung von allen Arten Bruchbandagen, Leibbinden, Geraden-
 halten, künstl. Gliedern, orthopädischen Apparaten, Stützkorsetts,
 Suspensorien sowie Lager von sämtlichen Artikeln zur Krankenpflege.
 Alle Arbeiten werden in eigener Werkstatt ausgeführt.
 Für Damen weibliche Bedienung. 107/15

Lieferant der Krankenkassen Berlins und Vororte und der Konsum-
 Genossenschaft Berlin und Umgegend (E. G. m. b. H.).

Deutscher Holzarbeiter - Verband

Verwaltung Berlin.

Morgen Mittwoch, den 4. Dezember,
 abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen
 der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht der Werkstatt-
 Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.
 Mitgliedsbuch und Vertrauensmänner-Karte legitimiert.

Versammlungsorte:
 Tischler.

Südwesten u. Westen: in Habels Brauerei, Bergmannstr. 57.
 Süden: bei Giesing, Wassertorstr. 88.
 Südosten I u. II: im Lokal Südost, Waldemarstr. 75.
 Osten I: bei Kluge, Langestr. 53.
 Osten II: bei Guth, Warshauer Str. 61.
 Osten III: bei Bergmann, Vorklagener Str. 26.
 Westliche Vororte: bei B. Schulz, Lichtenberg, Kronprinzen-
 Straße 47, Ecke Schornweberstraße.
 Nordosten: bei Wertmann, Gr. Frankfurter Str. 16.
 Jede Scharfchleierei muß einen Vertrauensmann nach dieser Ver-
 sammlung senden.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei Obiglio,
 Schmiedler Straße 23.

Wedding und Moabit: bei Kaczarowski, Ravenstr. 6.
 Weißensee: im Prälaten, Ledderstr. 122. Abends 6 1/2 Uhr.
 Neukölln: im Ideal-Kaffee, Weichselstr. 8.
 Schöneberg: um 5 1/2 Uhr bei Kuschke, Weininger Str. 8.
 Charlottenburg: bei Friedrich Schulze, Wallstr. 90.

Ladeneinrichtungs- und Kontormöbel-Branche
 in Hermels Vereinshaus, Holzmarktstr. 21.

Küchenmöbelbranche bei Andriig, An der Stralauer Brücke 3
 Bautischler.

Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Gröbhoff,
 Admiralstraße 18a.
 Bezirk 2: Osten bei Bräuer, Weidenweg 85.
 Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Giesche,
 Kopenhagener Str. 74.
 Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei
 Zache, Hindener Straße 26.
 Bezirk 5: Neukölln: bei Schent, Rosenstr. 24.

Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter
 Osten: bei Boeter, Weberstr. 17.
 Südosten: im Wärtischen Hof, Admiralstr. 13a.
 Norden: bei Günther, Brunnenstr. 96.

Maschinenarbeiter in den Prachtshäusern Alt-Berlin, Blumenstr. 10.
 Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbel-
 branche.

Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.
 Osten bei Kohn, Fabener Str. 19.
 Südosten und Südwesten bei Verste, Ritterstr. 123.

Einsetzer im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 11.
 Modelltischler abends 8 Uhr bei Waldt, Pfugstr. 5.
 Stellmacher bei Gummel, Sophienstr. 5.
 Jaloufiarbeiter bei Walter, Waldstr. 62.
 Kisten- und Koffermacher abends 8 Uhr in Hermels
 Vereinshaus, Holzmarktstr. 21.
 Korbmacher. Die Versammlung fällt aus.
 Bürstenmacher bei Preuß, Holzmarktstr. 65.
 Kammacher. Die Versammlung fällt aus.
 Perlmutt-, Horn- u. Steinnußarbeiter um 6 Uhr
 bei Ernst Thomas, Reichstr. 5.
 Klavierarbeiter abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Engel-
 auer 14, Zimmer 4 (Arbeitsloftsaal).
 Bilderrahmenmacher um 6 Uhr bei Wählisch, Stallgerstr. 22.
 Bodenleger im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 2, 8 Uhr.
 Vergolder im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 5.
 Schirmmacher abends 8 Uhr bei Hermel, Holzmarktstr. 21.

Musikinstrumentenarbeiter!

Mittwoch, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, in den Armindallen,
 Kommandantenstr. 58/59:

Branchen-Versammlung
 (an Stelle d. fälligen Vertrauensmänner-Versammlung)

Tagesordnung:
 1. Der Verkauf und das Ergebnis unserer diesjährigen Herbst-
 bewegung.
 2. Die Konferenz der deutschen Musikinstrumentenarbeiter.
 3. Bericht von der Generalversammlung.
 4. Sonstige Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Ver-
 bandsmittglieder aus der Musikinstrumentenindustrie erforderlich.
 Mitgliedsbuch legitimiert. — Die Präsenzliste wird verlesen.
 Die Branchenleitung.

Herren-Ulster 199/15
 elegante Rearbeiten. Einzelverkauf 25.00, 35.00, 45.00, 55.00 in der
 Fabrik, Neue Königstr. 31 II.

Herren-Garderoben!

Julius Fabian
 Schneidermeister
 Gr. Frankl. Str. 37
 Eingang
 Straßburger Platz
 8. Ge-Turmstr. 10
 nur 1. Etage,
 11. kein Lift.

Herren-Garderoben

Erst für Mass:
 Anfertigung n. Mass
 Tadellos. Ausführung

Herren-Garderoben

Geleitet, nebst Artikel zur
 Gesundheits- u. Krankenpflege,
 Verbandstoffe, Gummwaren etc.
 Berlin N., Voßtr. 60.
 Lieferant für Krankenkassen
 Eigene Werkstatt.

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

LEWINSONN



Berlins
bekannt
 grösstes
Schuh-Haus

für
Gelegenheits-Käufe

hat drei Verkaufsstellen.

Berlin O
 Grosse Frank-
 furter Strasse
 110

Berlin C
 Rosenthaler
 Strasse
 40-41

Berlin W
 Charlottenburg
 Nohringstrasse
 34

Enorme Auswahl in sämtlichen Schuhwaren
 zu erstaunlich billigen Preisen.

Borussia-Festsäle

Inhaber Georg Wolffgramm, Adreßstr. 67. Teleph.: Norden 2674
 empfiehlt den geehrten Vereinen und Gewerkschaften seine 4 Säle zu
 Versammlungen und Vereinsfestlichkeiten. — Kulante Bedingungen.
 Zu Kloster und Sonnabende und Sonntage im Januar ist noch
 der große Saal frei!

Aufruf
 an die
Arbeiter Berlins!

Die anhaltende Teuerung
 zwingt einen jeden, sich vor
 Ueberschuldung zu schützen.
 Kaufen Sie nur beim Fachmann.

1 Mark
 wöchentl. Teilzahlungen
 liefert elegante fertige

**Herren-
 Garderoben**

Julius Fabian
 Schneidermeister
 Gr. Frankl. Str. 37
 Eingang
 Straßburger Platz
 8. Ge-Turmstr. 10
 nur 1. Etage,
 11. kein Lift.

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

Herren-Garderoben

